

Politik - kurz und bündig

Von J. Bellers

Siegen 2008

Inhaltsverzeichnis

Fragestellung	8
Grundbegriffe	11
Geschichte und Politik:	14
Geschichte der Politikwissenschaft	
Vormoderne	
Wege zur modernen Demokratie und totalitären Diktatur	
Links und rechts in der Geistesgeschichte	
Politische Prozesse und Politikfelder	36
Deutschland	
USA	
Internationale Beziehungen	49
Außenpolitik Deutschlands	
Globalisierung	
Ländertypen	85
Geisteswissenschaftliche	
Methode	89
Politik und politisch-moralisches Handeln	92
Persönlichkeitstypen	
Topik und Ethik	
Literatur	112

Fragestellung

Politik ist der gesellschaftliche Bereich, in dem die Menschen darüber reden und (oft) streiten,

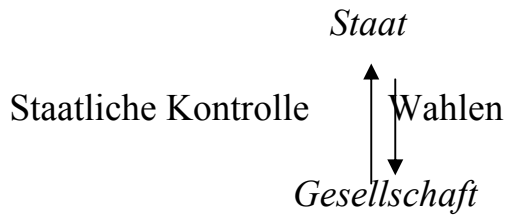
1. was wir gemeinsam regeln wollen (öffentlich-politischer Bereich) und was nicht, was also uns selbst zur individuellen Erledigung vorbehalten bleibt (Privatbereich), und
2. ob wir im öffentlichen Bereich etwas durch Politik ändern müssen oder ob alles beim Alten bleiben kann oder muß.

In Demokratien werden diese Fragen durch die öffentliche (Medien-)Diskussion und durch Wahlen entschieden, bleiben aber stets änderbar. Die Rechten (CSU) und Liberalen (FDP) sind dabei eher dafür, den privaten Bereich möglichst ohne Politik zu regeln, also z.B. allein durch die Familie (CSU) oder durch den einzelnen selbst oder die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage (FDP). Die Linke (SPD, u.a.) strebt demgegenüber danach, auch den gesellschaftlichen Bereich (Wirtschaft, Betrieb, Familie usw.) politisch zu gestalten, um so dort soziale Ungleichheiten zu beseitigen, z.B. durch frühkindliche Erziehung in (staatlichen oder staatlich finanzierten) Krippen, um so auch Unterschichten-Kindern mit schlechteren Voraussetzungen durch Erzieher zu fördern.

Instrumente, die der Politik zum „Eingriff“ in die Gesellschaft zur Verfügung stehen, sind:

- finanzielle Anreize (Energiesparen durch weniger Steuern auf dementsprechende Autos)
- Zwang (Pflicht zur Trennung des Mülls)
- Anerkennung (Verleihung des Bundesverdienstordens für engagierte Bürger durch den)

Wenn man die Frage nach Politik so stellt, so geht man stillschweigend davon aus, dass Gesellschaft und Politik getrennt sind. Zwar ist die Politik auch von den Menschen einer Gesellschaft „gemacht“, aber die „Politik“ als Gefüge von Institutionen (Bundestag, Bundeskabinett ...) ist doch von der Gesellschaft getrennt, denn Politik kann z.B. Gesetze auch gegen den Willen der übergroßen Mehrheit einer Gesellschaft durchsetzen, wie die Hartz IV-Reformen von 2004, die notwendig wurden, um eine weitere Staatsverschuldung zu vermeiden. Schematisch kann man das so darstellen:



Die zweite große Frage von Politik und Gesellschaft heute ist: wie viel Änderung wollen wir? Wollen wir überhaupt Änderungen? Was wollen die Menschen in anderen Staaten? Die heutigen Sozialwissenschaften nehmen meist eine allgemeine Änderungsnotwendigkeit an, da sich Politik und Gesellschaft stets an sich ändernde Bedingungen (u.a. Konkurrenzen aus dem Ausland) anpassen müssten. Das ist sicherlich in bestimmtem Maße auch notwendig, aber das Streben nach Änderung geht in den liberalen Gesellschaften des Westens heute weit darüber hinaus: Änderung als solche ist das Ziel. Es ist das Ideal des aktiven Menschen, der sich stets weiterbildet (bis ins hohe Alter), der auch noch einen kreativen Urlaub will, der stets in neue Rolle schlüpfen will und Festlegungen (wie Ehe auf Dauer) meidet.

Andere Gesellschaften ticken nicht so: In islamischen Gesellschaften überlässt man alles noch mehr dem Walten Gottes: Gott wird es schon richten. „Ich kann es nicht machen, das wäre Anmaßung, Vertrauen auf göttliche Gnade ist notwendig.“

Nur Atheisten können leugnen, dass auch Gott in der Politik eine Rolle spielt. Die USA der Gegenwart zeigen, dass Religion weiterhin bedeutsam und geschichtsmächtig ist. Die Tradition der Politikwissenschaft zeigt ohnehin, dass Religion und Politik(wissenschaft) in einer der Denkrichtungen der Disziplin nicht zu trennen sind. Werte und Ziele der Politik lassen sich eben am besten religiös begründen, man denke nur an die Christdemokratie als großer Bewegung in Europa und Lateinamerika.

Auch das, was sich in der Geschichte entwickelt und durch Bestand bewährt hat, was schon früher akzeptiert wurde und noch immer wird, warum soll man solche Traditionen durch Änderung um ihrer selbst willen abschaffen? Das ist das klassische, konservative Argument, das nur dann Änderungen akzeptiert, wenn die Neuerung eindeutig und vorhersehbar besser ist – und das ist ganz selten der Fall.

Die Kontroverse zwischen Reform oder Tradition kommt heutzutage einerseits in der Ökologie-Debatte zum Ausdruck: Ist es nicht überlebensnotwendig, die Natur zu bewahren und ihre industrielle Ausbeutung zu stoppen? Oder sollen weiterhin wirtschaftliche Expansionswünsche von Konsumenten und

Unternehmern Vorrang haben, da die Bürger immer mehr - immer neue Produkte wollen: "endlich das Handy mit kombinierter Haarschneidemaschine!!" - und die Unternehmer natürlich gerne bereit sind, so etwas zu produzieren.

Andererseits begegnet uns die Konfliktlinie „Reform oder Tradition“ in der Diskussion um eine adäquate, außen- und menschenrechtliche Strategie gegenüber konservativen Staaten wie Saudi-Arabien oder Russland: Was sollen wir dort akzeptieren? Vieles dort entspricht ja nicht den Vorstellungen unseres Grundgesetzes. Handabhacken ist sicherlich nicht ok und wird ja auch kaum noch praktiziert, aber können wir wirklich verlangen, dass wir als Europäer auch in Mekka eine christliche Kirche bauen dürfen? Gilt es nicht, auch die islamische Tradition des Landes zu achten, in dem selbst jeder politisch Oppositionelle gläubiger Muslim ist?

Auf diese und solche Fragen soll auch im Folgenden eingegangen werden. Hauptsächlich wird jedoch ein Überblick gegeben über Politik und Politikwissenschaft, mit einigen vertiefenden Studien. Dabei wird neben den wissenschaftlich-universitären auch auf berufspraktische Belange eingegangen, d.h. gerade in der (späteren) beruflichen Praxis braucht man grundlegende Kategorien und Raster, um die Vielfalt von Informationen, die auf einen einströmen, auswählen, einordnen, verarbeiten und praktisch verwenden zu können. Akribie ist hier eher hinderlich. Oft genügt hierzu das erfahrungsgesättigte Überschauen eines Sachverhaltes, um den Kern und den roten Faden erfassen zu können. Hier zählt auch, mit dem Internet dementsprechend umgehen zu können, denn es bietet oft einen guten Über- und Einblick. Man nennt das auch Hermeneutik, das Erfassen des Wesentlichen, so soll auch hier vorgegangen werden. In dieser Veröffentlichung wird nicht die moderne Skepsis geteilt, dass der Mensch normalerweise und ohne Wissenschaft nichts weiß. Wir wissen schon viel aus unserem Alltag, und darauf können wir zurückgreifen. Politik- und Sozialwissenschaften liefern dazu höchstens einige Begrifflichkeiten, um die Sachen- und Personenvielfalt zu ordnen. Oft reichen wenige Kennzahlen und statistische Angaben, um ein Land darzustellen, vielleicht noch einige Kern-Daten aus dessen Geschichte. Wichtig ist auch der persönliche Eindruck vor Ort, den man von einem Land gewinnt. Wie ticken die Leute? Wie verhalten sie sich im Alltag?. Die Atmosphäre bestimmt das Urteil mit. Die kann man sehr gut auch aus der „schönen Literatur“ gewinnen.

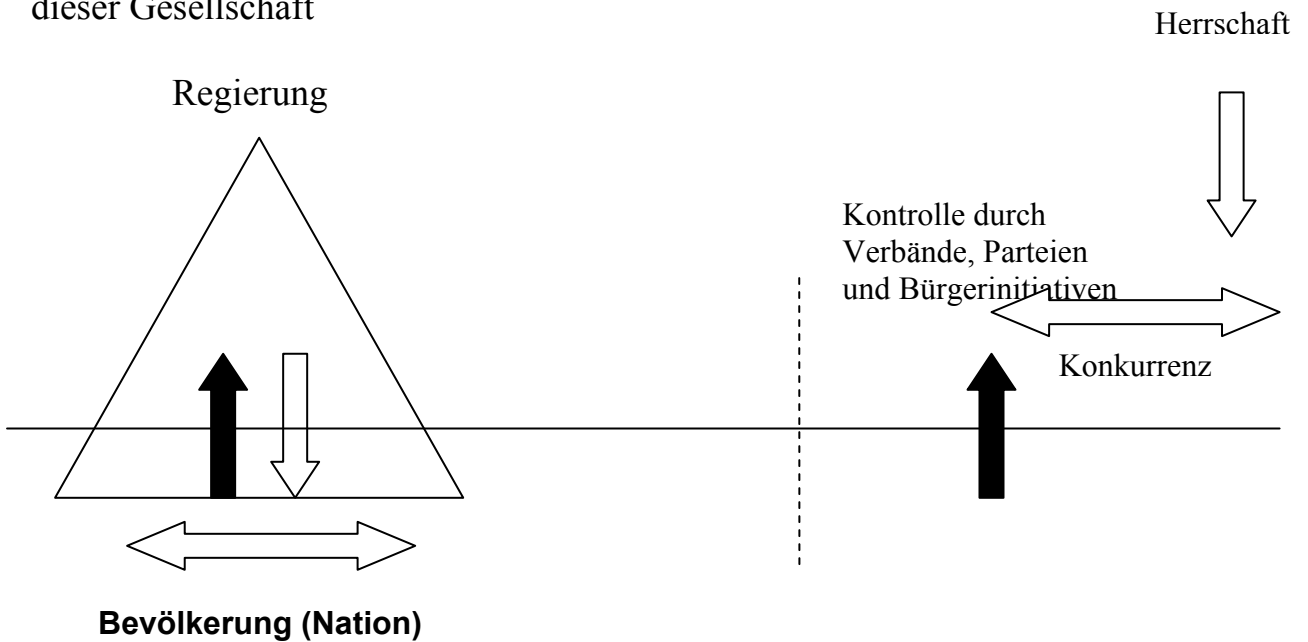
Ich teile auch nicht die erkenntniskritische oder konstruktivistische Auffassung, dass wir in der Welt nur das erkennen, was wir durch unsere Begriffe und Vorstellungen in sie hineinlegen. Im Gegenteil: eine Mauer ist eine Mauer, und es ist nicht ratsam, dagegen anzurennen. Auch sollte man sich nicht mit einem Polizisten unnötig anlegen. Der normale Mensch weiß schon recht gut über seine (Um-)Welt bescheid. Man sollte ihn (und sich) fragen.

Grundbegriffe

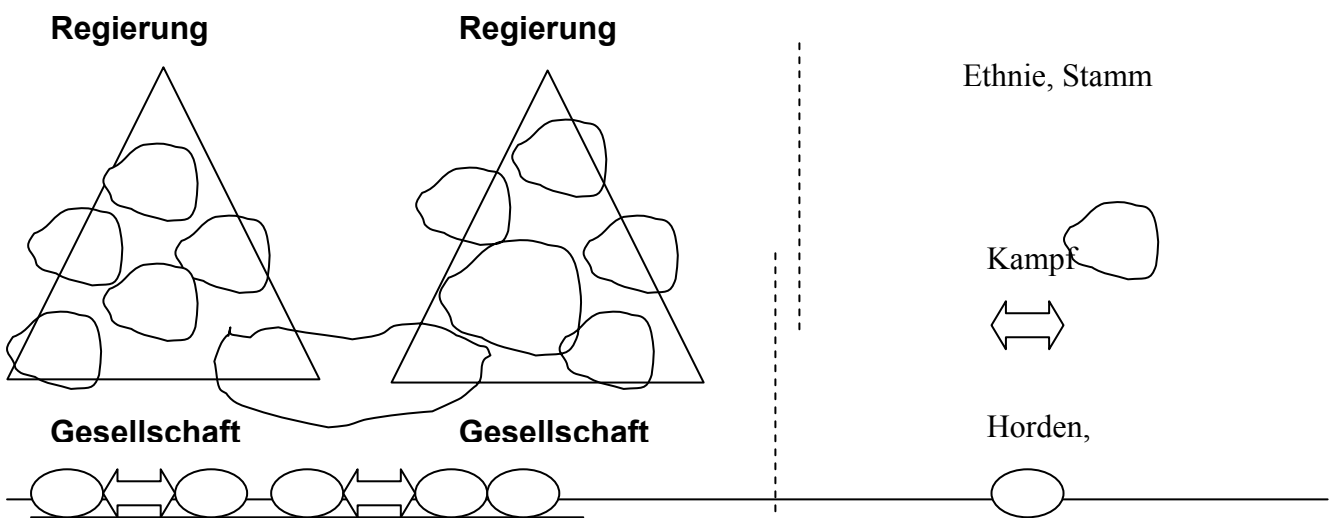
GRAPHISCHER ÜBERBLICK (unten erläutert)

Westeuropäische Nationalstaaten (seit 1900)

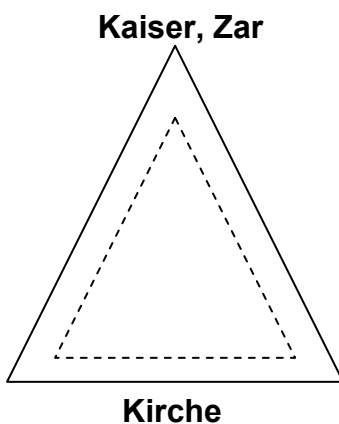
Hier oft starke Herrschaft, da durch allgemeine, demokratische Wahlen begründet und da eine ausgebaute Bürokratie besteht. Zwischen den Bürgern dieser Gesellschaft



Schwarzafrika (Stammesgesellschaften) hängig sindschwacher Herrschaft, da die Stämme weitgehend unabhängig sind)



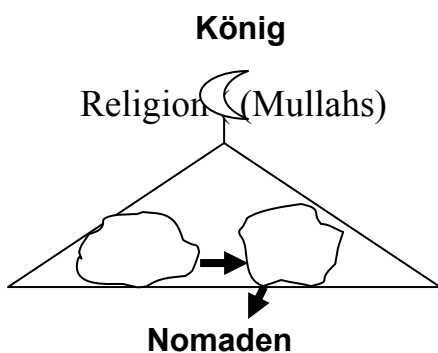
Reich (oft nur lockerer Zusammenschluß, der sich vor allem religiös begründet, aber von größerem territorialem Umfang ist)



„Staat“ = Religion = „Reich“

(z.B. Heiliges Römisches Reich deutscher Nation bis 1500)

Nomadengesellschaft mit schwachem „Staat“



Nomadische Stämme



(Saudi-Arabien bis 1950)

Wanderungen →

Schwache Herrschaft, weil die Bevölkerung sich stets durch Wanderung dem Zugriff des Königs entziehen kann, zumal in unzugänglichen Wüsten- oder Gebirgsgebieten.

Auf der Weltkarte erscheinen alle Staaten der Welt als gleich, höchstens die Farben sind unterschiedlich, und die territoriale Größe. Aber sie sind sozial und politisch sehr verschieden.

Um das verständlich zu machen, ist es notwendig, zunächst die historische Entwicklung sozial-politischer Verbände darzustellen. Hierzu kann folgende, vereinfachte Linie gezogen werden:

- Familie und Großfamilie mit bis zu 50 Angehörigen als wohl der ursprünglichen und ersten Organisationsform der Menschen, die quasi biologisch, durch Verwandtschaft, Abstammung, durch Natur vorgegeben ist und bis heute in allen Gesellschafts- und Politikformationen vorzufinden ist, allerdings durch andere Organisationsformen (Staat) überlagert und z.T. verdrängt wurde.
- „Stämme ohne Herrscher“ (M. vS. Crefeld) ist die nächste Stufe historischer und/oder logisch möglicher, sozialer Entwicklung der Menschheit: dieser Zusammenschluß von Großfamilien funktioniert so, dass die (männlichen) Chefs dieser Verbände (Horden) gleichberechtigt sind und nur gemeinsam vorgehen können, wenn sie alle einer Meinung sind. Herrschaft (durch die Alten z.B.) gibt es nur innerhalb der Großfamilie.
- Aus diesen Gebilden erwachsen Hauptlingstümer, indem einer dieser Chefs die Vorherrschaft unter Seinesgleichen, sei es durch wirtschaftliche, militärische oder politische Macht, sei es durch Ansehen. Mit der Zeit können sich auch um die Hauptlinge oder Könige auch Verwaltungen herauskristallisieren, die die Herrschaft auf Dauer stellen.
- Reiche sind ein lockerer Zusammenschluß solcher Königtümer unter einem Kaiser oder Zar. Daraus kann sich u.U. ein starkes Reich entwickeln (China), ein schwaches Reich war das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das dann ja auch in seinem ursprünglichen Umfang zerfiel und 1806 aufgelöst wurde.
- Nationalstaaten zeichnen sich zusätzlich dadurch aus, dass die allgemeine Bevölkerung systematisch durch Wahlen an der Politik beteiligt wird und auch so ein Gemeinschaftsbewußtsein hat. Damit verbunden ist oft auch eine wirtschaftliche Mobilisierung der Bürger, die systematisch die Agrarwirtschaft ausbauen und Industrien marktmäßig aufbauen. (=> Industrialisierung, Kapitalismus) Der freie Marktbürger (bourgeois) entspricht dem freien politischen Bürger (citoyen).

Der Prozess zur Entwicklung moderner Staatlichkeit (zumindest im transatlantischen Raum und in Ostasien) hat sicherlich eine bisher nicht vorstellbare Steigerung des Reichtums, ein Mehr an politischer Mitbestimmung

und ein Mehr an sozialer, sozialpolitischer und allgemein politischer Sicherheit mit sich gebracht. Das Stärkerwerden des Staates hat aber auch erhebliche Nachteile im Vergleich z.B. zu den geschilderten herrschaftlosen Stämmen oder zu den Nomaden, die ja auch im Raum frei sind: Der Staat kontrolliert uns ständig, registriert und erhebt Steuern, beschult und belehrt, wir müssen uns ständig weiterbilden, entwickeln usw. Warum? Der Staat regiert mit abstrakten, fernen, allgemeinen Gesetzen, die eine Vielzahl von Fällen gleich regeln wollen, obwohl sie alle unterschiedlich sind. Das ist ein Problem. Vater und Mutter können beispielsweise in einfacheren Gesellschaften alles sehr individuell und persönlich, je nach der Eigenart des jeweiligen Kindes. Das ist in Kindertagesstätten und in Kindergärten und später in Schulen. Der moderne Staat erzwingt die Gleichbehandlung aller trotz erheblicher Ungleichheit. Wir haben uns zwar daran gewöhnt, aber dadurch wird es nicht besser. Viel empfinden: „Laßt uns doch endlich in Ruhe!“ Wahrscheinlich kann man aber nicht beides zugleich haben: Reichtum (für die meisten) erfordert einen großen und politisch stabilisierten Markt (wie die EU oder die USA), für den, da große Mengen produziert werden können, auch billiger produziert werden kann. Ein großer Markt erfordert aber auch staatliche Regulierung. Nur in kleineren Einheiten ist Freiheit möglich.

Geschichte und Politik

Geschichte der Politikwissenschaft

Politik und damit auch die Wissenschaft von der Politik gibt es, seitdem es sich in der Geschichte der Menschheit als notwendig herausgestellt hat, daß Gesellschaften einer zentralisierten politischen Instanz zur allgemein verbindlichen, für alle Gesellschaftsmitglieder verpflichtenden Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten bedürfen. Entwicklungsgeschichtlich wurden die Gesellschaften immer komplexer und arbeitsteiliger: Es bildeten sich Städte heraus mit eigener handwerklicher und kleinindustrieller Produktion und mit Handelsbetrieben, was natürlich unabdingbar zur Voraussetzung hatte, daß die Landwirtschaft die Städte mit den erforderlichen Nahrungsmitteln belieferte. Denn die Städter waren kaum noch landwirtschaftlich tätig. Diese Lieferungen wurden wiederum mit den städtischen Produkten bezahlt. Damit dieses Ineinanderspielen funktionierte, mußte eine Stadt und Land umgreifende, gesamtgesellschaftliche, eben politische Institution eingerichtet werden, die Regelungen erließ und verbindlich durchzusetzen in der Lage war, so dass Gewähr und Sicherheit über die Einhaltung der Regeln bestand. Nur auf einer solchen Rechts- und Sicherheitsbasis konnte sich Arbeitsteiligkeit entwickeln. Politik ist also von ihrem Ursprung und Kern her eine bewahrende, Sicherheit konservierende Aufgabe. Diese für alle Bürger verbindliche Regelungsleistung

ist der Kern von Politik, dieses Merkmal kann auch als allgemeine Definition von Politik genommen werden. Politik in diesem Sinne war am frühesten in den alten Fluß- oder "hydraulischen" Gesellschaften (Wittfogel) Chinas, Indiens und Mesopotamiens vonnöten, Gesellschaften, die - um zu bestehen - gesamtgesellschaftlich die Zuführung des Wassers aus den Flüssen zur trockenen und regenarmen Umgebung regeln mußten. Nur durch ein Kanalsystem, das wiederum nur durch eine zentrale politische Instanz auch gegen Widerstreben einzelner Interessen durchgesetzt werden kann, ist dies zu realisieren.

Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Überlieferungen dessen, was man als politische Reflexion bezeichnen könnte. Man denke nur an die Schriften Konfuzius' (551-479 v. Chr.) oder an die Gesetzestafel von Hammurabi (1728-1686 v. Chr.) – Schriften, die den konservativen Grundcharakter von Politik als Ordnungsleistung bestätigen.

Für den abendländischen Kulturkreis erlebte die Reflexion über Politik ihren ersten, bis heute wirkenden Höhepunkt in den griechischen polis-Gemeinschaften (Stadtstaaten) des 4. und 3. Jahrhunderts v. Chr. Angesichts des Zerfalls des politischen Lebens dieser Zeit unternahmen es Platon und sein Schüler Aristoteles, systematisch die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen ein politisches System langfristig stabil und gerecht ist, damit die Voraussetzungen für ein ethisch gutes Leben gesichert sind. Denn nur in einer intakten Gemeinschaft war für sie ein gutes und ethisch gerechtfertigtes Leben möglich. Eine insbesondere von Aristoteles zu diesem Zweck angewandte Methode war die des Vergleichs von politischen Systemen im Mittelmeerraum unter dem Aspekt, welche sozialen, ökonomischen, ethischen, geographischen usw. Bedingungen Stabilität und eine gerechte politische Struktur begünstigen und welche nicht. So war ein breiter und wohlhabender Mittelstand aus seiner Sicht Bedingung eines gut funktionierenden politischen Systems, denn er ist weder zu reich, um die Mißgunst der Armen zu erregen, noch zu arm, um eine revolutionäre Änderung der Verhältnisse anzustreben.

Aus diesen politisch-philosophischen Untersuchungen erwuchs allerdings keine gesonderte Einzelwissenschaft wie die Politikwissenschaft im heutigen Sinne, vielmehr waren Politik und die Lehre von der Politik - wie alle anderen Wissens- und Gegenstandsbereiche der Zeit - auch eingebunden in eine umfassende kosmologisch-theologische Weltvorstellung: In dieser Welt, wie sie aus griechischer Sicht letztlich von einem göttlichen Beweger durchwaltet ist, hat jedes Ding und jede soziale sowie politische Institution ein (vom Göttlichen) vorgegebenes Ziel (telos), das es zu erfüllen gilt. Und so wurde es auch als das inhärente, vorgegebene Ziel von Politik betrachtet, das allen Bürgern gemeinsame Gute, das Gemeinwohl, anzustreben und zu realisieren. Diese Erde und Weltall allmächtig durchziehende Zielstruktur, diese allgemeine Gerichtetheit der natürlichen und sozialen Dinge verhinderte das Entstehen spezialisierter und oft bornierter Einzelwissenschaften wie in der Neuzeit, da

letztlich alles in einer theologischen Weltvorstellung fundiert war. Die heutige Wissenschaft ist demgegenüber materialistisch und atheistisch, da sie die Gottes- und Moralfrage ausklammert, was aber in der Politik – was die Moral betrifft – nicht möglich ist. Politik(wissenschaft) ohne Moral kann stets in menschenverachtenden Faschismus und Kommunismus entarten. Das war vor allem gegen die griechischen Sophisten gerichtet, die Politik lediglich als bloße Interessendurchsetzung mit den Mitteln der Medien (damals der Rhetorik) verstanden – und gerade nicht als moralisches Handeln. Gegen dieses Denken wandte sich auch die politische Philosophie Roms (z.B. Ciceros), die aber eher stoischen Einstellungen ausging: einem grundlegenden, eher passiven Sicheinfügen in das vorgegebene Weltganze, das in sich gut und kaum zu ändern sei. Man müsse das ertragen, was nicht zu ändern sein, und nur das wenige durch Politik gestalten, was änderbar ist. Dies ging dann ja auch in die christliche Leidensphilosophie ein: das Leiden sei in der Nachfolge von Christi Kreuzestod ethisch besser als das ständig aktivistische Ändernwollen, was oft die Dinge nicht bessert. Man denke nur an die diversen Revolutionen und Emanzipationen, die sich meist zu Lasten der Schwachen auswirkten, und sei es heute zu Lasten der Kinder und Embryos.

Einen erneuten, wenn auch christlich überformten Höhepunkt erlebte die aristotelische politische Philosophie im katholischen Mittelalter insbesondere unter dem Einfluß des hl. Thomas von Aquin. Gute Politik, die Ordnung schafft, wurde hier als eine Bedingung christlicher Lebensführung verstanden. Sie galt es daher nach christlichen Grundsätzen - und das hieß für Thomas immer auch - nach vernunftgemäß-allgemein einsichtigen Grundsätzen auszugestalten. An den mittelalterlichen Universitäten war sie daher ein - allerdings eher nachrangiger - Bestandteil des Lehrgefüges, sowohl "in der praktischen Philosophie als auch im Anschluß an die Ethik ..., gelegentlich auch in Verbindung mit der Ökonomik...". (H. Maier)

Die Moderne in Westeuropa seit dem 16. Jahrhundert brachte einen tiefgreifenden Kultur- und Traditionsbruch: Luther stellte die bergenden Institutionen in Frage und reduzierte die Verantwortung des Lebens allein auf das Individuum, das damit wohl oft überlastet ist. Descartes zweifelte an allem; Kant stellte dann auch noch die Realität in Frage und betrachtete sie als von der menschlichen Vernunft gebildet, Tradition sei Last und nicht Erfahrungsschatz. Alles wurde kritisiert, wodurch die Menschen ihr Glück verloren. Nur noch das systematisch Beobachtbare galt als „wissenschaftlich“. Erfahrung und Intuition wurden entwertet und abgetan. Ein riesiger wissenschaftlicher Apparat mit zum Teil abstrusen Begriffen wurde aufgebaut, der – in einer eigenen Geheimsprache – nicht mehr viel mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Der Mensch müsse – so Kant - sich aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ emanzipieren. Warum? Ich glaube an Gott und an den Papst, bin ich daher unmündig? Außerdem forderte er ständigen Fleiß und ständigen Fortschritt, wodurch die Menschen ihr

zufriedenes Insichruhen verloren. Und schließlich die Französische Revolution als Folge all dessen, die den systematischen Massenmord erfand, mit fatalen Imitatoren im 20. Jahrhundert. Statt der Herrschaft von Recht, Gesetz und Sittlichkeit galt nun die verabsolutierte Souveränität des Volkes, die die Souveränität Gottes ablöste. Die Moderne ist die Krise.

In der Zeit der absolutistischen Staatenbildung des 17. und 18. Jahrhunderts gab es zwar einen gewissen Bedarf an Politikwissenschaft, denn der aufgeklärte Staat begann planend in den wirtschaftlichen und sozialen Prozeß einzugreifen. Straßen wurden gebaut, Landstriche bevölkert, Menschen verpflanzt, alles statistisch erfasst, reguliert und zentralisiert, kurz: alles mußte geändert und aufgeklärt werden, um es angeblich besser zu machen. Vor dieser Zeit genoß man noch ungehemmt das schöne Bier, nun schrieb das gestrenge Bürgertum den Kaffee vor, um Vernunft und klares Bewusstsein zu wahren. Ein Trend, der bis heute andauert. Gegenwärtig sind die Zigaretten dran.

Für die derart immer umfangreicher werdende Politik, die immer mehr von oben herab in die Lebensverhältnisse der Untertanen eingriff, mußten Techniken und Instrumente, Regeln und Ziele entwickeln, und hier kam die Politikwissenschaft sehr zupafß, die diese traurige Funktion übernahm. So wurden eine Reihe von policey(!)wissenschaftlichen und kameralistischen Lehrstühlen - so wurde die Politik der Staatswissenschaft damals genannt - gegründet, die u.a. auch der Rechtfertigung dieses staatlichen Handelns dienten.

Diese reduzierte und entmoralisierte Form der Politikwissenschaft in den juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten kulminierte seit 1900 geistesgeschichtlich im Rechtspositivismus, der die staatlich gesetzten rechtlichen Normen von der als unwissenschaftlich betrachteten, ethischen Frage nach Recht und Gerechtigkeit trennte, obwohl offensichtlich nicht jedes Recht auch gerecht ist. Es wurde behauptet, die Rechtssprechung und die Rechts/Politikwissenschaft könnten und dürften nicht prüfen, ob die Gesetze, wie sie von der politischen Führung verabschiedet würden, auch allgemeinen Grundsätzen von Menschlichkeit und Gerechtigkeit entsprächen, das sei alleinig Sache der Politik. Der Rechtssprechung, der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaft fehlten dazu die allgemein akzeptablen und akzeptierten Kriterien. Sie hätten auszugehen nur von den gegebenen, "positiven" Gesetzen. Es gab auch einen linken Rechts- und Politikpositivismus, der all das rechtfertigte, was im Interesse der „Arbeiterklasse“ sei, analog zum Nationalsozialismus, der alles vom „Rassenstandpunkt“ beurteilte.

Aber noch im wilhelminischen Kaiserreich wurde vereinzelt die Begrenztheit dieses Ansatzes offenbar. Man erkannte, daß zur Ausbildung der administrativen, aber auch parteipolitischen Träger von Politik, wie z.B. der Diplomaten oder höheren Verwaltungsbeamten, eigene universitäre Einrichtungen und eine eigene Disziplin vonnöten seien - ähnlich wie die "Ecole

libre des sciences politiques" in Frankreich oder wie die bis auf das Jahr 1880 zurückzufolgende politikwissenschaftliche Tradition in den USA. In einer komplexer und arbeitsteiligeren Weltpolitik bedurfte es hochqualifizierter Politiker und Diplomaten. Dazu kam die Forderung nach einer "patriotischen" Bildungsarbeit in Schule und Öffentlichkeit als Teil des Kampfes gegen die als "Staatsfeind" betrachtete Sozialdemokratie.

Dieses pädagogisch-erzieherische Moment wurde mit um so größerer Notwendigkeit aufgegriffen, als es seit 1919 galt, die Weimarer Republik - eine Demokratie ohne Demokraten - in den Wertvorstellungen der Bevölkerung und der Politiker zu verankern. Weite Teile der Bevölkerung waren noch monarchistisch-antirepublikanisch eingestellt, dem mit der Lehre von der Politik entgegengewirkt werden sollte. Mit diesem Ziel gründete der Liberale Friedrich Naumann nach dem ersten Weltkrieg die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin. Ursprünglich war das Studium an der Hochschule nur aufbauend und ergänzend zu bereits absolvierten akademischen Studien konzipiert, mit der Zeit entwickelte sich jedoch ein eigenständiger politikwissenschaftlicher Studiengang mit Diplomabschluß und einer eigenständigen wissenschaftlichen Forschung. Die Hochschule wurde 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg aber wieder aufgebaut.

Die zwei oben u.a. dargestellten Strömungen politischen und politikwissenschaftlichen Denkens - die pädagogische und die aristotelisch-ontologische (1950er ff.) - sowie, nach 1945, als neue Elemente: die marxistisch beeinflusste Kritische Theorie (1970er Jahre) so wie der amerikanisch inspirierte, entmoralisierte, nur noch quantitativ verfahrenende Positivismus (1990 ff.) sollten die Politikwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland prägen. Diese Reduktion der Politikwissenschaft auf bloßes Registrieren von Fakten forciert den eben aufgezeigten Trend zu einem bloß funktionalen Politikverständnis, dass nur noch das Funktionieren sichern will ohne die Frage nach der Gerechtigkeit zu stellen.

Seit Beginn der 50er Jahre begann zunächst die Reetablierung von politikwissenschaftlichen Lehrstühlen und Instituten an den Universitäten der Bundesrepublik - und zwar aus einer ähnlichen Situation heraus wie 1918/1919. Es galt, den zweiten deutschen Versuch zur Errichtung einer Demokratie wissenschaftlich, bildungspolitisch und erzieherisch zu begleiten und zu unterstützen. Dies sowie die Einführung sozialkundlicher Fächer an den Schulen (für die die universitäre Politikwissenschaft u.a. die Lehrer ausbildete) sind im Kontext der Umerziehungs-Bemühungen insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht (Demokratisierung, Entnazifizierung) zu sehen: Die Deutschen sollten nach der Nazi-Zeit zu Demokraten erzogen werden. Deutscherseits wurde die Einführung der Politikwissenschaft von einer Reihe von deutschen Emigranten aus den USA, die mit den Erfahrungen der alten amerikanischen Politikwissenschaft zurückgekehrt waren, sowie vor allem von

sozialdemokratischen Bildungspolitikern gefordert und gefördert. Dabei stieß man allerdings auf erhebliche Widerstände seitens traditioneller Wissenschaftsdisziplinen, die um ihre Pfründe fürchteten, z.T. daher die Existenz eines eigenständigen Gegenstandsbereichs "Politik" bestritten, dieses besser bei den Juristen und Historikern untergebracht glaubten oder die Politikerziehung besser an den Pädagogischen Hochschulen aufgehoben fanden. Trotz der anfänglichen Widerstände expandierte das Fach - vor allem wegen des Bedarfs an Sozialkundefachlehrern - vergleichsweise schnell: 1954 regte die Westdeutsche Rektorenkonferenz die Einrichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle an. Für das Jahr 1960 sind bereits 24 Professuren zu verzeichnen (1965: 51; 1975: 133; 1985: 278). Mitte der 60er Jahre waren fast 1500 Studierende in Politikwissenschaft immatrikuliert (gegenwärtig über 20000 Hauptfach-Studierende). (nach Mohr.) Die Konferenzen von Waldleiningen (1949) und Königstein (1950) legten erste inhaltliche Grundlinien des neuen Faches fest 1959 wurde die oben erwähnte Hochschule für Politik als Otto-Suhr-Institut in die Freie Universität Berlin integriert

Diese Entwicklung hat natürlich eine gewisse Fragmentierung, Binnendifferenzierung und Zerklüftung von Forschung und Lehre zur Kehrseite, es fehlt nun der alles umgreifende Zugriff ähnlich, wie wir das auch in der Physik oder Geographie beobachten können: Jeder Forscher hat nun wieder seinen kleinen Acker, z.B. das Verbandswesen in der Bundesrepublik, den er intensiv bearbeitet. Die Beziehungen z.B. zur "Internationalen Politik" sind gering, zumal eine beide Bereiche umfassende Theorie, wie sie noch der Marxismus darstellte, nun fehlt – glücklicherweise.

Einem fortgeschrittenen Stadium der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung einer Disziplin entspricht es auch, daß man sich nicht ständig der Faches vergewissern will (wie es noch auf Identität seines eigenen manchen politikwissenschaftlichen Tagungen gang und gäbe ist). Man ist sich andauernd darüber ungewiß, was man sei und welche Funktionen man wahrzunehmen habe. Die Politikwissenschaft hat sich aber mittlerweile mit mindestens drei Professuren an fast allen deutschen Universitäten etabliert; sie erforscht mehr, als an Wirklichkeit da ist., sie ist fester Bestandteil der Sozialkunde-Lehrpläne an unseren Schulen, und sie verfolgt eine spezifische Fragestellung, die nur ihr als Wissenschaft eigen ist, nämlich die Frage nach den Bedingungen und Folgen (staatlicher) Herrschaft. Ihre Dauerkritik an den politischen Verhältnisse und ihre Neigung, überall Korruption und Lobby zu sehen, hat mit zur Politikverdrossenheit in Deutschland beigetragen.

Auch ein großer Fehler war die Art der- Politikberatung zu Beginn der 70er Jahre (und heute wieder), als nicht nur Politikwissenschaftler der Bundesrepublik Planungssysteme in Bonn, Washington, Paris, usw. installieren wollten, mit denen Politik rationalisiert und objektivierbaren Kriterien und Indikatoren (Kennzahlen) unterworfen werden sollte. Politik sollte wie

Wissenschaft verfahren und behandelt werden. Politik sollte verwissenschaftlicht werden, indem man seitens der Wissenschaft die politisch vorgegebenen Ziele so präzise zu fassen können glaubte, daß sie unmittelbar in konkrete Gesetze, Planungen und Handlungen umgesetzt werden können. Ein solches politikwissenschaftliches Modell ist aber letztlich unpolitisch. Denn Politik funktioniert nicht wie Wissenschaft. Wissenschaft kann deduzieren: aus einem obersten Ziel werden Unterziele und Maßnahmen abgeleitet. Es gibt hierfür genau vorgeschriebene Phasen und Regeln, die auch meist eingehalten werden, will man eine wissenschaftsadäquate Aussage gewinnen.

Nicht so die Politik, weil das Oberziel z.B. aus einer Regierungserklärung hier auch in späteren Phasen vielfältigen Einflüssen seitens der Verbände und Parteien ausgesetzt ist und daher geändert werden kann. Oft kann man ja erst gar keine präzisen Ziele aufstellen, sondern höchstens Kompromisse erreichen, die die gemeinsame Schnittmenge oder der kleinste gemeinsame Nenner aus einer Vielzahl partikularer Einzelziele sind. Das sollte nicht beklagt werden, so ist halt Politik und das Leben. Eine Politik, die starr ein Ziel verfolgt, ist eher dogmatisch und unflexibel.

Wie uns die Implementations- (Mayntz, Wittkämper, Windhoff-Heritier) und die Evaluationsforschung (Wollmann) gezeigt haben, mußte der Versuch einer Rationalisierung von Politik scheitern, weil nur das Wissenschaftssystem weitgehend nach rationalen Kriterien verfährt ("Suche nach Wahrheit"). Politik kann zwar nicht von der Wahrheit abgekoppelt werden, sie besteht jedoch zu einem großen Teil aus nur begrenzt rationalisierbarem und verwissenschaftlichbarem Interessen- und Machtkampf zwischen den gesellschaftlichen Kräften und Interessen, deren oft zufallsgebundene Kompromisse nur begrenzt mit den Grundsätzen wissenschaftlicher Wahrheit nachvollziehbar sind. Politik wie die Wissenschaft organisieren zu wollen, hat vielmehr umgekehrt eher negative Konsequenzen, da eine "wissenschaftliche Politik" das Grundcharakteristikum unserer Gesellschaften, nämlich aus einem Konglomerat diverser Interessen zu bestehen, negieren würde. "Wissenschaftliche Politik" geht von der Fiktion aus, als könnte sich eine Gesellschaft auf 1 Ziel einigen und dieses dann stringent durchsetzen. Eine solche Einigung und Durchsetzung setzt aber quasi einen diktatorischen Staatsapparat voraus, der allein die Macht dazu hätte und widerstreitende Interessen unterdrücken könnte. Der Unterschied zwischen Politik und Politikwissenschaft darf nicht eingeebnet werden.

Vormoderne

Der europäische Barock

Der Barock ist die letzte, europäische Epoche in der Zeit von 1650 bis 1720, in der die Menschen noch mit sich einig und geborgen waren, eingehegt in einem geschlossenen Kosmos von religiöser Kraft. Nach den Wirren der

Religionskriege und dem allgemein herumgeisternden Zweifel an allem gelang es in dieser Zeit vor allem der katholischen Kirche und den Jesuiten, erneut – wenn auch fragmentarisch und höchst zeitweilig - ein geistiges und geistliches Band in Europa zu legen – nicht nur durch Zwang -, das in allen katholischen Monarchien der Zeit dominant war. Dieser Geist vereinte zwei Prinzipien, die sich zuvor erbittert bekämpft hatten: das Sinnlich-Irdische und das Göttlich-Unendliche. Daß diese Synthese gelang und geglaubt wurde, macht gerade die Prägekraft Größe des Barock aus, in Literatur und Philosophie, in Malerei und Architektur, in Politik und Gesellschaft – also in allen Bereichen. Der Begriff „barocco“ entstammt der portugiesischen Sprache und bedeutet „eine schiefrunde Perle“. Sie symbolisiert sowohl die sinnliche Lust am Schönen als auch des Unendlichen, wie es das Runde zum Ausdruck bringt. Ähnlich wie die Muschel, die an allen hochbarocken Gebäuden zu sehen ist.

Ein barockes Schloß wie in Versailles ist Ausdruck der Idee des Königtums, das von Gottes Gnaden ist. Es ist hoch geschmückt, übersät mit Perlenmuscheln in architektonischer Form, mit imponierenden Säulen versehen, mit überladend bunten Gemälden und goldenen Fresken ausgestattet, beeindruckend durch Vielfalt der Form und die Vielfalt, sogar Dissonanz der Farben bei dennoch gewahrter Einheit, vor allem das Gold dominierte, auch in den barocken Kirchen (z.B. Südbayerns) oder den barocken Klöstern wie Kloster Melk in Österreich: volle Schönheit, volles Glück. In den Gärten spielten steinerne Nymphen und griechische Götterstatuen erinnerten in all ihrer Nacktheit an die antike Vergangenheit, aus der das Christentum kam. In den Parkanlagen wurden glänzende Fest gefeiert, in der der König als Mitschauspieler und Sänger seines Ruhmes auftrat, Feuerwerke erhellten den Himmel, seltene Tiere bevölkerten die Gärten. Und das Volk freute sich dessen. Die Welt ist schön, weil sie von Gott in ihrer unendlichen Vielfalt erschaffen wurde.

Leibniz ist der repräsentative Philosoph des Barock: Gott verleiht dem einzelnen Bewusstsein und den Dingen das Wesen, das ihnen Gegenständlichkeit gibt und sie damit erkennbar macht. Erkenntnis besteht darin, dass der Denkinhalt des erkennenden Menschen übereinstimmt mit vorgegeben, äußeren Inhalten, die gemäß den (logischen) Gesetzen der Erkenntnis im Bewusstsein vorgestellt werden. Welt und Denken werden bei Leibniz durch Gott vermittelt, wodurch der durchaus vorhandene Individualismus des einzelnen Bewusstseins-Ichs überwunden wird. Dadurch wird erreicht, dass man auch die Welt erkennt, wie sie ist. Diese Welt zerfiel dann in der bloßen Vernünftelei der kalten Aufklärung und im Blut der Französischen Revolution.

Biedermeier

Erst in der Restauration des Biedermeier (und danach in der Bismarck-Zeit) gelang unter Metternich und Dichtern wie Mörike, Grillparzer usw. eine geistige Restabilisierung des alten und guten Europas, die auch zur Folge hatten, daß die

Zahl der Kriege im 19. Jahrhundert erheblich abnahm: Europa wurde wieder befriedet, es fand eine Gestalt, in der es sich einheitlich fühlen konnte. In Österreich gab es einen barocken, fast pantheistischen, vielfarbenen Katholizismus, weil das Land nie protestantisch-rationalistisch „verpreußt“, Teil des preußisch-deutschen Reiches und nie in eine selektierende, militarisierende Einheits-Hierarchie gepresst wurde (wie z.B. im zentralistischen Frankreich). Es blieb lange Zeit die Vielfalt zahlloser Lebensformen (von jüdischen über polnische bis zu tschechischen) erhalten, die – trotz aller hegemonialen Versuche und nationalistischen Tendenzen - nicht modern eingeebnet wurden, weil die Monarchie – glücklicherweise - zu schwach war. Deshalb kam es 1866 ja auch zum „Ausgleich“ mit Ungarn, d.h. zu einer Machtteilung mit der ungarischen Aristokratie, die faktisch unabhängig von Wien wurde und nur noch dadurch mit dem „Mutterland“ zusammengehalten wurde, das der Kaiser von Österreich auch König von Ungarn war. Dementsprechend war der Habsburger-„Imperialismus“ (die Expansion nach Südosten, gegen den Islam) eher gemäßigt, eben charmant, und zerfiel dann auch schnell seit 1900. Heute hat das Land noch etwas von diesem Agrarisch-Vormodernen und der spezifischen Höflichkeit (von „Hof“ des Fürsten!), zumal es für die Tourismusindustrie gepflegt wird. Ein solches Land konnte auch die stille Vormacht dessen werden, was sich nach der Französischen Revolution als einigendes Band um Europa legte. Es war der österreichische Kanzler Metternich, der es seit dem Wiener Kongreß von 1815 immer enger flocht.

Oft wird diese Ära Metternich als restaurativ, reaktionär, muffig und repressiv betrachtet. Die gesamte Geschichtsschreibung ist von diesem Bild geprägt – und erweist sich dadurch als ideologisch, nämlich Deutung betreibend aus der Perspektive der liberalistischen Gegenwart: Man ist bestrebt, die heutige demokratische Verfassungsform, die hier natürlich nicht in Frage gestellt werden soll, quasi von der Geschichte her zu legitimieren, als habe diese Vorgänger-Ära nur darin bestanden, dass die Demokraten der Zeit im ständigen Kampfe gegen die metternichsche Repression gestanden hätten. Aber dieser Blick ist verzerrt und macht vergessen, daß diese Opposition eine kleine, intellektuelle Minderheit war, die allerdings publizistisch wortlaut war. Aber die breite Masse der Bevölkerung, die Bauern und auch das kleinstädtische Bürgertum, war zufrieden, dass die Kriege und Revolutionen der Napoleonischen Zeit überwunden waren und nun Stille sowie innerliche Ruhe einkehrte. Man vergesse nicht, dass die Bemühungen des Friedrich August von der Marwitz, seine Bauern auch nur dem grundständigen Bildungssystem zuzuführen, auf deren erheblichen Widerstand stieß, denn es war lästig, zur Schule zu gehen, zumal man den Sinn gar nicht einsah. Es wurde vor allem nicht als Befreiung begriffen, vielleicht ist es auch keine. Die Bibel ist doch das einige, lesenswerte Buch. Schließlich darf man nicht vergessen, dass die Massenmorde der Französischen Revolution und die Napoleonischen Verheerungen damals so wirkten wie heute Auschwitz (wenn auch beides nicht

zu vergleichen ist). Es war ein Schock, der auch anfängliche Sympathisanten der Revolution ergriff und sie zu energischen Gegner werden ließ, wie Schiller und Goethe.

Vom Publikum goutiert wurden vor allem die bodenständigen Komödien Kotzebues, der 1819 aus politisch-„nationalen“ Gründen wegen seiner Kooperation mit dem russischen Zaren ermordet wurde, was die repressive Pressepolitik Metternichs zur Folge hatte. Diese Beliebtheit von Kotzebue zeigt sich in der Allgegenwart seiner Stücke auf den Theaterbühnen der damaligen Zeit. Auch sprach sich nur ein Abgeordneter z.B. auf dem Provinziallandtag der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz 1845 für die völlige Beseitigung der Zensur aus. (18.4.1845) Nachträglich will die heutige Literaturwissenschaft Kotzebue im modernistische Sinne rehabilitieren, indem seinen Geschichten von Liebeskonflikt und Konfliktlösung aus heiterem Himmel eine stille Ironisierung zugeschrieben wird. Es gibt allerdings wenig in der Biografie des Schriftstellers, was dafür spricht, und wenn man es trotzdem entdeckte, ist noch die große Frage, ob es das Publikum auch so wahrgenommen hat. Das ist eher unwahrscheinlich. Die meisten Menschen (auch ich) wollen Harmonie und happy end, wie die am meisten konsumierte Trivialliteratur seit der Antike zeigt. Kritisch Dauerreflektion befriedigt nicht, nur „Kitsch“. Wer hängt sich schon einen Munk ins Zimmer, da kann man doch nur depressiv werden, erst Recht bei den Stücken S. Becketts. Man schaue sich auch nur die Programme des privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehens an, nur rd. 30% des Publikums genießt demnach die eher kritisch-politischen Sendungen, optimistisch geschätzt. „In“ sollte wieder Mörike, nicht Böll oder Grass sein.

Das, was wir gemeinhin als Inbegriff von Biedermeierlichkeit bezeichnen, ist Mörike. Er ist es auch – positiv gemeint, denn der Mensch hat auch das Recht, wie ein Pflanze zu leben: voll mit sich identisch oder Identität zumindest anstrebend, voll Gefühl, voll Ganzheit.

Um Mitternacht

Gelassen stieg die Nacht ans Land,
 Lehnt träumend an der Berge Wand,
 Ihr Auge sieht die goldne Waage nun
 Der Zeit in gleichen Schalen stille ruhn;
 Und kecker rauschen die Quellen hervor,
 Sie singen der Mutter, der Nacht, ins Ohr
 Vom Tage,
 Vom heute gewordenen Tage.

Das uralte alte Schlummerlied,
 Sie achtets nicht, sie ist es müd;

Ihr klingt des Himmels Bläue süßer noch,
 Der flüchtgen Stunden gleichgeschwungnes
 Joch.
 Doch immer behalten die Quellen das Wort,
 Es singen die Wasser im Schafe noch fort
 Vom Tage,
 Vom heute gewesenen Tage.

Ich lasse das Gedicht rein auf mich wirken: Es schafft Ruhe, ein Zusichfinden am Ende des Tages mit all seinen Problemen, der Tag entflieht langsam, singend, und ich gehe in Schaf über, in die Leid tilgende Nacht. Die Zeit fließt weiter: „sie achtets nicht“. Es ist nicht reine Idyllik, nicht alles-Vergessen, Reste des wirren Tages bleiben, aber „singend“, in das Umhüllende von Schlaf und Nacht geborgen, zumal des „Himmels Bläue und Süße“ noch weiterwirkt aus dem Tage heraus, also Schönes und Gutes. Der Tag hat auch sein Gutes, ist aber auch „Joch“, das jedoch „flüchtig“ ist, vergeht, wie das Wasser der Quellen weiter fließt. Zeit heilt alle Wunden. Dann kommt zum Schluß der vieles hinter sich lassende Schlaf, der im Traum aber noch die „singenden Wasser“ durchaus wahrnimmt. Also nicht Biedermeier im platten Sinne: alles gut - Ende gut, so wie ja auch Metternich nicht naiv war; sondern Frieden nach des Tages Leid und Arbeit, wie es so üblich ist, auch aus christlicher Sicht. Das Gedicht ist nicht Ausdruck eines traurigen Dichters, sondern eines Menschen wie Du und ich, der im Schlaf Frieden findet. Trotz aller Harmonie: Es bleibt das „Joch“, das in den Text ragt, ein starkes Wort, das auf tiefere Verletzungen zu deuten scheint, fast etwas Dämonisches, was die damaligen Leser durchaus zu deuten vermochten. Es war (und ist) nicht alles gut, was glänzt – das wusste auch das Biedermeier: Es gab Ungerechtigkeiten, und die klamme Erinnerung an die Greuel der Französischen Revolution. Aber man freute sich auch des Abends der von Gott gut und schön geschaffenen Welt. Man wird die Welt nie ganz gerecht gestalten können. Leid bleibt. Um so mehr muß man sich der schönen Stunden freuen – unkritisch, auch emotional.

Konservatismus als gesamteuropäische Bewegung des 19. Jahrhunderts
 Eine Definition des Konservatismus ist per se unmöglich, da der Konservatismus gerade solche abstrakte Definitionen ablehnt. Ihm ist das heilig, was so ist, wie es ist, konkret so wie im Leben. Im Leben handeln wir auch nicht mit Begriffen, Definitionen und Abstraktionen, sondern wir beziehen uns auf andere Menschen, Institutionen und/oder Dinge. Gerade das Denken darüber, warum etwas so ist und warum es so gut (oder schlecht) ist, stellt es potentiell schon in Frage, denn wer denkt, kann auch zu dem Ergebnis kommen, dass es schlecht ist. Reflexion ist daher potentiell nicht konservativ im Sinne des Bewahrens, sondern zerstörerisch. Erst Recht Wissenschaft.

Der glückliche Mensch denkt nicht, sondern freut sich seines Glückes. Definitionen von Konservatismus sind daher immer – wenn überhaupt – zeitbezogen. v. Klemperer bestimmt – für die unmittelbare Zeit nach der Französischen Revolution – Konservatismus als „aufgeklärten Royalismus“. Aber danach ist er wiederum was anderes – je nach sozialen und politischen Umständen, denn die Umstände und Wandlungen von dem, was ist, bestimmen auch das, was bewahrt werden muß – als Kern des Konservatismus. Nichts ist statisch. Selbst der britische konservative Theoretiker E. Burke glaubte schon nicht mehr ans Gottesgnadentum. Der Konservative glaubt aber fundamental nicht daran, dass die Welt beliebig gestaltbar ist. Eine bestehende Ordnung ist, wie sich entwickelt hat, trotz aller Mängel immer besser als alle großen Änderungsversuche, die oft nur eine Nicht-Ordnung mit sich bringen (was Änderungen im Kleinen und Langsamen – wo sie offensichtlich notwendig sind – nicht ausschließt.) Insgesamt ist man jedoch eher pessimistisch, ob ein genereller Fortschritt möglich sei: der Mensch ist und bleibt potentiell böse, wie die Erbsündenlehre zeigt, auch neue Ordnungen und Gesellschaftssysteme können das nicht eliminieren. Man glaubt auch an naturgegebene Bedingungen, die nicht änderbar seien, so z.B. die biologisch gegebenen, unterschiedlichen Funktionen von Mann und Frau, oder die Tatsache, dass die Menschen unterschiedlich begabt seien, von Gott mit unterschiedlichen Talenten begnadet würden, was sie dennoch gleich würdig bleiben läßt. Das Weltbild der Konservativen ist so, dass Politik nicht alles ist, es sollte vielmehr eher die Ausnahme sein, da sich vieles von selbst natürlich regelt. Es kommt ihm gerade darauf an, einen unpolitischen Privatraum der Bürger und Bürgerinnen zu bewahren. Dort ist nur Freiheit und Frieden möglich, nicht in der Politik, die nur Machtkampf sei. Freiheit gibt es nur in der Hinterhof-Idylle Spitzwegs.

Für den konservativen Staatsphilosophen Adam von Müller ist die Monarchie die legitime Staatsform seiner Zeit, der Zeit nach dem Wiener Kongress. Im Gegensatz zu Hegel geht er von der jeweilig geschichtlichen Person eines Königs oder einer Königin aus, nicht von abstrakten Prinzipien. Das allgemeine Gesetz sei starr und unflexibel; aber die Person, die es anwendet, lebendig, reaktionsbereit, ggf. auch innovativ und fähig, das Gesetz den besonderen Umständen des Einzelfalles anzupassen. „Das Gesetz bloß spricht nur; der Monarch aber spricht und hört.“ Eine Republik ist ihm demgegenüber stets der Gefahr demagogischer Destabilisierung ausgesetzt. Aber er weiß auch: der „Republikanismus und (die) Monarchie (sind) nichts anderes, als die beiden gleich notwendigen Elemente jeder guten Verfassung Der freie mögliche Streit aller der unendlichen Partheien, deren Conflict die bürgerliche Gesellschaft ausmacht, das ist die republikanische Natur aller Verfassung; und höchst lebendige Entwicklung des Gesetzes, das ist ihre monarchische Seite ...“ Er nennt das ein organisches Gesetz, das aus beidem (Monarchie + Republik) eine Einheit bildet. Den Liberalen wirft er vor, dass sie gerade nicht organisch seien, nicht dem Leben verbunden, sondern der Gesellschaft eine abstrakte

Verfassung steriler Freiheit überstülpen wollten, die nicht zu ihr passe. Das Gemeinwohl könne nur verwirklicht werden, wenn „der unsterbliche Souverän in dem unsterblichen Volke, beide in ihrer allgemeinen, ewigen Natur betrachtet, ... in unaufhörlicher Wechselwirkung ...“ stünden. So wie sich auch der Vater um seine Familie und der Lehrer um seine Schüler kümmere, auch unter Anwendung seiner Autorität. In der organischen, biologisch vorgegebenen Form der Familie sind Freiheit und Herrschaft nicht entgegengesetzt: Wenn ein Vater straft, so tut er es aus Liebe zu seinem Kinde. Natürlich müssten König und Adel solche Aufgaben durch ihr tatsächlich sittengemäßes, moralisches Verhalten rechtfertigen. Der Adel ist dabei die „Freiheit der unsichtbaren und der abwesenden Glieder der bürgerlichen Gesellschaft“, deren Belange er zum Ausdruck bringt. Er ist die *liberté générale*, die den König als Souverän „zugleich beschränkt und – erzeugt; denn erst durch die unendlichen Schranken entsteht eine wirkliche Macht, und aus dem unendlich bewegten Streit dieser Macht mit ihren Schranken ... auch hier erst die Idee des Rechts.“ Eine Macht im Nichts, ohne Gegenüber läuft ins Leere, ist Willkür und damit kein Recht. Der Vater-Monarch betrachtet seine Kinder-Untertanen nicht als politisch selbständig, alles bleibt im Kontext des Familienbildes, als sei es ein privater Raum, der mit dem öffentlichen gleichgesetzt wird. Viele Menschen in Entwicklungsländer betrachten bis heute Politik in dieser Art und Weise.

Wege zur modernen Demokratie und zur totalitären Diktatur

Zunächst einmal ist begrifflich genau zu unterscheiden: Die politischen Systeme des 19. Jahrhunderts in Europa waren keine Diktaturen im modernen Sinne, so

wie es auch damals keine Demokratien im modernen Sinne gab: Das Wahlrecht auch in Republiken (Hamburg z.) hatte nur eine kleine Schicht vermögender Bürger inne. Diese Systeme waren vielmehr eine je eigenartige Mischung aus feudal-monarchischen Strukturen und dem mehr oder weniger großen industriell-bürgerlichen Sektor, das in Deutschland seit 1870 über den Reichstag mit faktisch einem Vetorecht an der Politik beteiligt wurde. Die alten Strukturen sind dabei für die damalige Zeit nicht per se als illegitim zu bezeichnen, damit würde man unhistorisch den liberalen Standpunkt einnehmen, der sie kritisierte. Breite Schichten waren damals durchaus monarchisch-antidemokratisch eingestellt, und wenn man die seinerzeitigen Publikationen z.B. eines de Maistre liest, so konnten sie aus der Sicht der Zeit auch Argumente vorbringen. Man soll sich das feudale System auch nicht als ständige Unterdrückung und Ausbeutung vorstellen, dies war eher viel stärker Folge des frühen kapitalistisch-bürgerlichen Industrialisierungsprozesses, der die Menschen aus ihren gewohnten und bergenden, ländlichen Strukturen herausriß und in die anonymen Städte trieb oder zog, wo sie z.T. verwaahlerten. Es gab im 19. Jahrhundert auch kaum Tyrannen im griechisch-römischen Sinne (das waren wohl nur die blutigen Terreur-Herrschaften im Frankreich der ersten und vierten Revolution der Fall: 1793 und 1871), die feudalen Systeme ließen die Leute in Ruhe, solange sie nicht offen rebellierten (und darauf kam keine Bauer, es sei denn, es entstand Hunger, dann stand man auf gegen den jeweiligen Herrscher, nicht gegen die feudalen Verhältnisse überhaupt). Rebellen waren oft nur die wenigen Studenten, Juristen und Schriftsteller – einer Minderheit wie die von 1848.

Wie kam es nun zu den europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und nach 1945, bzw. 1990 zur wohl dauerhafteren Etablierung von Demokratien (im Sinne einer Herrschaft des Parlaments)?

Die Diktaturen sind – so paradox es scheinen mag – zunächst einmal Konsequenz der zunehmenden gesellschaftlichen Demokratisierung in Folge des Industrialisierungs- und sozialen Differenzierungsprozesses. Das ließ zwei neue Klassen entstehen, das Bürgertum Ein Mittel dazu war – und das war neu – die Ideologisierung des politischen und sozialen Konfliktes: Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus, was Fanatismen und die Arbeiterschaft, die mitreden wollten. mit sich brachte: Alles wurde unter der jeweiligen Perspektive betrachtet, bis hin zur Art der Bestattung, die liberal oder sozialdemokratisch stattfinden mußte. Mit der Absolutsetzung der eigenen Ideologie konnte man am besten seine Forderungen begründen und durch Massenmobilisierung durchsetzen. Die ideologisch-emotionale Aufheizung konnte aber auch schnell zur Errichtung einer Diktatur mit beitragen, indem eine Ideologie die Macht alleine eroberte (Hitler, Stalin, Mao, Pol Pot)– und trug unter bestimmten, sozialen und historischen Bedingungen dazu mit bei.

Z.T. kamen jedoch selbst die monarchischen Systeme den Forderungen der neuen Klassen nach, auch in Preußen-Deutschland, in dem es seit 1870 einen

frei und geheim von allen Männern gewählten Reichstag gab, der immerhin den Staatshaushalt und alle Gesetze verabschieden musste. Am geringsten war die Liberalisierung und Demokratisierung in Russland. Am weitestgehend in den USA, in England, in Skandinavien und in Frankreich. Hier kam es daher auch zu keinen Diktaturen, abgesehen von den außen- und militärpolitisch politisch eingesetzten (Vichy, Quisling). Im Westen Europas und in Nordamerika bildete sich frühzeitig durch eine frühe und starke Industrialisierung ein starkes Bürgertum, das stabile Demokratien und dementsprechend verinnerlichte Regeln etablierte. In Skandinavien war es eher oder auch ein frei gebliebenes Bauerntum, das diese Demokratien trug, die vor allem sozialdemokratisch geprägt waren.

In den Ländern, in denen der Industrialisierungs- und Demokratisierungsprozeß nicht voll gelang (Mittel- und Osteuropa), kam es zu antidemokratischen Regimen. Letztlich lag das am nicht bewältigten Agrarproblem: Die vorindustriellen Gesellschaften waren dominant agrarisch geprägt, vom Adel und vom Bauerntum, die die materielle Grundlage für die Bevölkerung erwirtschafteten. Mit dem Aufkommen des Bürgertums wurden diese Schichten nun gesellschaftlich verdrängt, die Bauern wanderten aufgrund der Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft (und der dadurch steigenden, kapitalbedingten Steigerung der Arbeitsproduktivität) in die neu entstandene Industrie des Bürgertums (in England aus einer Verbindung von Adel + Bürgertum). Dadurch verlor der Adel an Bedeutung und Macht, an dessen Stelle trat zumindest z.T. das Bürgertum (und die bald als dessen Pendant entstehende Arbeiterschaft). In England ging dieser Prozeß reibungslos vonstatten, weil der alte Adel sich in die neue Gesellschaftsform in anderer Funktion (Beamter, Industrieller, Offizier) einzugliedern vermochte. In den USA gab es gar keinen alten Adel, und die Form, in der es so etwas ähnliches gab, nämlich den Sklaven haltenden Großgrundbesitz im Süden, führte auch zum Bürgerkrieg, weil dieser „Adel“ seine undemokratische Stellung und Privilegierung nicht aufgeben wollte. In Skandinavien gelang die Transformation dadurch, dass ein klassischer Adel kaum oder nur in geringerem Umfang vorhanden war. Das gleiche galt zunächst für das industrielle Bürgertum. Es konnte sich vielmehr eine breite, kleinbäuerliche Schicht herausbilden, der nur ein nicht Grund besitzender und daher schwacher Beamtenadel gegenüber stand. So konnten sich im Verlaufe des 19. Jahrhundert die bäuerlichen Interessenvertretungen in den Parlamenten durchsetzen.

In Frankreich gelang die Ablösung des Feudalsystems nur in mehreren blutigen Revolutionen, der Adel wurde dadurch faktisch ausgerottet – und das Problem so „gelöst“. Der dadurch entstandene Haß im konservativen Lager war ein Faktor, der das faschistische Vichy-Regime im Süden Frankreichs unter Nazi-deutscher Duldung unter anderem ermöglichte. (In Spanien exportierte man den Adel nach Lateinamerika.)

In allen anderen europäischen Staaten gelang dieser Demokratisierungsprozeß nur verzögert und/oder sehr verspätet – und in Russland bis heute nicht. Warum?

Der Grund ist u.a. darin zu sehen – wie gesagt -, dass die feudalen Schichten nicht in die neue Gesellschaft integriert werden konnten oder das Aufkommen der neuen Gesellschaft sogar verhindern konnten. So waren Ungarn und die anderen südosteuropäischen Staaten bis zur kommunistischen Herrschaft noch weitgehend agrarisch, vom Großgrundbesitz geprägt, und von einer Staatsbeamtenchaft, vom „Hof“ um die Monarchie und von einem Händler- und Bankierstum; eine Industrialisierung kam wegen des Fehlen eines risikofreudigen, arbeitssamen und kapitalkräftigen Bürgertums nicht zustande. Das wurde allerdings durch die Kommunisten vollkommen geändert, vor allem in eine schwerindustrielle Richtung, die den Übergang zu den modernen, technologieintensiven Industrien wegen der Innovationsfeindlichkeit des zentralistischen und unflexiblen Planungssystems nicht schafften – ein Grund für den Untergang dieser Regimes 1990. Russland entwickelte sich ebenfalls wegen der Machtübernahme durch die Kommunisten ähnlich, ohne dass allerdings alte, autoritäre und klientelistische sowie korrupte Strukturen überwunden werden konnten. Sie wurden durch die totalitären Systeme vielmehr gestärkt – und wirken sich bis heute negativ auf die Demokratisierungsversuche aus, da die kommunistischen Parteien einen diktatorischen Anspruch hatten.

Einige mitteleuropäischen Staaten (Polen vorrangig) haben jedoch eine demokratische und revolutionäre Tradition, die bis ans Ende des Mittelalters, in die polnische Adelsrepublik zurückreicht, in der jeder Adlige ein Vetorecht im zentralen Parlament hatte. Dies erleichtert gegenwärtig den Aufbau einer stabilen Demokratie.

Kontinentaleuropa erlebte seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts eine faschistische und nationalsozialistische Welle, beginnend mit Italien 1921 und endend 1945 mit der Befreiung Deutschlands 1945. Auch das stalinistische Regime in Russland ist hier einzuordnen (das ja auch den 2. Weltkrieg als Folge des Hitler-Stalin-Paktes mit begann). Nur Franco-Spanien und der stalinistische Ostblock überlebten bis 1976, bzw. 1990 das Jahr 1945, weil Franco sich nicht am Krieg beteiligt hatte oder – so die UdSSR - aus ihm als Sieger hervorgingen. Diese politischen Systeme haben im Einzelnen folgende Ursachen:

- das ungelöste Agrarproblem im oben aufgezeigten Sinne: Teile des Großgrundbesitzes drängten auf diktatorische „Lösungen“, um den Einfluß des industriellen Großbürgertums und der Arbeiterbewegungen abzuwehren.
- eine gravierende Krise des kapitalistischen Systems mit erheblicher Arbeitslosigkeit (1930: Weltwirtschaftskrise), was für Ideologien und Massenbewegungen anfällig machte, und die radikalisierten Massen von links und rechts drängten auf einen „Führer“, da sich die Demokratie zuvor diskreditiert hatte.

- eine Kulturkrise infolgedessen, die zu einer Formenauflösung und einem Sinnverlust in Kunst, Literatur, Musik (12-Ton-Musik, abstrakte Kunst, vollkommene Sinnlosigkeit im Dadaismus) usw. führte. Alles wurde kritisiert, alle Werte lächerlich gemacht. Wer alles anzweifelt, sollte sich nicht wundern, wenn sich die Menschen dann wieder umzubringen versuchen.
- eine Destabilisierung der politischen und der Demokratien überhaupt, weil der Übergang von einem autoritär-monarchischen zum demokratisch-republikanischen System der Weimarer Republik vor allem in Deutschland zu abrupt und für die Bevölkerung zu überraschend kam. Es konnten sich keine stabilen Parteien und Verbände bilden, so dass „Politik“ als chaotisch erschien – und auch tatsächlich war. Man denke nur an die vielen Regierungswechsel in den 20er Jahren.
- Aus dieser Sicht erschien der „Führer“ als der ersehnte „Messias“, der aus der Not zu retten und eine neue Ordnung zu schaffen vorgab. Die Demokratie war unglaublich geworden, politische Inhaftierungen und die Verfolgung der jüdischen Deutschen begrüßte man 1933 in Teilen Schichten des verängstigten Bürgertums durchaus, was allerdings nicht heißt, dass man der Ermordung von 6 Millionen Juden zugestimmt hätte. Der Großgrundbesitz des Ostens sah in der Weimarer Republik ohnehin einen Hort des Sozialismus, der ihre Stellung zu gefährden drohte. Dessen wurde sogar der rechtskatholische Zentrums-Kanzler Brüning verdächtigt. Immerhin war es der dem schlesischen Agraradel verbundene Reichspräsident von Hindenburg, der Hitler zum Reichskanzler ernannte, obwohl er ihn persönlich als proletarisch-ungehobelt und als Gefreiten ablehnte.
- Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass die (semi-)faschistischen Theorien eines Sorel, Pareto, Ernst Jünger, Schmitt, Bann, – um nur wenige zu nennen – auf die Intellektuellen der Zeit sehr anziehend wirkten. Selbst Heidegger ging kurzzeitig auf diesen Leim – allerdings nicht ohne eine gewisse innerer Systematik und Verbindung zu seiner dezisionistischen Fundamental-Ontologie. Und die Kommunisten Ernst Bloch und Bertold Brecht rechtfertigten oder leugneten noch Ende der 1930er Jahre den Klassen-Massen-Mord Stalins (rd. 23 Millionen Tote).

Warum waren nach 1945 eine Überwindung der Diktaturen in Westeuropa und der Übergang zur Demokratie vergleichsweise reibungslos möglich? Hier spielten mehrere Faktoren eine Rolle:

- Die faschistischen und nationalsozialistischen Systeme waren durch den vollkommenen Untergang so diskreditiert, dass angesichts des millionenfachen Mordes und der allgegenwärtigen Ruinenlandschaft eine romantische Verklärung kaum noch möglich war – zumindest in

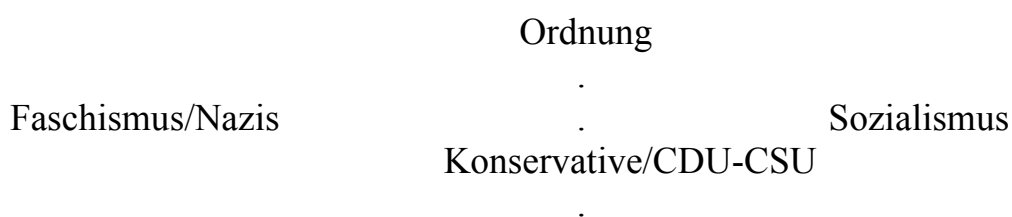
Deutschland, wo eine besonders radikale Form des Faschismus, der rassistische Nationalsozialismus, gewütet hatte.

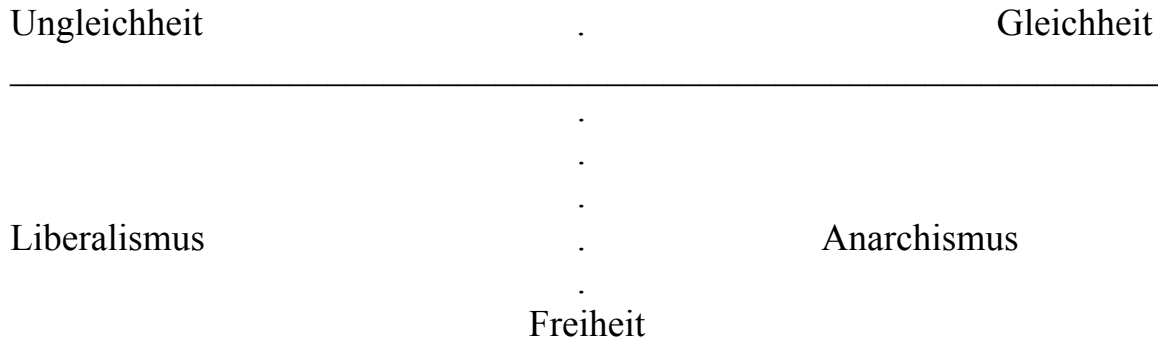
- Die USA setzten 1945 bis 1955 mit der Gewalt der Besatzungsmacht demokratische und damit korrespondierende, dezentrale Marktstrukturen durch, vor allem im europäischen Zentralstaat Deutschland, zumindest in dessen westlichen Besatzungszonen bis hin zur Elbe. Eine solche Struktur entsprach der amerikanischen Tradition („make the world safe for democracy“) und den amerikanischen Export- sowie machtpolitischen Einflußinteressen: Marktwirtschaftliche und demokratische Gesellschaften werden meist friedlich (Man erschießt nicht seinen – ausländischen – Kunden.) und zu beliebten und gesuchten Absatzmärkten für amerikanische Waren.
- Für die erforderliche Abwehr des mittel- und osteuropäischen Kommunismus sowie des heutigen islamistischen Faschismus waren und sind die Demokratien des Westens reizvolle und überzeugende Alternativen.
- Der Wirtschaftsaufschwung seit den 1950ern infolge europäischer Integration, stabiler politischer Verhältnisse und der Marshallplan-US-Hilfe (insgesamt 12 Mrd. \$) sowie eines großen Nachholbedarfs infolge der Kriegszerstörungen wirkte sich positiv auf die Politik aus.
- Überhaupt hatten alle aus Faschismus und Krieg gelernt. Es bildeten sich demokratische Traditionen auch in Deutschland.

Die demokratischen Institutionen bleiben auch im Verlauf der Wirtschaftskrise seit 1975 weitgehend stabil, auch wenn sie sich wandeln: alte Großorganisationen von Parteien und Gewerkschaften zerbröseln allmählich, neue, basisdemokratische und zivilgesellschaftliche, z.T. globale Gruppen bilden sich heraus, die jedoch durch moralistische Dauerkampagnen („Rettet die Wälder“) die parlamentarische Demokratie gefährden, da eine intellektuelle, sozialliberale, dauerkritische Minderheit in den Medien die Mehrheit unter Druck setzt.

Was daraus werden wird, ist jetzt noch nicht abzusehen. In die Zukunft kann auch die Wissenschaft nicht schauen.

Links und Rechts in der Geistesgeschichte





In den meisten, politischen Entscheidungssituationen bilden sich meist bzw. möglicherweise (höchstens) sechs Positionen heraus. Konkretisieren wir dies auf die Politik im Einzelnen:

Hier sind – bezogen auf die Bundesrepublik, aber auch bezogen auf zahlreiche andere Staaten in aller Welt – folgende, grundsätzliche geisteswissenschaftliche oder parteipolitische Einstellungen und Gruppierungen festzustellen, soweit es einigermaßen freie Demokratien sind. (Aber selbst Diktaturen wie die der DDR seinerzeit drapierte sich mit allerdings machtlosen Parteien aus dem Rechts-Links-Spektrum, um schöner zu erscheinen.) Folgende partei- und geistespolitische Parteiausrichtungen möchte ich behandeln:

- Faschismus/Nationalsozialismus (weitgehend passé, sieht man von Spinnern und Minderheiten ab; z.B. die Partei um Le Pen in Frankreich)
- Konservatismus (in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Griechenland u.a.)
- Christliche Demokratie (in Italien, Deutschland, zeitweise in Frankreich, Lateinamerika)
- Liberalismus (weltweit)
- Sozialdemokratie/Sozialismus (weltweit)
- Kommunismus (weitgehend passé, nur noch Nord-Korea und Kuba, in China stark liberal und kapitalistisch aufgeweicht)
- plus aller Mischformen

Diese Vielzahl ideologischer und weltanschaulicher Ausrichtungen ist nur schwer umfassend darzustellen; daher soll anhand weniger Begriffe versucht werden, Ordnung in die "Unordnung" zu bringen (siehe auch das Koordinaten-Kreuz oben):

Seit der Französischen Revolution sind es vor allem zwei Grundbegriffe, die die politische Diskussion bis heute bestimmen: Freiheit und Gleichheit. nach denen die folgende Einteilung erfolgen kann, im Groben und bei Inkaufnahme mancher Vereinfachung -sicherlich, aber unvermeidlich. Der alte Begriff der Gerechtigkeit („Jedem das Seine“) ist von den neuen beiden Begriffen abgelöst worden, nicht ohne Probleme, denn Freiheit kann man auch missbrauchen, ebenso Gleichheit, wenn die Menschen doch offensichtlich ungleich sind.

Genauer müsste es dahe rauch heißen, wie in Art. 3 des Grundgesetzes: Gleichberechtigung aller.

(Der dritte, etwas verblasene Begriff der Brüderlichkeit soll hier unberücksichtigt bleiben - er ist im Sinne der christlichen Liebe zu verstehen, aber in der heutigen Diskussion und in der kapitalistischen Gesellschaft symptomatischerweise verschwunden.)

Gleichheit bedeutet zunächst einmal im Sinne der Französischen Revolution und fast aller bürgerlichen Verfassungen danach: Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz. Das ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, so daß das Gleichheitsziel oft nicht auf diese juristische und staatsrechtliche Ebene beschränkt wird. „Gleichheit“ meint heutzutage – zumindest bei den Linken – auch die mehr oder weniger weitgehende Gleichstellung in ökonomischer und sozialer Hinsicht, z.B. durch den Abbau starker Ungleichheiten bei solchen Einkommen, die nicht durch Leistung begründet sind. Oder Ungleichheit in sozialer Hinsicht: Auch Kinder aus Unterschichten sollen im späteren Leben die gleichen Chancen haben (auch wenn es die Eltern und die Kinder selbst gar nicht wollen, dass die Kinder zum Gymnasium gehen sollen.) Ein Mehr an Bildung und ein besserer Zugang zu den "höheren" und weiterführenden Teilen des Bildungssystems soll auch einen sozialen Aufstieg mit sich bringen – so das wahrscheinlich etwas illusorische Versprechen.

Die "Linken" (Sozialismus, Kommunismus) wollen hier mehr Gleichheit, weil sie Ungleichheit in ökonomischer und sozialer Hinsicht (wohl hoffentlich nicht in den "Naturgaben" und Talenten) weitgehend als nicht gerechtfertigt betrachten; Ungleichheit wird vielmehr als Ausfluß von Herrschaft und Ausbeutung angesehen: der eine nimmt dem anderen etwas ungerechtfertigt weg, und wird dadurch "gleicher". Die Linke entstammt der frühen Arbeiterbewegung, die gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse kämpfte, indem ungerechtfertigte Wirtschaft und Politik durch Demokratisierung (d.h. Beteiligung aller) beseitigt wurde, bzw. werden soll. Die Sozialdemokraten beschränken sich dabei mittlerweile auf das Ziel der Chancengleichheit (ähnlich wie auch überwiegend die Christdemokraten): nicht Gleichheit im Ergebnis nach einem längeren Berufsleben, sondern Gleichheit beim Start (in der Jugend), indem jedem gleiche Bildungschancen geboten werden: Unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern soll so jeder z.B. das Gymnasium besuchen können, wenn er dafür die erforderlichen Leistungen erbringt. Um diese Bildungsmöglichkeiten auch umsetzen zu können, plädieren daher die Sozialdemokraten für eine möglichst späte Entscheidung über die individuell zu besuchende Schulform, z.B. erst im 14. oder 16. Lebensjahr, da erst hier voll die Begabungen zu Tage träten und da erst zu diesem Zeitpunkt die Jugendlichen auch bewußt entscheiden könnten. In der Zeit zuvor sollen alle Schüler nach Möglichkeit eine Schulform besuchen (lediglich innerlich differenziert), d.h. die Gesamt- oder Einheitsschule, bei Beseitigung des dreigliedrigen

Bildungssystems. Diese lange (Zwangs-)Phase der Gleichheit soll die individuelle Entscheidung über den zukünftigen Bildungsweg ermöglichen.

Es solle aber nicht – so die Linke - der Einheitsmensch, mit möglichst gleichem Gehalt für alle, angestrebt werden, wie das in der vormaligen DDR so war (geringe Gehaltsdifferenzen zwischen Arbeiter- und Akademikerpositionen, bei Privilegierung allerdings der SED-Elite). Die Jungsozialisten in der SPD hatten zwar in den 70er Jahren sogar ein generelles Höchsteinkommen von 5000,-DM gefordert – für alle. In der Volksrepublik China wurde unter Mao Tse-Tung darüber hinaus eine Einheitskleidung vorgeschrieben. Solche Vorhaben scheiterten aber grandios – auch in Zukunft: Eine derartige Gleichmacherei und Egalisierung zerstört den Anreiz zu mehr Leistung, da das Mehr ohnehin kaum finanziell entlohnt wird. Das ist heute allgemein akzeptiert. Ungleichheit fördert auch Leistung, Ansporn und damit Innovation, aber es darf nicht zuviel Ungleichheit sein. Wo Freiheit ist, entwickeln sich die Menschen aber immer ungleich – je nach Neigung und Begabung. Nur durch den Zwang des Staates kann zeitweise Gleichheit durchgesetzt werden. Oft entstehen aber auch hier schon Schattenwirtschaften, in denen die alte Gleichheit jenseits vom Staat wieder aufbricht.

Im Gegensatz zur „Linken“ ist bei den Liberalen und Konservativen stets auch ein Bestreben festzustellen, - neben der rechtlichen Gleichheit der Menschen die nun einmal gegebene Ungleichheit der Menschen zu respektieren und nicht künstlich einzuebnen: Die Menschen sind mit unterschiedlichen Begabungen veranlagt - von Natur aus. Diese gilt es frei entfalten zu können. Die einen sind fleißig, die anderen faul, die einen intelligent, die anderen weniger, usw. Das kann man nicht einebnen, ohne die Freiheit zu beseitigen. Allerdings hat das zur Folge, daß der eine Handwerker, der andere Apotheker und der dritte Banker oder Hochschullehrer wird. Jeder soll sich frei so entwickeln, wie es seinen Talenten, Interessen und Wünschen entspricht. Wenn jemand etwas nicht wird, so liegt das auch daran, dass er es nicht will und nicht kann. Darauf soll auch das Bildungssystem Rücksicht nehmen. Freiheit, die insbesondere den Liberalen wichtig ist (als Erbe des Kampfes des frühen Bürgertums gegen den übermächtigen merkantil-feudalen Staat), hat somit zur Kehrseite Ungleichheit. Freiheit und Ungleichheit sind demnach zwei Seiten ein und derselben Medaille. Oder umgekehrt formuliert: Mehr Gleichheit bedeutet auch mehr Unfreiheit und weniger individuelle Bildungsmöglichkeiten für die Einzelnen.

Es gibt im linken Lager Versuche, den Widerstreit von Freiheit und Gleichheit weg zu definieren oder weg zu diskutieren. Das ist jedoch illusorisch. Die Argumentation verläuft über die "Ordnungs"-Ebene und lautet wie folgt: Wir sind alle Teil der Gemeinschaft, der Gesellschaft, die uns aufzieht und durch das ganze Leben trägt. Freiheit ist nur in dieser Gesellschaft vorstellbar, nicht als einsames Individuum in den Weiten der Prärie, wie es die Liberalen suggerieren.

Freiheit sei nur dann sinnvoll, wenn sie auch auf die Bedürfnisse der Gesellschaft bezogen sei. Eine Freiheit, die sich gegen die Gesellschaft und deren grundlegende Bedürfnisse richtet, könne nicht funktional und gewollt sein. Das ist der linke Gesellschaftsbegriff.

Der Begriff von Ordnung, wie ihn die Konservativen haben, ist eher auf die Wahrung des Zusammenhalts, auf die Sicherheit des Alltags und auf die Sittlichkeit des einzelnen Handelns bezogen. Nicht im Sinne einer allgemeinen Gleichmacherei. Denn Gott hat die Menschen vielfältig und unterschiedlich geschaffen, und das muß man respektieren und gläubig akzeptieren. Konservatismus und eine Religiosität als Ergebnis in den Willen Gottes, der alles gut gerichtet habe, hängen eng zusammenhängen.

"Mut zur Erziehung", Konservative Thesen einer Konferenz zur Erziehung vom Januar 1978

I. Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Mündigkeit, zu der die Schule erziehen soll, läge im Ideal einer Zukunftsgesellschaft vollkommener Befreiung aus allen herkunftsbedingten Lebensverhältnisse.-In Wahrheit ist die Mündigkeit, die die Schule unter jeweils gegebenen Herkunftsverhältnissen einzig fOrdern kann, die Mündigkeit derer, die der Autorität des Lehrers schließlich entwachsen sind. ..

2. Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Schule könne Kinder lehren, glücklich zu werden, indem sie sie ermuntert, "Glücksansprüche" zu stellen. ..

3. Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung seien pädagogisch obsolet geworden, weil sie sich als politisch mißbrauchbar erwiesen hätten. ..

4. Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Schule könne Kinder "kritikfähig" machen ...“

(Quelle: O. Anweiler u.a. (Hrsg.), Bildungspolitik in Deutschland 1945 1990, Opladen 1992, S. 97)

Politischer Prozeß und Politikfelder

Politik und Politikwissenschaft sind einfach, wenn nicht bestimmte Wissenschaftler sie durch unnötige Theorien undurchsichtig machen, um die Bedeutung ihrer Wissenschaft hervorstreichen: Politik, auch „hohe“ Politik auf gesamt- und zwischenstaatlicher Ebene läuft ab wie das alltägliche Leben

zwischen mir und Dir. Denn die Entscheidung zwischen dem Guten und dem Bösen ist überall gleich. Noch Aristoteles wusste das, als er zu Beginn seiner „Nikomachischen Ethik“ auf den Marktplatz läuft, um zu horchen, was die Leute wie machen, wie sie entscheiden, was sie unter „gut“ und „böse“ verstehen. Darin gründet das gesamte, dieser Szene folgende Buch. Und die so gewonnenen ethischen Grundsätze (der Grundsatz der moralischen Mitte: Sparsamkeit als Mitte zwischen Geiz und Verschwendung) gelten auch für die Bürger und Politiker der polis-Gemeinschaft (Athen), wie er sie in seiner „Politik“ vor Augen hatte. Und sie gelten auch heute, der Mensch ist noch der gleiche, wir haben keine anderen.

unächst einmal: Politiker leben wie wir „Normalos“ in ihren Gruppen mit ihren spezifischen Bezügen, und sie haben Beschränkungen wie wir aus ihrer Umwelt zu beachten. Ein Bundeskanzler muß – sieht man in die diversen Memoiren - auf seine Regierungsfraktionen, zumindest deren Vorsitzende, auf die anderen Minister, insbesondere den für Finanzen, auf den Koalitionspartner und vielleicht auf bestimmte Medien und ausländische Regierungschefs achten. Mehr Bezugspersonen sind nicht zu verkraften. Das gilt auch für den Jedermann-Alltag: ich muß mich mit meiner Frau, den Kindern, den Kollegen, und den nahen Verwandten auseinandersetzen, mit den Nachbarn vertragen oder nicht. Und da ist sowohl in der Politik als auch im Alltag alles möglich, was man so kennt: Kooperationen, die „Chemie stimmt“, Intrigen, mehr oder weniger starke Interessendurchsetzung, Entscheidungen durch eine Mehrheit oder Alleingänge durch einige Wenige oder Einen; selbst Kriminalität ist nicht auszuschließen, wenn auch eher selten. Wer sich wie durchsetzt, hängt ab von der Überzeugungskraft, vom Verhandlungsgeschick, von der Amtsposition (dass man ggf. Entscheidungen rechtlich alleine treffen kann und darf), von guten Beziehungen, von Kompetenz usw. ab.

Und auch die Beschränkungen von Politik und Alltag sind nichts Unterschiedliches: zu wenig Geld haben wir immer, sowohl bei mir zu Hause als auch im Bundeshaushalt, und auch im Sozialismus des Ostblocks gab es zwar keine kapitalistischen Einflüsse mehr, aber dafür die Knappheiten infolge geringer Produktivität der maroden Industrien, infolge von Korruption ... Sparen ist in allen Fällen analog die notwendige Folge, und das heißt: den Leuten (oder mir und meiner Familie) wieder etwas wegnehmen, manchmal auch ungleich und vielleicht auch ungerecht.

Gleichermaßen gibt es im Alltag von jedermann Inszenierungen, wie man sie ansonsten nur den Politikern in den kritisch-kritischen Medien vorzuwerfen beliebt: aber auch auf Parties oder im Sportverein kennt man die Aufschneider, die Extravaganten, die Immer-im-Vordergrund-Stehenden; und jeder weiß sie einzuschätzen, so wie man auch nach einiger Zeit über den Inszenator Kanzler Schröder Bescheid wusste. Das Fernsehen offenbart hier viel. Immerhin verlor er vorzeitig – trotz aller Strampeleien -die Macht, trotz aller Medienkompetenz, weil er nämlich aus Überzeugung Hartz IV durchsetzte. Die, die sich hier über die Inszenierung von Politik beklagen, sind ein wenig heuchlerisch, als gäbe es

Aufschneiderei nur dort. (Gerade die Wissenschaft könnte man als begriffliche Inszenierung definieren).

Oder eine andere Parallele zwischen Politik und Alltag: Der Rücktritt von Bundesfinanzminister Lafontaine 1999 lief ab wie eine Familien- und Erbstreitigkeit auf dem Geburtstag von Onkel Karl M.: wer ist der wahre Erbe der SPD – Schröder oder Lafontaine? Das war der Gegensatz der beiden Machos. Und da wurde dann getrickst: Schröder foppte ständig und schlug Maßnahmen vor, die Lafontaine nicht wollte. Jede Seite ließ etwas an die Öffentlichkeit durchsickern, die beiden Ehefrauen eröffneten eine zweite Ebene, nächtliche Telefonate usw. – man kennt das ja. Und dann flippte der entnervte Lafontaine aus, floh in sein Saarland und trat als Finanzminister und SPD-Chef zurück. Lobbies und Korruption haben hier keine Bedeutung, allen Gerüchten zuwider.

Bei internationalen Verhandlungen ist es ähnlich: vor und nach ihnen wird viel telefoniert und geschrieben, Schröder und Girac konnten sich nicht riechen; Blair schrie Girac am Telefon an, als jener gegen und dieser für den Irak-Krieg 2003 war. Frau Merkel versucht es eher auf die ausgleichende Art, vermittelt und schmeichelt. Und die Amerikaner lieben sie geradezu. (Und selbst wenn es zum Krieg kommt, laufen oft parallel dazu Gespräche.) Hitler, weniger Göring schüchterten ihre „Partner“ ein und spielten Vabanque: man reizt mal aus, so wie ein Macho auf der Straße einen anderen Macho scharf und frech anblickt, um zu gucken, wie der reagiert – Provokation nennt man das, um die Nerven zu stärken und auch etwas durchzusetzen, zumindest als Ober-Macho aus der Situation herauszugehen. Wenn man Pech hat, schlägt der andere aber zu. So der große Churchill 1940 ff.

Die Annahme einer ähnlichen Grundstruktur von Politik und Alltag hat Folgen:

1. Jeder kann von seinem Alltag auf die Politik schließen.
2. Die Alltagsannahmen leiten auch Politiker, sie handeln im Prinzip wie wir.
3. Was Politiker aus welchen Gründen wie tun, kann man meist ohne weiteres aus der Tagespresse und aus Zeitschriften erfahren, oder zumindest aus ihrem Handeln schließen. Meist sind die Grundlagen von Entscheidungen sehr offensichtlich (z.B. dass der Staat in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik sparen muß.) •
4. Die Politiker sind Repräsentanten von Meinungsgruppen des Alltags, der eine spricht für die SPD, der andere für die FDP, der dritte ggf. industrienah, was er gar nicht verheimlicht, sondern offen bekennt, da er meint, dass das Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt am besten fördert. Politiker entscheiden meist auf der Basis ihrer Überzeugungen, nicht aufgrund von Geld oder Einflüssen.
5. D.h. jeder hat die Fähigkeit, einigermaßen zuverlässige Aussagen über Politik machen zu können – auch ohne Wissenschaft -, sonst wären ja Wahlen in einer Demokratie sinnlos.

Punkt 4 und 5 müssen noch etwas erläutert werden.

Hier ist ein wenig auszuholen. Zu jedem Thema (auch der Politik) – so lehrt uns die Erfahrung – bilden sich meist zwei bis sechs Meinungen, die in folgender Anordnung wiedergegeben werden können:

- ganz dagegen
- dagegen
- dagegen mit Kompromißbereitschaft
- schwach dafür
- dafür
- stark dafür

Hieraus ergeben sich bestimmte Kooperations-und/oder Konfliktformen des Alltags oder/und der Politik:

Strikte Konfrontation, wenn sich die Scharfmacher auf beiden Seiten durchsetzen (= in Demokratien: die Mehrheit im Parlament erringen. Das war die Lage in der Weimarer Republik 1932, als Nazis und Bolschies (KPD) usammen die Mehrheit im Reichstag innehatten, aber wegen ihrer Differenzen nicht zusammenarbeiten konnten.)

Oder die Dagegen-Fraktion hat die Mehrheit (bzw. die Dafür-Fraktion), dann ist die Lage klar: Entweder Ja oder Nein.

Schließlich können die beiden Kompromißgruppen kooperieren. Damit ist das Feld möglicher Konstellationen in der Politik und im Alltag abgedeckt. Damit läßt sich alles erfassen, selbst Diktaturen, wo ja auch der Diktator nicht alles alleine entscheidet, sondern sich um ihn herum formelle und informelle Gruppen bilden, die Koalitionen bilden.

Das ist im Alltag so, und auch in der Politik. Analog zum Alltag bilden sich auch in der Politik unterschiedliche Meinungspositionen (Personen oder Gruppen), mit denen wir uns identifizieren, je nach dem, ob wir rechts oder links eingestellt sind. Parteien und deren Vorsitzende sind dann Repräsentanten von Meinungen an der Basis der alltäglichen Gesellschaft – so die Theorie des sozialen Zeitgesprächs von Aswerus. Da wir uns nicht mehr wie im alten Griechenland direkt auf dem Markt treffen können, geschieht das vermittelt in den Medien und im Parlament, wo statt unser unsere Repräsentanten (Merkel oder „Münze“ oder Westerwelli oder Gysi oder ein Grüner) streiten. Die Zeitung oder das Fernsehen ist quasi ein medialer Marktplatz. Anders ist das in großen Gesellschaften nicht möglich.

Damit ist allerdings auch akzeptiert, dass statt unserer das Parlament entscheidet. Man nennt das die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes, was aber heutzutage durch zahllose Bürgerinitiativen, emotionalisierter und panischer Massenbewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen vergessen wird, die sich – als Minderheit, die sie sind! – an die Stelle der Mehrheit des frei gewählten Bundes-oder Landtages setzen wollen. Man denke nur an den Stopp des Baus von Atomkraftwerken seit Beginn der 80er Jahre, seitdem Minderheiten mit bürgerkriegsähnlichen Mitteln diesen Stopp erpresst hatten,

obwohl die Mehrheiten der Parlamente ursprünglich dafür waren. Auch besteht in einer solchen medial vermittelten Marktplatz-Demokratie die Gefahr, dass sich die Medien und die stets kritischen Journalisten an Stelle der Meinungspositionen der Gesellschaft setzen wollen und sich selber wichtiger nehmen als die Nachrichten und Meinungen, die sie vermitteln sollen. Journalisten inszenieren sich dann anstatt neutral zu berichten, insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Hier ist insbesondere der linke WDR zu nennen. Dann hat man so etwas wie eine Meinungsdictatur der Zeitungen oder des Fernsehen; zuweilen kann hier einen regelrecht bange werden, wenn man die gegenwärtige Kampagne gegen die armen Raucher denkt.

Und schließlich noch ein letzter, etwas skurriler Aspekt zum Verhältnis Alltag – Politik: In nicht demokratischen Monarchien (z.B. Marokko) besteht durchaus eine Analogie zwischen der Herrschaft des Mannes in der Familie und der ebenso unbeschränkten Herrschaft des Königs im Staat. Spricht man mit solchen Machos, dann fühlen sie sich ähnlich wie der König und unterstützen ihn daher auch. Alltag und Politik entsprechen sich.

Damit liegen die Bausteine bereit, mit denen wir nun die Grundlagen für eine allgemeine Politikanalyse legen können.

Die aufgezeigten, geistigen Links-Rechts-Positionen werden von Gruppen getragen. Gruppen, insbesondere Parteien, werden durch diese ihre Programmatik geradezu zusammengehalten. Man tritt nur selten einer Partei bei, um Karriere zu machen (das kommt erst später); sondern, weil man von ihren Zielen mehr oder weniger überzeugt ist. (Eine vollkommene Übereinstimmung gibt es allerdings nie, nur bei kleinen Sekten, wo man sich die Programmatik personengerecht zuschneiden kann, weil sie nur wenige Mitglieder haben.) Gerade bei den Parteien kommen an deren Basis, in den einzelnen Ortsverbänden vor Ort, in den Städten, die Ebenen von Politik und Alltag eng zusammen.

Die Bedeutung und der Einfluß der Gruppen können nach folgenden Kriterien gewichtet werden:

- Zahl der Mitglieder und sonstiger Anhängerschaften, die man ggf. für eine Demonstration gewinnen kann
- Hoher/geringer Organisationsgrad, d.h. gibt es einen Vorstand? usw.
- Geistige Übereinstimmung mit der jeweiligen Regierung, z.B. Nähe der SPD zu den Gewerkschaften
- Überzeugende Führer (Beispiel: Brandt, Churchill)
- Finanzielle Mittel
- Art des Regierungssystems, ob offen oder eher geschlossen für (neue) Parteien und Verbände (Z.B. ist der Parteeinfluß nach der heutigen französischen Verfassung stark eingeschränkt.)

In den Regierungssystemen der (westlichen) Welt sind meist Parteien und große Verbände der Industrie, der Landwirtschaft und der Gewerkschaften von Bedeutung. Die größeren Parteien sind in den Parlamenten als Fraktionen vertreten oder gar an der Regierung beteiligt. D.h. sie haben dann direkten Einfluß auf die Gesetze, die für alle Bürger eines Nationalstaates verbindlich sind. Aus den jährlichen Geschäftsberichten von Verbänden ist ohnehin in erstaunlicher Offenheit das Erforderliche über die Gruppen zu erfahren, sogar hinsichtlich der finanziellen Mittel und die Einflußbeziehungen. Selbstverständlich braucht man einiges an Erfahrung und Urteilskraft, um das insgesamt richtig einordnen und bewerten zu können. Aber regelmäßige Zeitungslektüre und Lektüre von historischen Werken und insbesondere von Politikerbiografien lässt diese Fähigkeiten auch bei Jüngeren nach einiger Zeit entstehen.

Ein weiterer Schritt ist die Betrachtung dessen, was Politik wesentlich macht und ist. Politiker machen vor allem Gesetze, die für alle verbindlich sind und meist auch umgesetzt und angewandt werden: alle müssen zur Schule gehen, wenn sie sechs oder sieben sind – und das wird auch notfalls polizeilich erzwungen. Darin unterscheidet sich Politik von allen anderen sozialen Vereinigungen: Fußballvereine z.B. können nur Regelungen für die erlassen, die Mitglieder sind, nicht für alle Bürger eines Staates.

Daher ist die Kenntnis von Recht und Gesetz für das Verständnis von Politik zentral. Recht und Gesetz sind Ausdruck der verbindlichen Herrschaft von Politik und deren Hauptgegenstand: in Berlin wird Tag für Tag über Gesetze verhandelt, die schließlich im Bundestag und Bundesrat beschlossen und vom Bundespräsidenten verkündigt werden. Daher muß im Zentrum des politischen und politikwissenschaftlichen Interesses das Gesetz stehen, das es genau zu studieren gilt. Problem für Anfänger wird sein, das richtige Gesetz und im Gesetz das Richtige zu finden. Versuchen wir das am Beispiel des Gewerbegesetzes nachzuvollziehen und aufzuzeigen, wie man solch ein Gesetz (auch Ordnung genannt) in den Griff bekommt, das Wesentliche des Gesetzes und damit der Politik in ihm herauspräpariert. Man muß sich zunächst anhand des Inhaltsverzeichnisses einen Überblick verschaffen und dann gemäß oben geschilderten politischen Rasters wichtige Grundbegriffe finden, hier z.B. den der Gewerbefreiheit im liberalen Sinne, aber auch der sozialpolitischen Einschränkungen im hinteren Teil des Gesetzes.

Gewerbeordnung, GewO

- § 1 Grundsatz der Gewerbefreiheit
- § 2 (weggefallen)
- § 3 Betrieb verschiedener Gewerbe
- § 4 (weggefallen)
- § 5 Zulassungsbeschränkungen

- § 6 Anwendungsbereich
- § 7 Aufhebung von Rechten und Abgaben
- § 8 Ablösung von Rechten
- § 9 Streitigkeiten über Aufhebung oder Ablösung von Rechten
- § 10 Kein Neuerwerb von Rechten
- § 11 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 12 Insolvenzverfahren
- § 13 Erprobungsklausel
- § 14 Anzeigepflicht
- § 15 Empfangsbescheinigung, Betrieb ohne Zulassung
- § 15a Anbringung von Namen und Firma
- § 15b Namensangabe im Schriftverkehr
- § 16 - § 28 (weggefallen)
- § 29 Auskunft und Nachschau
- § 30 Privatkrankenanstalten
- § 30a (weggefallen)
- § 30b (aufgehoben)
- § 30c - § 33 (weggefallen)
- § 33a Schaustellungen von Personen
- § 33b Tanzlustbarkeiten
- § 33c Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit
- § 33d Andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit
- § 33e Bauartzulassung und Unbedenklichkeitsbescheinigung
- § 33f Ermächtigung zum Erlass von Durchführungsvorschriften
- § 33g Einschränkung und Ausdehnung der Erlaubnispflicht
- § 33h Spielbanken, Lotterien, Glücksspiele
- § 33i Spielhallen und ähnliche Unternehmen
- § 34 Pfandleihgewerbe
- § 34a Bewachungsgewerbe
- § 34b Versteigerungsgewerbe
- § 34c Makler, Bauträger, Baubetreuer
- § 35 Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit
- § 35a - § 35b (weggefallen)
- § 36 Öffentliche Bestellung von Sachverständigen
- § 37 (weggefallen)
- § 38 Überwachungsbedürftige Gewerbe
- § 39 (weggefallen)
- § 39a (aufgehoben)
- § 40 (weggefallen)
- § 41 Beschäftigung von Arbeitnehmern
- § 41a - § 41b (weggefallen)
- § 42 Gewerbliche Niederlassung
- § 42a - § 44a (weggefallen)
- § 45 Stellvertreter

- § 46 Fortführung des Gewerbes
- § 47 Stellvertretung in besonderen Fällen
- § 48 Übertragung von Realgewerbeberechtigungen
- § 49 Erlöschen von Erlaubnissen
- § 50 (weggefallen)
- § 51 Untersagung wegen überwiegender Nachteile und Gefahren
- § 52 Übergangsregelung
- § 53 - § 54 (weggefallen)
- § 55 Reisegewerbekarte
- § 55a Reisegewerbekartenfreie Tätigkeit
- § 55b Weitere reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten, Gewerbelegitimationskarte
- § 55c Anzeigepflicht
- § 55d (weggefallen)
- § 55e Sonn- und Feiertagsruhe
- § 55f Haftpflichtversicherung
- § 56 Im Reisegewerbe verbotene Tätigkeiten
- § 56a Ankündigung des Gewerbebetriebs, Wanderlager
- § 57 Versagung der Reisegewerbekarte
- § 57a - § 58 (weggefallen)
- § 59 Untersagung reisegewerbekartenfreier Tätigkeiten
- § 60 (weggefallen)
- § 60a Veranstaltung von Spielen
- § 60b Volksfest, Anzeigepflicht
- § 60c Mitführen und Vorzeigen der Reisegewerbekarte
- § 60d Verhinderung der Gewerbeausübung
- § 61 Örtliche Zuständigkeit
- § 61a Anwendbarkeit von Vorschriften des stehenden Gewerbes
- § 62 - § 63 (weggefallen)
- § 64 Messe
- § 65 Ausstellung
- § 66 Großmarkt
- § 67 Wochenmarkt
- § 68 Spezialmarkt und Jahrmarkt
- § 68a Verabreichen von Getränken und Speisen
- § 69 Festsetzung
- § 69a Ablehnung der Festsetzung, Auflagen
- § 69b Änderung und Aufhebung der Festsetzung
- § 70 Recht zur Teilnahme an einer Veranstaltung
- § 70a Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung
- § 70b Anbringung von Namen und Firma
- § 71 Vergütung
- § 71a Öffentliche Sicherheit oder Ordnung
- § 71b Anwendbarkeit von Vorschriften des stehenden Gewerbes für die
Ausübung im Messe-,

Ausstellungs- und Marktgewerbe

- §§ 72 bis 80 (weggefallen)
- §§ 81 bis 104n (weggefallen)
- §§ 104o bis 104u (weggefallen)
- § 105 Freie Gestaltung des Arbeitsvertrages
- § 106 Weisungsrecht des Arbeitgebers
- § 107 Berechnung und Zahlung des Arbeitsentgelts
- § 108 Abrechnung des Arbeitsentgelts
- § 109 Zeugnis
- § 110 Wettbewerbsverbot
- §§ 111 bis 132a aufgehoben
- § 133 Befugnis zur Führung des Baumeistertitels
- §§ 133a bis 133d (weggefallen)
- §§ 133e bis 139aa aufgehoben
- § 139b Gewerbeaufsichtsbehörde
- §§ 139c bis 139h (weggefallen)
- §§ 139i aufgehoben
- §§ 139k bis 139m (weggefallen)
- § 140 aufgehoben
- § 141 bis 141f (weggefallen)
- § 142 aufgehoben

- § 143 (weggefallen)
- § 144 Verletzung von Vorschriften über erlaubnisbedürftige stehende Gewerbe
- § 145 Verletzung von Vorschriften über das Reisegewerbe
- § 146 Verletzung sonstiger Vorschriften über die Ausübung eines Gewerbes;
- § 147 Verletzung von Arbeitsschutzvorschriften
- § 147a Verbotener Erwerb von Edelmetallen und Edelsteinen
- § 147b Verbotene Annahme von Entgelten für Pauschalreisen
- § 148 Strafbare Verletzung gewerberechtlicher Vorschriften
- § 148a Strafbare Verletzung von Prüferpflichten
- § 148b Fahrlässige Hehlerei von Edelmetallen und Edelsteinen
- Usw. usf.

Gesetze sind sehr ordentlich aufgebaut und daher leichter zu erschließen, als man auf den ersten Blick denkt. Sie sind hierarchisch gegliedert: Am Anfang steht das Wichtigste, oft „Grundsätze“ genannt. In den weiteren Paragraphen wird dann der Grundsatz auf einzelne Lebensbereiche umgesetzt, hier im Fall der Gewerbeordnung z.B. der Grundsatz der Gewerbefreiheit im Bereich der Schausteller (Zirkusleute u.ä.). Es ist ein liberaler, freiheitlicher Geist, der im Gesetz zum Ausdruck kommt. Zunächst einmal ist alles erlaubt, dann kommen

einzelne und wenige Einschränkungen. Zum Schluß kommen meist die Strafbestimmungen, wenn man gegen das Gesetz verstößt.

Aber nun: Was heißt „Gewerbefreiheit“? § 1 gibt klare Antwort:

GewO § 1 Grundsatz der Gewerbefreiheit

(1) Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind. ...

GewO § 3 Betrieb verschiedener Gewerbe

Der gleichzeitige Betrieb verschiedener Gewerbe sowie desselben Gewerbes in mehreren Betriebs- oder Verkaufsstätten ist gestattet. Eine Beschränkung der Handwerker auf den Verkauf der selbstverfertigten Waren findet nicht statt.

GewO § 6 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Fischerei, die Errichtung und Verlegung von Apotheken, die Erziehung von Kindern gegen Entgelt, das Unterrichtswesen, auf die Tätigkeit der Rechtsanwälte und Notare, der Rechtsbeistände, der Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, der vereidigten Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaften, der Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften sowie der Steuerbevollmächtigten, auf den Gewerbebetrieb der Auswandererberater und das Seelotswesen. ...“

Damit sagt das Gesetz das Zentrale, und dies bestimmt auch die gesellschaftliche Wirklichkeit Deutschlands: jeder kann hier normalerweise (es gibt Ausnahmen!) einen Gewerbebetrieb aufmachen. Wir haben eine freie, liberale Wirtschaftsordnung. Das sagt auch viel aus über unsere Gesellschaft und Art zu leben. Es sind damit z.B. auch Verlage erlaubt, die Pornographie vertreiben, wenn diese Publikationen Jugendlichen nicht zugänglich oder einsehbar sind („Verkauf unter der Theke“). Gewerbe wird dabei rechtlich als dauerhafte wirtschaftliche Tätigkeit mit Gewinnabsicht definiert.

Weiterhin: Verfassungen sind weitere, grundlegende Rechtsquellen. Sie haben als Rechtsgebilde den großen Vorteil, dass sie klar darüber Auskunft geben, wer im Staate die Macht hat: in Frankreich ist es eindeutig der Präsident, wenn er die Mehrheit im Parlament hat; in den USA ist die Macht zwischen Kongreß und Präsidenten geteilt; in Deutschland ist es der Kanzler in Kooperation mit der/den regierungstragenden Fraktion(en) im Bundestag. In Lateinamerika durchweg der Präsident. In China das Politbüro der Kommunistischen Partei. usw. Recht ist nicht falsche Ideologie und Verfälschung der Wirklichkeit oder Lüge, sondern meist ein klarer Ausdruck dessen, was ist und was gewollt wird (auch wenn es das Phänomen der Steuerhinterziehung gibt, d.h. das Recht wird zuweilen missachtet, wie wir alle wissen. Aber unabhängig davon bleiben der Anspruch und auch der Druck sowie die Strafverfolgung/androhung durch den Staat, wenn wir Steuern nicht voll zahlen - je nach Land unterschiedlich effektiv.)

Gesundheitspolitik

Verfolgen wir ein politisches Vorhaben über die Zeit und schauen uns an, wie es sich entwickelt hat, nämlich die diversen Anläufe und Gesetzesvorhaben zu einer Gesundheitsreform in Deutschland seit den 1970er Jahren. Von unseren Gehaltsrechnungen oder aus dem Bekanntenkreis wissen wir, dass wir an die Krankenkassen zahlen müssen, bis zu 14% des Gehalts, wobei allerdings der Arbeitsgeber die Hälfte übernimmt (außer bei Beamten). Und uns ist klar, dass wir auch zahlen, wenn wir gar nicht krank werden, denn dann zahlen wir z.B. für andere, die krank sind, oder die Alten, die öfter krank werden. Es ist also ein Umlageverfahren: das Geld wird ggf. von mir auf andere umgelegt, oder – wenn ich krank bin – von den anderen auf mich. Das ist das einfache Grundprinzip. Aber es scheint nicht mehr so recht zu funktionieren. Denn die Ursachen für die Reformbemühungen sind die leeren Kassen der Krankenversicherungen, insbesondere der gesetzlichen Pflichtversicherung für Arbeitnehmer und Angestellte (AOK = Allgemeine Ortskrankenkasse). Denn die Arbeitslosen zahlen weniger ein, und der medizin-technische Fortschritt wird immer teurer. Und irgendwie muß man hier eben sparen. Aber wie und wo? – das ist die Frage der Politik. Wobei die Parteien nach dem aufgezeigten Rechts-Links-Schema entweder mehr bei den Arbeitnehmern streichen wollen oder vermehrt auch die Unternehmer und Mittelschichten einbeziehen. Letzteres läuft unter dem Titel „Bürgerversicherung“.

Was hat sich nun seit Ende der 70er im Vergleich zuvor geändert? Das ist eine Frage, mit der man herausbekommt, was Ursache für die leeren Kassen ist. Denn die Ursache ist dann wahrscheinlich das, was neu aufkam und zuvor nicht da war. Was war neu seit Ende der 70er?

Folgende Trends werden immer wieder in Medien und Wissenschaft als Kostentreiber genannt:

1. der medizinisch-technische Fortschritt: immer mehr teure Maschinen (Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttosozialprodukt stieg von 5% in den 60igern auf 10% heute.)
2. das Älterwerden der Bevölkerung: Stichwort „Vergreisung“
3. weniger Kinder, d.h. weniger Einzahler in die Kassen
4. wachsende Arbeitslosigkeit seit Mitte der 70er, und auch dadurch: weniger Beitragszahlungen
6. die Wiedervereinigung, 18 Millionen Ostdeutsche kommen als eventuell Kranke und (wenige) Einzahler hinzu, denn die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist doppelt so hoch wie in Westdeutschland (9 zu 18%).

Sieht man sich die Reihe an, dann sind es wahrscheinlich die beiden letzten Gründe, die vor allem an den Finanzierungsproblemen der Krankenkassen schuld sind. Denn: den technischen Fortschritt gab es auch schon vorher, die Zahl der Kinder je Familie sinkt seit 100 Jahren, und ebenso lange wird die

Bevölkerung immer älter. Politiker nennen auch alle diese Faktoren, legen sich aber meist nicht auf einen oder zwei als die wichtigsten fest, um sich nicht angreifbar zu machen, so, wenn man z.B. die ostdeutsche Arbeitslosigkeit anführt, dann besteht doch die Gefahr, dass diese Regionen Deutschlands beleidigt sind. Man sagt ja auch nicht seinen Eltern genau, warum man durch die Prüfung gefallen ist, sondern man entwickelt oder erfindet ein nebulöses Ursachenbündel, durch das die eigene Faulheit als Ursache ganz klein gehalten wird und schließlich der böse Lehrer an allem schuld ist.

Was haben nun die Politiker gegen diese Probleme gemacht?

Geht man z.B. das (kostenlose) Internet-Archiv der Zeitung „Die Welt“ hierzu durch, dann lassen sich folgende Etappen unterscheiden (Auswahl): (= GKV Gesetzliche Krankenversicherung)

Seit 1977: mehrmals Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetze, um die Beiträge der Einzahler stabil zu halten, indem man Zuzahlungen zu einzelnen Leistungen verlangt. Z.B. hinsichtlich der Eigenleistungen bei Zahnbehandlungen. Dies wurde in den nächsten Jahrzehnten mehrmals wiederholt. Die Beitragssätze wollte man auch deshalb nicht steigern lassen, um nicht die Arbeitgeber angesichts verschärfter und billigerer internationaler Konkurrenz (z.B. aus China) vermehrt zu belasten, sie zahlen ja die Hälfte an die Kassen.

1989: Gesundheitsreformgesetz, u.a. Höchstbeträge, die die Krankenkassen für Arzneimittel zahlen; Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Gesundheitssystem; vermehrt vorbeugende Gesundheitsfürsorge, um zukünftig hohe Kosten zu vermeiden. Aber weiterhin Kostenexplosion und Verschuldung der Kassen. Daher:

1993: Gesundheitsstrukturgesetz, u.a. Budgetierung, d.h. Begrenzung der Ausgaben, die ein Arzt in einem bestimmten Zeitraum („Quartal“) vornehmen darf; weniger Zulassungen von Ärzten; auch ambulantes Operieren außerhalb des Krankenhauses; Wechsel der Kasse möglich, um die Konkurrenz zwischen Kassen zu erreichen, wodurch evt. die Preise sinken; reiche Kassen müssen die armen fördern („Risikostrukturausgleich“)

2004: Gesundheitsmodernisierungsgesetz, u.a. Rentner müssen volle Beiträge zahlen; Zuschüsse aus Steuermitteln für Kassen; Errichtung medizinischer Versorgungszentren; eine einheitliche, nicht mehr gestaffelte Apothekengebühr (= eine Einnahmequelle der Apotheker) für alle verschreibungspflichtigen Arzneimittel; Verwaltungskosten der Kassen werden gebremst durch Bindung an die Entwicklung der Grundlohnsumme.

2007: GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz: Konkurrenz zwischen alle Kassen, dadurch Hoffnung auf Kostensenkungen

Was kann man aus dieser Entwicklung lernen? Politik geht sehr vorsichtig vor, Schritt für Schritt, große Projekte werden vermieden, weil man deren Folgen nie genau weiß und die Widerstände oft zu groß sind. Man fängt mit kleinen

Maßnahmen an, und erst wenn dies nicht reicht, ergreift man tiefer einschneidende Maßnahmen, die auch Machtpositionen nicht ungeschert lassen, z.B. die der Ärzte und Apotheker. Aber weitaus interessanter ist der programmatische Wandel, der im Verlauf der diversen Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Die 70er Jahre waren noch vom staatlichen Ordnungsgedanken in der GKV bestimmt, wie es der deutschen, stets auf den Staat ausgerichteten Tradition entspricht. Der Staat kümmert sich um die Krankheit, so der Grundgedanke, denn so etwas Wichtiges könne man nicht den Unsicherheiten des privaten Marktes von Angebot und Nachfrage wie in den USA überlassen. Daher die halb-staatlichen GKV als Körperschaften des öffentlichen Rechts seit Bismarck. Seit den 90er Jahren und schließlich seit 2007 hat hier sukzessive eine Ideenwandel stattgefunden: von der Staats-Ordnung zur partiellen Privatisierung (Zuzahlungen) und zur marktwirtschaftlichen Konkurrenz zwischen allen Kassen, was auch als Liberalisierung bezeichnet wird, wie sie ebenso in anderen Lebensbereichen eingeführt wurde (Bahn, Post, Weltwirtschaft, Universitäten usw.). Durch Konkurrenz sollen Preissenkungen zugunsten der Kunden erreicht werden.

Zum Vergleich sei noch kurz auf den z.T. anderen Geist des US-Gesundheitssystems eingegangen, dem sich das deutsche aber langsam annähert: Es gibt zwei dominierende Formen staatlicher Gesundheitsfürsorge in den USA:

- * Medicaid für Einkommensschwache und Sozialhilfeempfänger (staatlich finanziert) und

- * Medicare als Pflichtversicherung für Rentner und Invalide (staatlich finanziert, z.T. auf der Basis der Sozialversicherungsabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern), gegenwärtig noch mit Überschüssen arbeitend, die aber aufgrund des Alterwerdens schnell schrumpfen werden.

Man setzt hier also – im typisch amerikanischen, liberalen und antistaatlichen Geist -mehr auf die Eigenversorgung der Bürger und greift vom Staat her vor allem z.B. nur bei Alten ein, wenn Krankheiten häufiger werden. Medicare und Medicaid erreichen daher lediglich rd. 79 Mio. Amerikaner (2004), bei 300 Millionen Einwohnern insgesamt. Vor allem untere Einkommensschichten, die keine Sozialhilfe erhalten, können sich oft keine ausreichende Krankenversicherung leisten. Sie besuchen dann die Notaufnahme der Krankenhäuser und werden dort versorgt.

Medicare und Medicaid werden ungefähr je zur Hälfte von den Bundesstaaten und dem Bund finanziert. Die Bundesländer legen unterschiedliche Einkommensgrenzen fest, unterhalb derer Erkrankte bezugsberechtigt sind. Sie liegen ca. bei 12000 \$ je Jahr (was deutschen Maßstäben entspricht). 30 – 40 Millionen Amerikaner beziehen diese Hilfen. Der Missbrauch soll bei rd. 25% liegen. Bei der Verschuldung der amerikanischen Staats-Haushalte auf Bundes- und Länderebene stehen Kürzungen dieser Krankenhilfs-Programme immer an, zumal auch in den USA das Sozialsystem infolge des Renteneintritts der Babyboomer zunehmend belastet wird (wenn auch nicht so gravierend wie in

Deutschland). - Daneben gibt es die Health Maintenance Organizations für Arbeitnehmer, die noch am meisten den deutschen Krankenkassen mit ihrem Solidarausgleich ähneln, wobei die finanzkräftige Einzahler auch die finanzschwächeren mitzahlen. Sie finanzieren sich über die Einzahlungen der Mitglieder.

Die meisten Amerikaner (fast 200 Mio. 2004) haben – mehr oder weniger automatisch - eine private, sog. „Gruppen“-Krankenversicherung, vermittelt über ihren Betrieb, in dem sie arbeiten, die aber – zunehmend - bei deren Konkurs oder Unwilligkeit der Betriebsleitung in Probleme geraten können. Dagegen will eine Rückversicherung wirken, die aber nur zeitlich begrenzt hilft. 15% der Amerikaner sind in keiner Weise versichert, unter Clinton sogar 1999 16,3 %. Versuche der Clinton Administration, ein Gesundheitssystem nach kontinentaleuropäischem Vorbild einzuführen, scheiterten am republikanisch dominierten Kongreß, aber auch am Misstrauen der meisten Amerikaner gegen zu viele Staatseingriffe, die man auch als Freiheitsberaubung begreift. Eine Pflichtversicherung wie in Deutschland gibt es daher bis heute nicht. Das führt dazu, dass die Lebenserwartung in den USA seit jeher geringer ist als in Westeuropa ist.

Bei allen Nachteilen hat das amerikanisch Gesundheitssystem einen großen Vorteil: man vertraut mehr darauf, dass im Krankheitsfalle die Familie hilft, was ja auch realistisch ist.

In Europa entwickelt sich demgegenüber folgender Teufelskreis: Medien und kritische Wissenschaft berichten sensationalistisch immer mehr über die (angeblich) nachlassende Fürsorgefähigkeit der Familie, Folge ist, dass der Staat dann sich verpflichtet fühlt, Versorgungszentren aus Steuergeldern einzurichten, die helfen sollen – mit dem Einsatz u.a. von Sozialarbeitern, Gesundheitsberatern, die wiederum an den Hochschulen ausgebildet werden. In Vertrauen auf diese staatlichen Einrichtungen löst sich die Familie immer mehr auf: Scheidungen, Berufstätigkeit aller Angehörigen, Kinder in Horte, wo sie nicht mehr erzogen werden. Die normale soziale Selbstversorgungsfähigkeit der Gesellschaft verringert sich immer mehr, woraufhin der Staat immer mehr interveniert, und dadurch die Gesellschaft immer weiter geschwächt werden ... usw. Staatsverschuldung ist die Konsequenz, denn eine zerfallende Gesellschaft kann der Staat nicht auffangen.

Internationale Beziehungen

Außenpolitik Deutschlands

Deutschland ist wegen seiner geographischen Lage mitten in Europa, wegen seiner Bevölkerungsgröße und seit 1900 wegen seiner wirtschaftlichen Potenz stets zentraler Faktor oder kriegerischer Schauplatz der internationalen Politik gewesen, von 1500 bis 1900 eher negativ betroffen, seit 1900 bis 1945 als imperialistischer Akteur, der zur Vormacht Europas zu werden versuchte. Das scheiterte offensichtlich 1945, weil Deutschland zu klein und schwach ist, um

ein europäischer Hegemon (wie früher Rom) zu werden, aber auch wiederum zu stark und zu groß ist, so dass unsere Nachbarn, insbesondere Polen und Frankreich, Angst vor uns haben.

1815 suchte man dieses Problem dadurch zu lösen, dass man das Reich in 48 Kleinstaaten auflöste („Deutscher Bund“) und so erheblich schwächte. Bismarck einte zwar 1870/1 Deutschland (ohne Österreich-Ungarn), ihm gelang jedoch, diesen mitteleuropäischen Klotz derart in das Konzert der europäischen Mächte friedlich einzugliedern, dass Krieg (von und gegen Deutschland) verhindert wurde. Er nahm deutsche Machtansprüche zurück („Deutschland ist saturiert“) und spielte alle anderen Mächte gegeneinander aus (Österreich-U. gegen Russland, Frankreich gegen England, Russl. vs. Engl.), so daß sie sich nicht (wie dann 1914 und 1939/41) gegen das Reich verbinden konnten. Das deutsche Sonderbündnis seit 1900 mit Österreich-U. und dem Osmanischen Reich (und die Distanzierung von den anderen Großmächten) isolierte das Land natürlich und trug mit zum Ersten Weltkrieg bei.

In weitaus schlimmerer Weise führte Hitler in seinem manischen Rassen-Krieg vor allem gegen Russland in die Isolation und die desaströse, auch moralische Niederlage. Seit 1945 bis heute ist daher ein Grundprinzip des verkleinerten Deutschland und der europäischen und deutschen Außenpolitik, die „deutsche Frage“ auch nach dessen Vergrößerung (Wiedervereinigung 1990) durch die intensive Einbindung Deutschlands in den europäischen Integrationsprozeß zu lösen: die EU-Staaten (inkl. Deutschland) geben Souveränität an die Europäische Union ab, und die Bundesrepublik wird so zugleich kontrolliert, sowie sie auch in Europa gleichberechtigt mit Frankreich und England mitbestimmen kann, so wie diese natürlich auch kontrolliert werden. Das hat nun in (West- und Mittel-)Europa seit 60 Jahren den Frieden gesichert, zumal es den deutschen Bundesregierungen bisher (meist) gelang, zu allen EU-Staaten und zu den Flügelmächten USA und Russland mehr oder weniger gute Beziehungen zu unterhalten. Allerdings führte das deutsche Streben nach Wiedervereinigung der getrennten Teilgebiete: Bundesrepublik und „DDR“, dem von der UdSSR erhaltenen, sozialistischen ostdeutschen Diktatur, zu erheblichen Spannungen mit der UdSSR.

Die Kanzler Adenauer und Brandt haben die Doktrinenbündel der deutschen Außenpolitik seit 1949 klassisch formuliert.

Adenauer wollte die Wiedervereinigung durch die (wirtschaftliche und militärische) Stärke des Westens (Nato) erreichen, d.h. je mehr die BR Deutschland fest integriert in dieses Bündnis stark und der Westen insgesamt durchsetzungsfähig werde, um so eher würde der kommunistische Totalitarismus in Moskau die „DDR“ freiwillig und friedlich preisgeben. Das gelang auch schließlich, bedenkt man, dass Gorbatschow infolge der erheblichen Aufrüstung der USA unter Präsident Reagan in den 80ern die DDR zur Wiedervereinigung freigab.

Die Stärkung des Westens, d.h. die deutsche Integration in den Westen (nachdem es zuvor zumindest zeitweise immer zwischen Ost und West zu pendeln versuchte und sich damit überschätzte) erfolgte in mehreren Etappen:

-

- + Gründung der und Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(EGKS, Montanunion) 1951 zwischen Deutschl., Frankr., den Benelux-Staaten und Italien – Kern der späteren EWG, EG und EU: Schaffung eines zollfreien gemeinsamen Marktes zwischen den Sechs zum Austausch von Kohle und Stahl.

Denn Frankr. hat die Erze (die Deutschl. kaum hat) und Deutschl. die Kohle, und beides muß zur Stahlproduktion friedlich zusammengebracht werden. Die vorherigen Versuche, die französischen Erzgebiete, bzw. das deutsche Ruhrgebiet (1923) zu erobern, waren gescheitert. Damit wurden analoge Kooperationsprojekte der westlichen Besatzungsmächten in Deutschland (Internationale Ruhrbehörde, OEEC) auch von der (halb-)souveränen Bundesrepublik des Jahres 1951 fortgesetzt, seitens Frankreichs vor allem deshalb, um ein westdeutsches, englisches und amerikanisches Zusammengehen (ggf. gegen Frankr.) zuvorzukommen.

- + 1955 Beitritt Westdeutschlands zur NATO (statt der EVG); Stationierung von amerikanischen Atomwaffen zur Sicherung der freien Welt und zur Abwehr kommunistischer Angriffe

- + Nach Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) (einem Militärbündnis der Sechs) Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit dem Ziel der Schaffung eines zollfreien Binnenmarktes für alle Produkte und Dienstleistungen

-

- + Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag zwischen Adenauer und de Gaulle von 1963, z.T. mit antiamerikanischer Tendenz, da beide Staatsmänner die Entspannungspolitik des demokratischen US-Präsidenten Kennedy (1961 – 63) als Einknicken vor der kommunistischen Expansion (in Vietnam z.B.) und als feige Preisgabe des Zieles der deutschen Wiedervereinigung betrachteten. Man nannte das den „deutschen Gaullismus“ von Adenauer, Strauß, von Guttenberg und der CSU – im Gegensatz zu den „Atlantikern“ um Erhard, Schröder, Brandt, SPD und FDP, die weiter bevorzugt mit den USA zusammenarbeiten wollten und deren Entspannungspolitik mehr oder weniger zu akzeptieren bereit waren, z.T. sogar die kleineuropäische EWG nur aus 6 Staaten zugunsten einer weltweiten Wirtschaftskooperation z.B. über das GATT aufgeben wollten.

-

- + 1951 Beitritt zum freihändlerischen Welthandelsvertrag (GATT), in dem Wstdeutschl. eine ebenso liberalistische Position hinsichtlich Zollsensungen im

Industrieproduktbereich einnahm (um exportieren zu können), nicht aber im Agrarsektor.

•

+ Keine Anerkennung der ostdeutschen SED-Diktatur („Banditen-Herrschaft“), keine Kooperation mit ihr, um alsbald die Bevölkerung befreien zu können. Zu jedem Staat, der diesen SED-Staat anerkannte, werden zur Strafe die diplomatischen und Wirtschafts-Beziehungen abgebrochen. (sog. Hallstein-Doktrin)

•

+ Auf Druck der USA hin: seit Anfang der 60er Jahre zur Bekämpfung des weltweiten Kommunismus =>Aufbau entwicklungspolitischer Institutionen,

a. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

b. Staatsbank „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ mit einer entwicklungspolitischen Abteilung zur (Kredit-oder Zuschuß-)Finanzierung von Entwicklungsprojekten

c. Zu Beginn der 70er unter Entwicklungsminister Eppler (SPD): die staatseigene Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ GmbH) zur Durchführung der Projekte

d. Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung zur Ausbildung von Entwicklungshelfern und von Personal aus den Entwicklungsländern

e. Deutscher Entwicklungsdienst: Entsendung von Personal in die 3. Welt

f. Kirchliche Organisationen „Brot für die Welt“ (evgl.) und „Misereor“ (kath.) mit staatlichen Zuschüsse

g. Freiwilligenorganisationen

h. Hermes-Kreditversicherung: staatliche Rückversicherung von Krediten für Exporte in den Süden und nach Osteuropa (das seit 1990 z.T. auch in die Entwicklungshilfe einbezogen wurde.)

i. staatliche Goethe-Institute in aller Welt: Förderung der deutschen Sprache und Kultur

j. Aufnahme von 3. Welt-Studenten an deutschen Universitäten und Fachhochschulen (rd. 10%)

Adenauers Kurs der Westintegration, wie er dann 1960 von der SPD z.T. übernommen wurde (was die NATO betrifft), hatte weitere Motive:

1. kein Pendeln mehr zwischen Ost und West (wie das noch Wilhelm II. und Stresemann in der Weimarer Republik versuchten)

2. Ausgleich mit dem „Erbfeind“ Frankreich (wie schon Stresemann: Politik von Locarno 1926, deutscher Verzicht auf Elsaß-Lothringen)

3. Sicherung der Demokratie und Marktwirtschaft in Deutschland durch Kooperation mit den Demokratien und Marktwirtschaften des atlantischen

Raumes (im Gegensatz zum traditionell asiatischen und autoritären Russland, bis heute unter Putin)

4. Überwindung des europäischen Nihilismus, wie er im Nazitum und Stalinismus zum Ausdruck kam, durch erneute Fundierung in der Idee des christlichen Abendlandes zusammen mit dem katholischen Frankreich und Italien und den christlichen USA

5. lebensnotwendige Auslandsmärkte des geschrumpften Deutschlands (ohne die Agrargebiete Schlesiens usw.) im restlichen Europa, um dort die deutschen Industrieprodukte abzusetzen und um von dort die erforderlichen Nahrungsmittel zu beziehen: Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie das schon Kant vorgeschlagen hat.

6. Außenpolitische Zusammenarbeit der ehemaligen Kolonialmächte Westeuropas zur Wiedergewinnung des weltpolitischen Einflusses (so vor allem Frankreich)

Die SPD der 50er Jahre (und teilweise die FDP) war eher neutralistisch eingestellt, spätestens nach dem Tod des SPD-Vorsitzenden Schumacher 1951, der noch sehr antikommunistisch war. Dessen Nachfolger suchte bis 1960, für eine Nichtmitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO von Moskau die Wiedervereinigung auszuhandeln. Hier spielten zwei Noten von Stalin eine Rolle, der gerade das anscheinend versprach – aber wirklich wollte er es nicht. Er wollte weiterhin die Teilung Deutschlands und zugleich eine Neutralisierung Westdeutschlands außerhalb der NATO. Adenauer lehnte daher die Stalin-Noten ab, da er die reale die Gefahr sah, dass die Bundesrepublik so nur wieder Misstrauen und Distanz im verbündeten Westen hervorrufen würde – wie schon einmal im Vertrag von Rapallo 1922, als sich das Deutsche Reich dem leninistischen Russland näherte und damit nur eine Verhärtung der westalliierten Positionen in der Frage der von Deutschland zu zahlenden Reparationen bewirkte.

Die Zeit der 60er Jahre war bestimmt von der Frage, inwieweit man Sowjet-Rußland entgegenkommen wollte, um die innerdeutschen Verhältnisse zu erleichtern (z.B. Besucheraustausch zwischen West- und Ostdeutschland). Außenminister Schröder errichtete so z.B. in der Mitte der 60er Handelsmissionen in den osteuropäischen Staaten unterhalb der Ebene von Botschaften, Brandt nahm als Außenminister der Großen SPD/CDU/CSU-Koalition (1966 – 69) diplomatische Beziehungen zum kommunistischen Rumänien auf, obwohl dieses die DDR anerkannt hatte und diplomatische Beziehungen zu ihm unterhielt. Aber die DDR als Staat wollte man nicht anerkennen, weil man in der Zweistaatlichkeit eine dauerhafte Gefahr für die Wiedervereinigung sah.

In der westdeutschen Weigerung Mitte der 60er, die unterbewertete DM aufzuwerten – wie der Westen forderte -, zeigten sich sogar nationale Tendenzen, denn das hätte die deutschen Exporte verteuert. Die anderen Staaten sollten vielmehr sparen und so die Überbewertung deren Währung zu verringern. Deutscher Fleiß und Sparwille dürften nicht durch eine Aufwertung bestraft werden.

Brandt formulierte dann 1969/70 – als Kanzler der SPD-FDP-Koalition - den zweiten großen Doktrinen-Strang deutscher Nachkriegsaußenpolitik, der bis heute – sieht man von der gelösten Wiedervereinigungsfrage ab – gültig ist:

Ausgleich mit dem kommunistischen Osten, auch Ostdeutschland (nach der Wiedervereinigung auch Russland)

-

Seit 1975 Intensivierung des gesamteuropäischen politischen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Austausches über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE unter Einschluß der USA und Russlands), auch über den Europarat und dessen Menschengenrichtshof und über die Wirtschaftskommission der UN für Europa.

-

Erweiterung der EG insbesondere um Großbritannien, um deren Abschließung gegenüber Drittstaaten zu verhindern und um weitere Exportmärkte zu erschließen.

Enge, vor allem militärische Kooperation mit den USA, die Westdeutschland alleine gegen die russische Übermacht verteidigen konnte. Daher auch deutsche Unterstützung des Vietnam-Krieges der USA.

Gemeinsame Außen-und Entwicklungspolitik in der EG, insbesondere gemäß französischen und britischen, exkolonialen Interessen

-

Forcierte Entwicklungspolitik, auch über multilaterale Organisationen (EG, UN), um u.a. in aller Welt außenpolitische Freunde und Handelspartner zu gewinnen (rd. 7Mrd. Euro Entwicklungshilfe z.B. 2005)

-

Beitritt zur UN seitens BRD und „DDR“, dort Finanzier und kooperativer Akteur, z.B. Ende der 80er Jahre, als es um die Unabhängigkeit des auch von Deutschen besiedelten Namibias ging, um die Zustimmung der dortigen Deutschen zu diesem Prozeß zu erlangen.

-

Insbesondere dann unter SPD-Kanzler Schmidt: aktives Mitmanagement (als drittgrößte Industrienation) weltwirtschaftlicher Krisen über IWF, Weltbank und G7/8, um eine erneute Weltwirtschaftskrise wie 1929 infolge von

Ölpreiserhöhungen, Spekulationen, Zollkriegen und Abwertungswettläufen zu verhindern.

-

Vor allem unter Brandt: faktisch endgültige völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße gegenüber Polen im Moskauer und Warschauer Vertrag von 1970, 1990 in einem deutsch-polnischen Vertrag durch das wiedervereinigte Deutschland bestätigt.

-

Im Grundlagenvertrag von 1973: staatsrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD, allerdings nicht Anerkennung als Ausland; parallel dazu und durch Junktims verbunden damit: Abkommen zur Sicherung der durch die DDR führenden und stets früher gefährdeten Landwege zum freien, westdeutschen West-Berlin seitens der vier Weltkriegsalliierten, die teilweise noch als vormalige Besatzungsmächte über Deutschland als ganzes verfügten und entscheiden konnten und daher auch der Wiedervereinigung 1990 zustimmen mussten.

-

Weiterverfolgung des Wiedervereinigungszieles durch Brandt trotz Anerkennung der DDR, indem die innerdeutschen Beziehungen auf der menschlichen Ebene (Besuche) intensiviert werden und man so hoffte, ein Gefühl für die deutsche Nation und gemeinsame Staatlichkeit zu erhalten (was sich allerdings nur in Ostdeutschland – aus anderen Gründen – so entwickelte.)

-

Kredite an die marode DDR (auch später unter CDU-Kanzler Kohl in den 80er Jahren), um die Lage der Ostdeutschen zu verbessern. Auch Röhrenlieferungen in den Ostblock und Bezug von Erdgas dorthier.

Kanzler Kohl (1981 – 98) und Außenminister Genscher führten – im teilweisen Gegensatz zu den USA – die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten fort – wenn auch unter forcierter Betonung der Menschenrechtsfrage vorrangig in der DDR – und empfingen so 1987 den SED-Chef Honecker 1987 in Bonn. Allerdings wurden auch 1983 die US-Pershing-Raketen 1983 in Westdeutschl. stationiert, die noch Kanzler Schmidt 1978 zur Schließung der Mittelstreckenraketenlücke gegenüber der UdSSR gefordert hatte, womit er sich aber in der tendenziell pazifistischen SPD unter Brandt als Vorsitzendem und gegenüber der kommunistisch unterwanderten Friedensbewegung nicht durchsetzen konnte und u.a. daher nun von der FDP unter dem freidemokratischen Außenminister Genscher (1974-92) gestürzt wurde, was zur CDU/CSU/FDP-Koalition 1981 – 98 führte. Infolge des sich anbahnenden wirtschaftlichen Kollapses der UdSSR, infolge der Reformen der KPdSU unter KP-Chef Gorbatschow und infolge der umfangreichen Abrüstungen zwischen den USA und der UdSSR wurden die Raketen 1987 wieder abgebaut.; was die Langstreckenwaffen betrifft, z.T. gegen den Willen der CSU und der rechten CDU um Dregger, die befürchteten, dass die BRD gegenüber dem Ostblock

erpressbar würde, wenn sie nicht mehr durch die Interkontinentalraketen der USA geschützt würde und nur noch auf kurzstreckige Waffen zurückgreifen könne, wenn überhaupt. (Dregger: „Je kürzer die Waffen, um so töter die Deutschen.“) Ein Krieg mit Kurzstreckenwaffen würde nur auf deutschem Territorium stattfinden und die Deutschen töten, die Supermächte könnten sich auf ihren Kontinenten zufrieden und passiv zurücklehnen.

Die von Kohl gemeisterte Wiedervereinigung brachte ihn und seine Nachfolger zunehmend in eine neue Lage:

Auch und erst das wiedervereinigten Deutschland bleibt voll mit seiner Bundeswehr in der NATO integriert, untersteht faktisch deren Kommando.

•

Weitere EU-Integration: Einführung des Euro, vor allem auf Drängen Frankreichs, Verlust der währungspolitischen Souveränität, Nord- und Osterweiterung der EU (dort starker deutscher Einfluß), Reform der EU-Institutionen, Vorantreiben des EU-Verfassungsprojektes

•

Verstärktes weltpolitisches Engagement der Bundeswehr in Krisengebieten in aller Welt über die EU und über die NATO, z.T. auch über die UN (Mit-Finanzierung des UN/USA-Krieges zur Befreiung Kuwaits 1991 von den irakischen Eroberern, Vermittlungen in den Ex-Jugoslawien usw.)

Kosovo-Krieg der SPD/Grünen-Regierung Schröder und der NATO zum Schutz der Kosovaren gegenüber den aggressiven Serben – ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates

Beteiligung am UN-Einsatz zum Sturz des Taliban in Afghanistan 2001 – gegen Widerstände der linken SPD und von Teilen der Grünen;

allerdings offene und offensiv betriebene Ablehnung von Schröder/Fischer gegenüber dem Irak-Krieg der USA 2003. Dadurch wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen erheblich gestört, zumal persönliche Animositäten dazu kamen und die Bundesregierungen in den anderen Krisenherden eher nur entwicklungspolitisch. und nicht militärisch aktive deutsche Soldaten einzusetzen bereit sind, was von den anderen Nato-Staaten als Feigheit interpretiert wird. Erst unter der christdemokratischen Kanzlerin Merkel entspannte sich die Lage gegenüber den USA wieder, die sich vermehrt auch in der internationalen Umweltpolitik engagierte, die EU-Umsetzung des Kyoto-Protokolls von 1997 zur Reduzierung der Co2-Gase mitbewirkte und nun Kyoto-Folgeabkommen auf den Weg bringen will - und dazu sogar den sehr zögerlichen US-Präsidenten Bush II ansatzweise bewegen konnte.

Engere, auch militärpolitische, z.T. antibritisch und antiamerikanisch motivierte

Kooperation mit Frankreich im Rahmen der EU und der NATO, weil Frankreichs Machstellung als Atommacht nach dem Untergang der UdSSR 1991 und dem Bedeutungsverlust von Atomwaffen überhaupt reduziert und die der Deutschen analog dazu gewachsen war.

-

Aufbau einer EU-Eingreiftruppe von 60.000 Mann seit 2000 (erster Einsatz z.B. im Kongo-Bürgerkrieg im Jahre 2005/6)

-

verstärktes Streben nach weltpolitischer Mitsprache im UN-Sicherheitsrat durch den zuweilen auftrumpfenden „grünen“ Außenminister Joseph Fischer (1998 – 2005), der vergeblich einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat durchsetzen wollte und ebenso vergeblich im Nahost-Konflikt zu vermitteln können meinte. Erst der Nachfolger Steinmeier als Außenminister schlug hier wieder einen realistischen Kurs ein.

-

Kooperationen in der Terrorabwehr mit fast allen Staaten, bis in die zentralasiatische Staatenwelt hinein, z.T. über die Innenministerkonferenz der EU gemäß dem Maastrichter Vertrag von 1994, der die außen-, innen- und migrationspolitische Zusammenarbeit in der EU stark ausbaute (u.a. Errichtung der europäischen Polizeibehörde EUROPOL, die aber keine exekutive Polizeifunktionen hat und nur Daten austauschen darf.); auch über die OSZE und andere internationale Organisationen und über eine intensiviertere Kooperation der Geheimdienste.

Zunehmend ein besserwisserische Menschenrechtsstrategie, die sich – insbesondere unter Merkel – imperial (zusammen mit der übermoralisierten Zivilgesellschaft und den Medien) überall in die Politik anderer Gesellschaften einmischt, dabei oft deren alt hergebrachte Eigenart missachtend.

Entscheidungsprozesse

Das deutsche Regierungssystem ist insbesondere in der Außenpolitik durch die Bestimmungen des Grundgesetzes sehr auf den Kanzler zentralisiert, der zumindest noch mehr als der Außenminister hier aktiv ist, auch, weil das eine parteipolitisch wichtige Profilierungsmöglichkeit ist und weil nur der Kanzler auf den EU- und G8-Gipfeln vertreten ist. Das ist jedoch je nach Persönlichkeiten unterschiedlich: Der seinerzeitige Außenminister und SPD-Vorsitzende Brandt war fast so stark wie Kanzler Kiesinger, während Brandt als Kanzler weitaus einflussreicher war als Außenminister Scheel von der FDP. Hier war sogar der Brandt-Beauftragte/Vertraute E. Bahr eine zentrale Kraft, einer Art von grauer Eminenz, der auch 1970 die Verhandlungen in Moskau führte. In Krisensituationen zentralisiert sich der Entscheidungsprozeß noch mehr. Adenauer realisierte seine Politik der Westintegration am Kabinett und am Bundestag vorbei, anders wäre er nicht so erfolgreich gewesen, denn nur einheitlich konnte man mit den westlichen Alliierten verhandeln. Die wichtigen

Entscheidungen der Ostpolitik 1969 – 1973 wurden von Brandt, Bahr, Scheel und Duckwitz getroffen. Ähnlich ist es heute, die Wiedervereinigung wurde von Kohl und Genscher gemanagt. Das ist allerdings nur deshalb möglich, weil unter allen großen deutschen Verbänden (BdI, DGB) und Parteien ein breiter Konsens über die Westintegration besteht. Wir leben vom Export, und brauchen daher überall Freunde und offene Märkte. Die Grünen, die CSU und die Linke, aber auch Rechtsradikale sind allerdings z.T. globalisierungskritisch, weil sie durch weltwirtschaftliche Verflechtungen die nationale Selbstbestimmung gefährdet glauben. Die CSU drohte sogar 1997 den Euro abzulehnen, was durch den Einsatz des CSU-Finanzministers Waigel verhindert wurde. Die Bevölkerungsmehrheit ist zwar der Westbindung gegenüber nicht abgeneigt, neigt aber vor allem in Ostdeutschland und seit den 50ern traditionell unter Protestanten zum Pazifismus. Hier kommt eine für die Deutschen seit dem 30ig-jährigen Krieg typische Weltflucht zum Ausdruck. Daher wird auch eine Berufsarmee diskutiert (wohl aber nicht verwirklicht werden.) Deutschland wird auch in Zukunft angesichts seiner Exportinteressen und der Freundschaft zu den Beziehungen des Westens diesen Kurs nicht verlassen können und wollen, wobei allerdings es darauf ankommen wird, Russland stets einzubinden und nicht zu verprellen (was nicht immer geschieht).

Die **Globalisierung** und ihre Ursprünge sowie Folgen

Seit jeher wird diskutiert, ob die Flagge dem Handel folgt oder der Handel der Flagge. Waren es erst die Händler, die in den fernen Landen der Übersee an Land gingen und Kolonien gründeten? Oder die Militärs (=Flagge)?

Wissenschaftshistorisch und theoretisch wurde (seit der Antike) und wird heutzutage weiterhin diese außenpolitische/wirtschaftliche Kontroverse anhand des Gegensatzes zwischen „Realismus“ und „Idealismus“ diskutiert (bzw. deren diversen Nachfolger und Versionen). Der realistische Ansatz behauptet hier, dass Politik und Macht - gegenwärtig vermittelt des Nationalstaates – die Wirtschaft (auch die heutige Weltwirtschaft) mehr oder weniger zu gestalten in der Lage sei. Denn das, was man seit Beginn der 1990er Jahre Globalisierung nennt und zu einer starken Ausdehnung von Handel, Direktinvestitionen, Devisentransaktionen usw. geführt hat, ist doch erst durch die von den staatlichen Regierungen in die Wege geleiteten Liberalisierung der Kapital- und Handelsmärkte, in der EG, durch die WTO, ermöglicht worden. Das kann auch prinzipiell wieder zurückgeschraubt werden, wenn sich die nationalen Interessenlagen ändern. Wir haben das 1914 und 1929 bereits einmal erlebt – und zwar in einer – seinerzeitigen – Weltwirtschaft, die damals durch den internationalen Welt-Währungsgoldstandard (Gold als Leitwährung) in gewisser Hinsicht globaler war als die heutige, die ja in verschiedene Währungsräume zerfallen ist (Dollar, Euro, Yen). Selbst in der doch hoch vergemeinschafteten EG betreiben u.a. Frankreich, Spanien und Großbritannien eine z.T. wirtschaftsnationalistische Politik, indem sie offen die Übernahme von Großbetrieben durch EG-Ausländer verhindern. Umgekehrt handelt Deutschland merkantilistisch, d.h. sie fördert einseitig und indirekt ihren Export (Exportüberschuss von mehr als 100 Mrd. Euro) zu Lasten der anderen Staaten, die ja unter einer analogen Verschuldung (Importüberschuss) leiden, und d.h. auch: sich abhängig machen. Auch die – trotz allem Geredes - faktische deutsche Niedriglohnpolitik (abgesehen von den Lohnnebenkosten) ist ein Beitrag zur merkantilistischen Offensive. In Deutschland sinken die Reallöhne seit Mitte der 90er Jahre. (vgl. Theorie des Neo-Merkantilismus nach Gilpin) Auch die Gewerkschaften machen das mit, da sie wissen, dass der Wohlfahrtsstaat nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn man in der weltweiten Konkurrenz der Staaten und Gesellschaften (Pisa! Elite-Universität, Technologieförderung) an der Spitze steht, zumindest überlebt.

Der internationale „Idealismus“ nach Kant oder auch „Globalismus“ genannt – die große Gegentheorie mit vielen Nachahmern – geht demgegenüber davon aus, dass sich Demokratien und Marktwirtschaften zunehmend politisch und wirtschaftlich verflechten: Bürger von Demokratien wollen (meist) keinen Krieg. Und Unternehmer produzieren weltweit dort und Migranten gehen dorthin, wo es am billigsten ist; wo das politische und Sozial-System stabil ist; wo eine gute Infrastruktur besteht (Ausbildung, Forschung, Verkehr); wo ein innovativer und optimistischer Geist herrscht; oder wo nicht alles überregelt ist. Kant und später Marx, die Liberalen und die Linke prognostizieren daher das Entstehen einer Weltgesellschaft mit „Weltbürgern“ (Kant) und einer „weltbürgerlichen“ Einstellung (Habermas), woraus mit der Zeit auch eine Art von weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Institutionen entstehen – mit den

Aufgaben, die gemeinsamen Belange zu regeln. Der Streit geht gegenwärtig darum, inwieweit solche Institutionen, Bewusstseinslagen und Verflechtungen bereits bestehen. Liberale und Linke fordern sie allerdings mehr, als dass sie schon vorhanden wären. Denn nur wenige Angelegenheiten werden effektiv international geregelt: letztlich nur in den wirtschaftlichen Bereichen der EG, durch die WTO und über den Internationalen Währungsfonds, wenn dieser das Instrument der Verschuldung von Staaten als Sanktion einsetzen und damit bestimmte wirtschaftspolitische Aufgaben erzwingen kann. Schon die UN ist nur wenig durchsetzungsfähig: in der Wirtschaftspolitik gar nicht, in der Friedenssicherung zuweilen.

Betrachtet man die Frage: „Realismus versus Idealismus“ historisch, so waren es im Fall der englischen Kolonialbildung meist die Händler und deren Organisationen, insbesondere in Indien, die Kolonialstützpunkte weltweit verstreut erwarben - wobei jedoch die dort tätige Indian Company bald auch politisch und militärisch aktiv wurde. Die spanische Inbesitznahme Lateinamerikas erfolgte demgegenüber zunächst militärisch. Waren die Ursachen der Weltkriege auch wirtschaftlich? Wohl nur zweitrangig, Hitler ging es primär um rassistische Weltherrschaftspläne (die Idee des „Lebensraumes im Osten“ wurde zwar auch wirtschaftlich begründet, aber das war nicht das zentrale Motiv.); und im Ersten Weltkrieg kämpften die Mächte um die Vorrangstellung im internationalen System.

Was das neue Weltwirtschaftssystem nach 1945 betrifft, so war und ist es zunächst politisch bedingt gewesen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass für die liberalen und marktwirtschaftlichen USA, der übermächtigen Imperialmacht nach 1945, politisches und wirtschaftliches Denken gar nicht so einfach zu trennen sind, wie es lange Zeit in der kontinentaleuropäischen Philosophie üblich war (Bodin: staatliche Souveränität oberhalb der Gesellschaft; Hegel: liberale Gesellschaft/Wirtschaft versus autoritären Staat, z.B.) Für das angelsächsische Denken ist der „Normalfall“ die möglichst selbständige Gesellschaft der Wirtschaftsbürger, die frei miteinander handeln und Handel treiben. Der Staat ist nur für den Notfall da und nach Möglichkeit zu minimieren. Dieser Vorstellung ist – wenn man so will.- das Wirtschaften immer vorrangig. Und so entschied dann auch die amerikanischen Administrationen seit 1944: die neue, nachfaschistische Weltordnung sollte durch große weltwirtschaftliche Organisationen strukturiert sein. (=> IWF, Weltbank, GATT/WTO) – neben der UN, die die Beziehungen zwischen den Staaten möglichst friedlich gestalten sollte. Für die Amerikaner war und ist die weltweite Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie etwas Selbstverständliches, bei dem sie davon ausgehen, dass es dem Willen aller entspreche. Infolgedessen installierte man – soweit man konnte – in Westeuropa marktwirtschaftliche Demokratie, so wie das die Vereinigten Staaten heute auch im Irak tun. Demokratie und Markt hängen in dieser Sicht eng zusammen, da beide den freien Bürger voraussetzen und benötigen.

Dass die USA in einer solchen Weltordnung angesichts ihrer ökonomischen Potenz dominieren würden, war offensichtlich. U.a. deshalb lehnte die UdSSR das Konzept auch ab und gründete aus politischen Gründen in ihrem Ostblock quasi eine eigene Weltwirtschaft, die über den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon) durch Abstimmung der nationalen Wirtschaftspläne – unter Moskaus Kontrolle – organisiert war. Stabilisiert wurde diese ökonomische Abhängigkeit durch die militärische Präsenz Moskaus in allen Ostblockstaaten („Warschauer Pakt“). Mehrere militärische (Halb-)Interventionen dieser russisch gesteuerten Armeen in die Innenpolitiken der kommunistischen Staaten (1953, 1968, 1982) zeigen, dass der Ostblock primär politisch zusammengeschweißt wurde

Dass im Gegensatz hierzu die Amerikaner eher ökonomisch denken und herrschen, zeigen die Eigendynamiken des von ihnen errichteten Weltwirtschaftssystems. Zwar banden sie die Verbündeten in Westeuropa vor allem durch ökonomische Vorteile an ihr System (Marshall-Plan), sie waren und sie sind aber auch bereit, die Konsequenzen einer solchen ökonomischen Bindung zu akzeptieren, wenn sie sich gegen sie wenden. So haben die USA in den 50er Jahren die Schaffung europäischer Integrationsformen stark gefördert, anfangs sogar über die OEEC mehr oder weniger erzwungen, um so ein Gegengewicht gegen den kommunistischen Block zu bilden; dabei waren sie sich durchaus bewusst, dass sie hier auch einen wirtschaftlichen und evt. sogar politischen Konkurrenten heranzüchteten. Frankreich scherte dann ja auch z.B. unter de Gaulle aus der Partnerschaft mit den USA aus.

Nach 1990 wurde dieses 1945 grundgelegte politisch-ökonomische System kapitalistische Art weltweit ausgedehnt, weil der Kommunismus schlicht und einfach ökonomisch zusammengebrochen war – auch angesichts des hohen Lebensstandards, angesichts dessen die Menschen im Osten offensichtlich schlecht abschnitten. Die amerikanische Herrschaft beruht auf dieser ökonomischen Basis (Effektivität der Wirtschaft) und der Attraktivität von Demokratie (Vorteile durch politische Selbstbestimmung).

Große Staaten und Gesellschaften wie die USA können weitgehend auf die zu ihren Gunsten wirkende ökonomische und gesellschaftliche Attraktivität vertrauen (die rebellischen Studenten in China bauten 1990 eine Freiheitsstatue auf!), was Kriege im einzelnen nicht ausschließt. Kleinstaat und Mittelmächte (wie Deutschland) sind demgegenüber nicht in der Lage, ihre ökonomische Potenz derart unvermittelt in politische Macht umzusetzen. Sie wirken auch nicht als Vorbilds-Gesellschaft (wie die USA in vielen Teilen der Welt). Zur Behauptung im internationalen System bedarf es vielmehr des politischen Einsatzes, der Diplomatie, des Verhandeln, vor allem im Verbund der EU-

Staaten, der die Mitglieder durch Gemeinsamkeit stärkt. Die wirtschaftliche Stärke hilft der Bundesrepublik dabei nur indirekt. Nur selten bringt es etwas, damit zu drohen, die Entwicklungshilfe einzustellen, wenn ein Staat nicht so will, wie man will. Das läuft eher wie bei der Bestechung: Man zahlt nicht für eine bestimmte Leistung des anderen, sondern man zahlt ständig, um ein dauerhaftes Klima der „Freundschaft“ und Abhängigkeit zu schaffen. Ähnlich funktioniert der deutsche Einfluss in der EU, deren Haushalt von ihr zu einem Drittel bestritten wird.

Auch die außenwirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik mit einem Exportüberschuss von rd. 100 Mrd. Euro ist nur begrenzt politisch instrumentalisierbar. Denn die deutschen Exporteure sind abhängig davon, dass ihnen die Weltmärkte geöffnet werden; die Importeure können notfalls auch auf andere Liefernationen zurückgreifen. Ohnehin bedeutet der deutschen Exportüberschuss ja auch, dass die Kunden deutscher Waren in einen Importüberschuss geraten, d.h. sich verschulden. Schuldabhängigkeit kann man zwar nun politisch nutzen, aber auch das eher gering, große Staaten wie Russland lassen sich nicht erpressen. Außerdem besteht immer, dass der Schuldner mit Protektionismus reagiert, d.h. deutsche Produkte gar nicht mehr reinlässt.

Allerdings kann Politik zum „Gefangenen“ wirtschaftlich intensiver Beziehungen zu einem anderen Staat werden, so in der deutschen Geschichte z.B. des öfteren bei den sog. „Russlandgeschäften“ (1932, 1982 ff.), als bis zu 10% der Gesamtexporte in die Sowjetunion gingen und die Regierungen drohten, keine eigenständige Politik gegenüber dem Kommunismus mehr betreiben zu können. Aber solche Abhängigkeiten sind nicht absolut, Politiker können sich aus ihnen lösen, wenn sie die Nachteile (weniger Exporte) in Kauf zu nehmen bereit sind.

Interessenvertretung und politische Einflussnahme in der Außenwirtschaftspolitik

Je nach Organisationsgrad und je nach Branchenstruktur einer nationalen Ökonomie, ist der Grad politischer Einflussnahme außenwirtschaftlicher Interessen, insbesondere von Verbänden, unterschiedlich. In Volkswirtschaften mit Industrien oder Agrarwirtschaften, die nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, können sich wahrscheinlich eher protektionistische Interessen durchsetzen, die den Markt gegen die gefährliche Konkurrenz abschotten wollen (z.B. so lange Zeit in Frankreich; oder in vielen Entwicklungsländern bis in die 90er Jahre hinein; oder so auch Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik, als die Schwerindustrie des Ruhrgebietes noch starken Einfluss hatte, die ihre Absatzmärkte vor allem im Binnenland fand, unterstützt vom ostelbischen Großgrundbesitz, der gegenüber der großflächigen argentinischen und nordamerikanischen Getreideproduktion preislich nicht bestehen konnte.)

Die heutige Bundesrepublik ist mit diesen altindustriellen und altagrarisches Gebieten nicht mehr belastet: das Ruhrgebiet wurde mehr oder weniger zu einer Dienstleistungsgesellschaft umstrukturiert; Ostdeutschland desindustrialisiert; und den ostelbischen Großgrundbesitz hatte man ohnehin schon 1945 an Polen verloren. Was blieb, waren und sind vor allem hoch spezialisierte, hoch technologisierte, oft mittelständische Betriebe, die – oft Marktführer – sehr flexibel auf Nachfragen des Weltmarktes – vor allem im Maschinenbau – reagieren können – so z.B. im Siegerland oder in Baden-Württemberg. Daneben gibt es eine Reihe von Weltkonzernen (Mercedes, Siemens z.B.), die zu ihrer Interessendurchsetzung oft keinen Verband benötigen, sondern den direkten Draht zum Kanzler haben.

Aber auch für die zahlreichen exportorientierten klein- und Mittelständischen Betriebe ist die Interessenvertretung nicht schwer. Zwar gibt es den sicherlich nicht unbedeutenden Bundesverband der deutschen Industrie, oder den Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, die beide insbesondere auch personell eng mit der CDU/CSU verbunden sind. Aber das ist nicht der entscheidende Wirkungsmechanismus. Am wirksamsten wirkt die kollektive Vorstellung und gesamtwirtschaftliche Tatsache, dass sich Deutschland nach 1945 von einem Militär- in einen Handelsstaat gewandelt hat. Mindestens ein Drittel unseres Bruttosozialproduktes, mit Vorprodukten sogar die Hälfte werden im und durch den Außenhandel verdient. Nur mit den Exportüberschüssen können wir alljährlich der Deutschen Tourismus finanzieren. Hier darf es gar keiner Argumente mehr, es ist offensichtlich, dass wir vom Außenhandel leben. Wenn man es zuspitzt: Die Staatsraison der Bundesrepublik ist der Export. Einige führen die vorsichtige, nach Möglichkeit zumeist Konfrontation vermeidende Außenpolitik Deutschlands – seit 1990 zwischen Ost und West, Nord und Süd – nicht nur auf das Trauma des 2. Weltkrieges, der Gräueltat des Nationalsozialismus und der (befreienden) Niederlage von 1945 zurück, sondern auch auf die Notwendigkeit, dass der, der überall und weltweit Kunden hat, zu allen freundlich sein muß. In den 70er und 80er Jahren, in der Zeit von Außenminister Genscher nannten die USA das kritisch „Genscherismus“ und meinten damit das deutsche Bemühen, sich allseits lieb-Kind zu machen, selbst beim kommunistischen Systemfeind.

Dementsprechend war die Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierungen, gleichgültig, welcher Couleur, ausgerichtet. Das Außenwirtschaftsgesetz von 1961 ist sehr freihändlerisch ausgestaltet, enthält allerdings aber den Schutz für einige Branchen: Luftfahrt, Agrarpolitik, Kohle, Textilien, der von der EG-Handelspolitik seit den 60er Jahren übernommen wurde. Seit den 70er Jahren gibt es ohnehin kaum noch eine eigenständige, deutsche Außenhandelspolitik, vor allem die Zölle werden seitdem von der EG-Kommission auf der Basis von Vorgaben des EG-Ministerrates festgelegt oder mit anderen Staaten vereinbart – oft nach Maßgabe der protektionistischen Tradition der französischen

Außenwirtschaftspolitik. Protektionismus ist um so leichter, weil die von der Auslandskonkurrenz betroffenen Industrien sehr spezifisch und konzentriert Druck ausüben können (Demonstrationen von Bergarbeitern), während die oft breite Mehrheit der freihändlerischen Industrien und der ohnehin an niedrigeren Preisen von Auslandswaren interessierten Konsumenten so diffus in ihren Interessen sind, dass sie wenig einflussreich sind und sogar zuweilen auf „buy British“- oder „Kaufe deutsch“-Kampagnen reagieren – so erst kürzlich der bayrische Wirtschaftsminister, der zum Boykott ausländischer Handys aufrief.

Auch der DGB war und ist im Prinzip stets freihändlerisch orientiert, auch wenn zuweilen protektionistische Forderungen nach außen hin vertreten wurden (z.B. versteckt in der Forderung nach Sozialklauseln für den Außenhandel, die für die exportierenden Billiglohnländer sozial adäquate Bedingungen in den dortigen Exportbetrieben fordern, damit aber indirekt auch deren Preise erhöhen und somit ggf. als Konkurrenz für die deutschen Betriebe und deren Arbeitnehmer ausschalten.)

Die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten trugen beispielsweise die für Arbeitnehmer oft einschneidenden Umstrukturierungen im Ruhr- und anderen Krisengebieten mit, zumal sie wissen, dass freie Importe die Preise aller Produkte im Interesse der unteren Einkommensschichten senken.

Einzelne Verbände und Einzelgewerkschaften können natürlich – wenn sie sich von der besseren und/oder billigeren Weltmarktkonkurrenz bedroht sehen - sehr protektionistisch sein, können sich als Einzelinteresse aber nicht immer durchsetzen, zumal die entscheidende Ministerialbürokratie des Bundes nur mit den Großverbänden (BDI, DGB usw.) verhandeln, die solche Einzelinteressen einschließen und eindämmen können.

Einzelbeispiele zeigen den starken Einfluss der Außenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland:

Bis in die 70er Jahre hinein war die DM unterbewertet, was so von den West-Alliierten 1949 festgelegt worden war. Das verbilligte und forcierte so den Export, so dass sich die Nachbarstaaten über eine Überschwemmung ihrer Märkte mit deutschen Produkten beschwerten und indirekt auch mit Einfuhrbeschränkungen drohten. Die Bundesregierungen empfahl diesen Ländern dann, doch zu sparen und nicht so viel aus Deutschland zu importieren. Das konnte man angesichts der ausländischen Kritik nur begrenzt durchhalten, so dass die DM 1961 und 1969 – wenn auch nur begrenzt – widerwillig aufgewertet werden musste, gegen den erheblichen Widerstand der Außenwirtschaft. Durch die Freigabe der Wechselkurse (Floaten) seit Anfang der 70er Jahre wertete die DM dann auf den Devisenmärkten insgesamt um mehr als 50% auf, was mit eine Ursache für die langjährige strukturelle Krise der deutschen Wirtschaft nach der Erdölpreiskrise seit 1973 war. Zu lange konnten sich die Industrien hinter der niedrig bewerteten DM und durch die

billigen Gastarbeiter geschützt fühlen und unterließen daher die erforderlichen technologischen Innovationen.

Auch im „Osthandel“ ist z.T. eine bevorzugte Behandlung der Exportinteressen festzustellen. Schon in der Zeit der Weimarer Republik hatte Außenminister aus außenpolitischen Gründen gerne gesehen, dass der „Russlandhandel“ ausgebaut wurde. Die Nazis brachen ihn 1933 abrupt ab. Aber in der neu gegründeten Bundesrepublik suchten die Industriellen frühzeitig – unterstützt von Bundeswirtschaftsminister Erhard – neue Kontakte in den kommunistischen Ostblock, die Adenauer jedoch aus Gründen der außenpolitischen Abgrenzung erfolgreich zu bremsen suchte. Erst gegen politische Konzessionen wurde Ende der 50er Jahre ein deutsch-sowjetischer Handelsvertrag vereinbart – trotz gleichzeitiger Krise um Berlin. Schon früh war der „Russlandausschuss“ der deutschen Wirtschaft in der Bundesrepublik als „Ostauschuß“ beim BDI und DIHT wieder gegründet worden, der unter seinem einflussreichen Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen sehr einflussreich war. Die Ostpolitik von Brandt und Scheel brachte in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine Steigerung des gesamten Handels mit dem Ostblock auf 5% des Gesamtexportes mit sich. Angesichts dieses insgesamt doch geringen Anteils ist aber auch die marxistische These falsch, die Ostpolitik sei durch Osthandelsinteressen bedingt gewesen. Erste Zeichen des neuen kalten Krieges der 80er Jahre und die Devisenknappheit der Ost-Staaten ließen den Osthandel in der zweiten Hälfte der 70er Jahre stagnieren. Die USA unter Reagan versuchten 1982, das deutsch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zu verhindern, die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP realisierte es dennoch, weniger aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil man mit Rücksicht auf die Deutschen in der „DDR“ den Kontakt nach Moskau nicht ganz abbrechen wollte. Mit der Wiedervereinigung und den erheblichen Zahlungen und Krediten Deutschlands an Russland setzte sich dieser Trend fort.

Ein drittes Beispiel für die Exportorientierung Deutschlands ist das Hermes-Exportkredit-Versicherungssystem. Darüber können sich exportierende Unternehmen die Kredite zur Finanzierung der Exporte gegen Schäden (Pleiten der Abnehmer, Nichtabnahme der Produkte) versichern, denn in der internationalen Konkurrenz von heute werden oft nicht nur die Waren geliefert, sondern auch die Kredite, mit denen die ausländischen Abnehmer diese Waren zahlen können. Und die dafür von den deutschen Exporteuren aufgenommenen Kredite der (staatlichen) Kreditanstalt für Aufbau und der Ausfuhrkreditanstalt kann man bei der privaten Hermes AG versichern lassen, falls sie nicht zurückgezahlt werden, und zwar so versichert, daß die Bundesregierung wiederum die Hermes AG rückversichert, ohne dass auf längere Frist die staatlichen Ausgaben die Einnahmen durch Gebühren überschreiten. Denn eine (indirekte) staatliche Subventionierung und dadurch entstehende Wettbewerbsverzerrung ist über eine OECD-Vereinbarung verboten. Denn eine

derartige, nicht subventionistische Versicherung ist auch in anderen Industriestaaten üblich.

Nord-Süd-Konflikt

Für das westliche Deutschland nach 1945 ist „Globalisierung“ nichts Neues: Die deutsche Wirtschaft war und ist vor allem insbesondere auf West- und seit 1990 auch auf Osteuropa ausgerichtet; auf Nordamerika und zunehmend wieder auf Lateinamerika, dessen Anteil am Welthandel zunächst nach 1945 wegen Import ersetzender Binnenorientierung des Kontinents von 15% vor dem 2. Weltkrieg auf 8% nach ihm gesunken war. Im vormals britischen und französischen Schwarz-Afrika ist Deutschland traditionell kaum vertreten, zumal es am Welthandel nur mit 1% teilnimmt. Wenn etwas globalisiert wurde, dann ist es das (z.T. verspätete) Vordringen der deutschen Industrie in die rapide sich entwickelnden Schwellenländer Nord- und Südostasiens und nach Indien. Selbst die Globalisierung im Sinne der Pisa-Vergleichsstudie zu Beginn des neuen Jahrhunderts ist nichts Neues, denn schon in den 60er Jahren redete man von der deutschen „Bildungskatastrophe“ (G. Picht) auf der Grundlage eines Vergleichs von OECD-Staaten und argumentierte, dass man nur dann exportfähig bleibe, wenn man mehr Schüler höher und besser für die sich immer mehr technologisierenden Exportgüter (vor allem Maschinen) ausbilde – wie heute.

Auch die Nord-Süd-Konflikte waren am stärksten in den 70er Jahren, als die 3. Welt zusammen mit dem kommunistischen Ostblock die Regeln des Welthandels im Sinne einer (staatlichen) Regulierung des Welthandels und der Weltfinanzen über die UN und die UNCTAD zu ändern versuchte - vergeblich, da die Verschuldung die Entwicklungs- und kommunistischen Länder seit den 80ern aktionsunfähig machte und den Ostblock untergehen ließ.

Aufgrund dieser Lage konnte der internationale Freihandel seit den 90ern z.T. brutal und rigoros über den GATT und die WTO (=> Kap. X.1) durchgesetzt werden – zu Gunsten der exportstarken Staaten wie Deutschland, aber z.B. auch Brasiliens mit der starken, hoch technologisierten Agrarexportindustrie, aber zu Lasten der armen Länder und deren nicht konkurrenzfähigen Branchen, die auf dem Weltmarkt und gegenüber der vordringenden Konkurrenz nicht bestehen konnten. Gegenwärtig läuft ein Prozess der weltweiten Umstrukturierung ab, u.a. bedingt durch diese internationale Konkurrenz:

Von dieser Umstrukturierung profitieren die altindustrialisierten Länder, auch die großen neu industrialisierten Zentren wie China oder Südafrika, die vor allem an der Liberalisierung der internationalen Zucker- und Textilmärkte gewinnen und ihre umfangreichen Produktmengen auf diesen Gebieten auf die Weltmärkte werfen, um so die weniger rentablen Produktionen z.B. Afrikas zu verdrängen. Auch in Bereichen von halb- und voll verarbeiteten Produkten sind Mexiko, Süd-Korea oder Taiwan wettbewerbsfähig.

Die Altindustrialisierten entwickeln sich zu High-Tech- und Dienstleistungsanbietern, stoßen ihre alten und Umwelt verschmutzenden Industrien zunehmend ab und konzentrieren sich auf hochtechnologische Spezial- und Feinverarbeitung z.B. von Metallfertigungen im Siegerland oder Sondermaschinen in Baden-Württemberg. Der Industrialisierungsgrad sinkt auf langfristig 30%, von einer vollständigen Deindustrialisierung kann aber nicht die Rede sein.

Die Leidtragenden sind vorerst vorrangig die Landbevölkerungen Afrikas, Teilen des islamischen Raumes und des ländlichen Sektors in Indien. Denn das Vordringen von industriell arbeitenden Agro-Großkonzernen rationalisiert und mechanisiert die landwirtschaftliche Produktion derart, dass die einheimische Bevölkerung zum Großteil arbeitslos wird, ihre vormalige Überlebensebene durch Selbstversorgung verliert und in die Slums der Megastädte abwandert, wo sie oft nur - im Existenzminimum – als billige Arbeitskräfte im Dienstleistungs- und Industriesektor überleben. Auch wenn sich im Süden der Prozess der Industrialisierung wie im nordatlantischen Raum entwickeln und zu einer Wohlstandsgesellschaft führen sollte (was nicht gewiss ist), so bedeutet das doch ein Jahrhundert von Elend und Tod für die betroffenen Armen (wie eben früher im Norden auch). Ob das die weltweite Liberalisierung wert ist, wird allerdings nur noch von der katholischen Kirche und von einer Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen in Frage gestellt.

Durch die Expansion dieser „neuen Großen“ kommt es auch zu erheblichen Engpässen auf den Welt-Öl- und Stahlmärkten, die durchaus zukünftig politische Konflikte verursachen können. (siehe unten)

Entwicklungspolitik kann hier nur begrenzt – vielleicht als eine Art von internationaler „Sozialhilfe“ - wirken, bedenkt man allein ihren Umfang: fast 4 Mrd. Euro jährlich in Deutschland seitens der Bundesregierung und weltweit rd. 60 Mrd. Euro (2005). Mit solchen Krediten und Schenkungen (über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/M.), „technischen Hilfen“ (z.B. Straßenbau durch deutsche Experten) und Ausbildungshilfen sind wohl einige wenige Impulse zu geben, gesellschaftliche Entwicklungen kann man so ohnehin nicht „steuern“, wenn das überhaupt gewollt ist. So ist daher auch die industrielle Modernisierung entgegen allen Erwartungen seit den 1980er Jahren in Südostasien gelungen (wohl wegen der dort gegebenen, traditionellen staatlichen Stabilität und Berechenbarkeit), während die Industrialisierung in Lateinamerika überraschend in einer hohen internationalen Verschuldung endete und erst gegenwärtig wieder in Gang kommt. Allein Mexiko war Anfang der 80er mit mehr als 100 Mrd. \$ verschuldet und drohte zeitweise das gesamte Weltwirtschaftssystem zu erschüttern. Gerade in Mexiko waren Staat und Wirtschaft klientelistisch und korrupt so eng verbunden und durch hohe Zölle vor der Weltmarktkonkurrenz geschützt, dass sie beide vor sich hin verrotteten,

immer mehr an Produktivität verloren, Schulden anhäufte und letztlich allen schadeten, so dass nur noch eine weitgehende Liberalisierung und Entstaatlichung der Wirtschaft helfen konnte – mit all den auch negativen Folgen wie einer Verarmung vor allem der unteren Mittelschichten. Entscheidend für Entwicklung sind wahrscheinlich folgende Faktoren:

a) Die Eliten wollen es und investieren auch im eigenen Land (anstatt ihr Geld ins Ausland zu retten). b) Der Staat schafft ein Mindestmaß an Sicherheit (wenig Kriminalität, keine Inflation u.a.), die auch riskante Investitionen in Großprojekte privaten, in- oder ausländischen Interessenten als langfristig profitabel erscheinen lassen. c) kein Bürgerkrieg, ein gewisses Mindestmaß an gesellschaftlichem Zusammenhalt (z.B. eine Sprache).

Weltfaktorenmärkte (Faktoren: Arbeitskräfte, Rohstoffe, Kapital, Devisen) und internationale Machtstrukturen

Migration

Einige Daten zur Wanderung: Deutschland hat gegenwärtig eine Nettozuwanderung von 200000 Zuwanderern jedes Jahr. Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN registriert rd. 40 Mio. Flüchtlinge weltweit, wahrscheinlich sind es mehr, da hier nur die grenzüberschreitenden Flüchtlingsbewegungen erfasst werden. In der EU ist andererseits die Arbeitsmigration vergleichsweise gering (weniger als 2% der Bevölkerung), nur im Ost-West-Verhältnis, z.B. zwischen Polen und Deutschland, ist sie höher, vor allem informell, da für polnische Arbeitnehmer die (formelle) Freizügigkeit von der Bundesregierung noch nicht eingeführt wurde. Erwünscht ist letztlich nur die Einwanderung von Hochqualifizierten (auch in den USA), die auch gefördert wird und die jeweilige Volkswirtschaft stärkt, die des Abwanderungslandes jedoch schwächt („brain drain“). Um so stärker ist die kaum statistisch erfassbare Schwarzarbeit von Polen insbesondere auf dem boomenden Baumarkt Berlins und dessen Umgebung. Weltweit schätzt die Internationale Arbeitsmigration die Arbeitswanderung auf 150 Mio.

Weltweit kommt die Zahl internationaler Arbeitsmigranten auf rd. 150 – 200 Millionen (davon alleine 30 Mio. in den USA). Es gibt aber kaum interkontinentale Migrationen, im Wesentlichen ist sie auf benachbarte Länder beschränkt: Mexiko/USA; Osteuropa/ Westeuropa; Westafrika hin zu den Küstenstaaten; West/Ostchina; Afghanistan/Pakistan; Südasien/Arabische Halbinsel usw.

Die Migrationsproblematik ist also kein globales, sondern ein regionales oder gar nur bilaterales Problem. Es gibt daher faktisch keine internationale Instanz, die sie in irgendeiner Art und Weise reguliert. Die Internationale Arbeitsorganisation setzt arbeitsrechtliche Mindestnormen, die in den einzelnen Nationalstaaten gelten (sollen). Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN achtet auf den Schutz politischer Flüchtlinge, wenn sie in einem anderen Staat

aufgenommen wurden. Sie dürfen dann z.B. nicht abgeschoben werden, wenn sie politische Flüchtlinge sind.

Letztlich beschränken sich die Staaten, bzw. die EU darauf, die Arbeitsmigration mehr oder weniger repressiv – bis hin zu Zäunen – abzuwehren und kompensatorisch Entwicklungshilfe oder sonstige Vorteile für die Entwicklungsländer zu geben, deren Wirkungen jedoch auch sehr begrenzt ist. Das Asyl wird mittlerweile allgemein sehr restriktiv gehandhabt. Migration ist wohl auch ein ständiger Begleiter in der Geschichte der Menschheit, und zwar nicht nur doch, wo es Wohlstandsunterschiede gab und gibt. Die Inder reisten früher in das heutige Indonesien, um Handel zu treiben und sich dann dort niederzulassen und den Hinduismus auf Java zu verbreiten. Allerdings nahmen die Wanderungen zu, seitdem die starren, politisch kontrollierten Grenzen des Kalten Krieges wegfielen, auch durch die zunehmenden Zahl von Bürgerkriegen in Subsahara-Afrika als Folge der Tatsache, dass die dortigen Diktaturen nicht mehr vom Westen oder Osten (oder von beiden) finanziell und militärisch gestützt wurden.

Ölmärkte

Das Ansteigen des Ölpreises auf (zeitweise) 70 \$ je Fass hat wieder ins allgemeine Bewusstsein gehoben, wie abhängig die westliche Industrieländer vom Öl ist. Mittlerweile richtet sich daher die NATO-Strategie auch auf die Sicherung der Ölzufuhrwege, da man es nicht erlauben kann, dass Demokratie und Souveränität durch wirtschaftliche Erpressung der Ölförderstaaten gefährdet werden. Impulse für die Ölpreissteigerungen sind 1. insbesondere die wachsende Nachfrage der neu industrialisierten Entwicklungsländer (insbesondere Rot-China); 2. das Erreichen einer Kapazitätsgrenze, und 3. – zu einem weitaus geringeren Maße – die Spekulation an den Ölbörsen auf zukünftig zu erwartende, höhere Ölpreise (was ja nicht die Preiserhöhungen selbst verursacht, sondern quasi nur zukünftige Preiserhöhungen quasi vorweg nimmt.) Die nur schwer vorhersehbaren Schwankungen am Ölmarkt seit dem israelisch-ägyptischen Krieg von 1973, als die Verweigerung von Öl als politische Waffe gegen den Westen eingesetzt wurde, hat dazu geführt, dass im Kontext der OECD (siehe Kap. ????) die Internationale Energieagentur der Industriestaaten eingerichtet wurde, die die Weltölmärkte beobachtet, Vorratshaltungen veranlasst und im Falle von Krisen und Engpässen die Versorgung der Betroffenen international organisiert – weitgehend auf einer informellen, aber effektiven Ebene.

84 Mio. barrel werden täglich weltweit verbraucht, davon die USA 20 Mio., China 6 Mio. und Deutschland 3 Mio. 2 Billionen barrel werden noch als Weltölreserve vermutet.

Fast alle agrarischen und mineralischen Rohstoffe werden über Weltrohstoffbörsen gehandelt, vor allem in London, aber auch in den USA. Je

nach Witterung und Ernte und je nach Förder- und Bergbaumöglichkeiten entwickeln sich die Preise, ggf. kann es zu ernsthaften Engpässen kommen. So war ein Goldmangel (und die dadurch bewirkte Geldverknappung) Mitursache für die Weltwirtschaftskrise von 1929. Trotz aller nicht zu bestreitenden Manipulationen und Spekulationen (durch starke Marktakteure) setzten sich langfristig die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage durch, selbst an den Ölmärkten, die durch die OPEC (dem Kartell der Ölförderstaaten) zu steuern versucht werden – langfristig vergeblich, wie der Verfall der Ölpreise in den 1980er Jahren zeigt.

Auch Wasser wird zunehmend noch mehr zu einem knappen Gut, z.T. wird es auch in Entwicklungsländern eine Ware, für die man zahlen muss – Folge der zunehmend um sich greifenden Privatisierung der Wasserversorgung, die über höhere Preis für die ärmeren Schichten knapp wird. Das ist nicht nur ein Problem in den Wüsten- und Steppengebieten der Welt (die gesamte Erde umziehen ja zwei große Wüstenstränge nördlich und südlich des Äquators), sondern auch in Ländern wie Brasilien oder Indien. Es sollte nicht vergessen werden, dass der (industrielle) Reichtum der Nordamerika und Westeuropa auf einer hoch effizienten Landwirtschaft beruht, die von genügend Regen, fruchtbarem Boden und gemäßigten Klimata profitiert. Die Klimaerwärmung führt dazu, dass wohl 1/6 der Bevölkerung in Zukunft unter Wasserknappheit leiden könnten. (UN World Water Development Report 2003)

Handel

Die neue ökonomische Machtverteilung zwischen den USA, EU; Japan, Brasilien und China

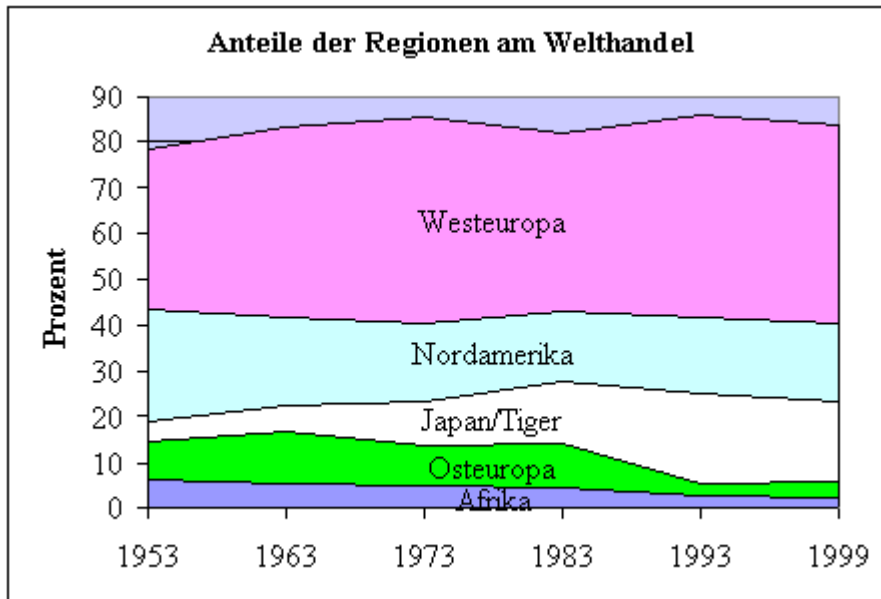
kommt in der Verteilung der Welthandelsanteile zum Ausdruck:

Um dies richtig einschätzen zu können, bedarf es zunächst eines allgemeinen Überblicks über die Weltwirtschaftsstrukturen:

Der weltweite Handel betrug 2005 mehr als 11 Bio Dollar, dies unterteilt sich in:

- mehr als 6 Bio \$ (also fast die Hälfte) für gewerblich-industrielle Produkte
- rd. 2 Bio \$ für agrarische und mineralische Rohstoffe (insbesondere Öl)
- für Handelsdienstleistungen, vor allem Transport, aber auch Reisen: rd. 2 Bio \$
- Seit 2000 wuchs der Welthandel mit Raten um 10% pro Jahr.
- Der Welthandel macht rd. 25% des Weltbruttosozialproduktes von rd. 40 Bio \$ aus. (D.h. auch: Am wichtigsten sind immer noch die Binnenmärkte und deren nationale Konjunktoren, die ja auch in der EU nicht gleichläufig sind.)
- Die Außenhandelsquoten gehen von 15% (USA) bis zu 30% (Deutschland)

(www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2005_e/its05_general_overview_e.pdf)



viadrina.euv-frankfurt-o.de/~wsgn1/anteil_welthandel.gif

Die USA verlieren also an Bedeutung, Ostasien wird wichtiger.

Anteil von bestimmten Produkten und Rohstoffen am Welthandel 2004:

Maschinen	1 134 Mrd.\$
Elektronik/Telekom- -munikationgeräte	1134 Mrd.\$
Brennstoffe	933 Mrd. \$
Agrarprodukte	783 Mrd.\$
Chemikalien	729 Mrd.\$
Halb verarbeitete Produkte	633 Mrd.\$
Eisen und Stahl	266 Mrd. \$
Kleidung	258 \$
Pharmazeutika	247 Mrd.§
Textilien	195 Mrd.\$
Techn. Kontroll- instrumente	188 Mrd.\$
NE Metalle	172 Mrd. \$ (NE = nicht Eisen)
Erze u.a.	116 Mrd. \$

(siehe oben wto)

Insbesondere ist die überragende Rolle der EU als Welthandelsakteur hervorzuheben, der ja in der Außenhandelspolitik mit 1 Stimme spricht. Dem folgt die USA und Japan und – schon größer als Japan – die sechs ostasiatischen „Tiger“ (Thailand, Taiwan, Südkorea, Singapur, Philippinen, Malaysia, China).

Lateinamerika ist als Gesamtheit auch eine Größe, durchaus auch schon mit rd. 2/3 der Exporte in Form halb- und voll verarbeiteter Güter. D.h. in Lateinamerika sind die Länder schon weitgehend industrialisiert, wenn auch mit den bekannten Armutproblemen, wie es sie ja auch in den Frühphasen der Industrialisierung im Europa des vorletzten und letzten Jahrhunderts gab.

D.h. die USA können weltwirtschaftlich nicht mehr wie in den 50er und 60er Jahren allein handeln, sondern sie bedürfen der Duldung und Unterstützung auch anderer Staaten, insbesondere der EU, Deutschlands, Frankreichs, Englands, Japans und ggf. – je nach Fall - auch Chinas, der ostasiatischen Tiger und der großen Entwicklungsländer / Schwellenländer / Ölländer (Brasilien, Mexiko, Indien, Saudi-Arabien).

Die durch diese unterschiedlichen und auch entgegen gesetzten Entwicklungen kommt es zu erheblichen Konflikten, die sich u.a. in den Verhandlungen der WTO niederschlagen. Hier gibt die Doha-Verhandlungsrunde seit 2001 die Themen vor. Grundlage der Verhandlungen ist der Liberalisierungsgedanke, der auch von den armen Ländern nicht bezweifelt wird. In der 3. Welt will man allerdings einen wirklich liberalen Zugang zu den Märkten des Nordens, die sich z.T. noch protektionistisch abkoppeln. (Agrarmarkt der EU, Stahlmarkt in den USA z.B.) Mit den entwicklungs- und umweltbezogenen Themen will sich die WTO vor allem beschäftigen, weil zuvor die WTO-Verhandlungen in Seattle 1999 am Widerstand der (großen) Entwicklungsländer und zahlreicher, auch gewaltsamer Organisationen der „Zivil“gesellschaft gescheitert sind. Bisher ist sie in mehreren Verhandlungen zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen. Hindernis war die Frage des (z.T. geschützten) Zugangs zu den EU-europäischen, US-amerikanischen und japanischen Agrarmärkten für die großen Reis-, Zucker und Sojaproduzenten usw. der 3. Welt (Brasilien, China u.a.), d.h. vorrangig für die Schwellenländer, nicht für die Ärmsten der Armen, den Staaten Subsahara-Afrikas, die – wie die Tabelle aufzeigt – auch kaum in den Welthandel integriert sind.

Die nördlichen Agrarmärkte werden durch Zölle und staatliche Unterstützungen abgeschottet.

Auch die den Entwicklungsländern zugesagte Produktion von Medikamenten ohne Zustimmung, bzw. Zahlung der erforderlichen Patentgebühren an die Pharma-Industrie scheiterte bisher am Widerstand der Vereinigten Staaten.

Ausländische Währungen (Devisen)

Die Machtverhältnisse in der internationalen Währungspolitik haben sich mit der Einführung des Euro 1999 geändert: Nun werden 25% der Weltdevisenreserven in Euro gehandelt, 66% allerdings weiterhin in \$. Die Bedeutung des Dollars sinkt, auch wenn sie noch erheblich ist. Die nationale Verteilung der Weltdevisenreserven in \$ im Jahr 2004 ist u.a. folgender Auflistung zu entnehmen: Japan 900 Mrd. \$; China 800 Mrd. \$; Süd-Korea 200 Mrd. \$; Taiwan 250 Mrd. \$. Das sind 60% der (staatlichen) Weltdevisenreserven in Höhe von 4 Bio. \$. Diese hohen Devisenreserven sind dadurch entstanden,

dass die ostasiatischen Staaten Dollar aufkaufen, um eine Aufwertung ihre eigenen Währungen zu verhindern, denn deren Unterbewertung ermöglicht ihre starken Exporte in den USA. Da sie die Dollars in amerikanischen Staatsanleihen anlegen, finanzieren die ostasiatischen Staaten das us-amerikanische Zahlungsbilanzdefizit. Aber eine solch unausgeglichene Lage ist immer gefährlich, so z.B. wenn Rotchina eines Tages die Währungsabhängigkeit der USA politisch instrumentalisieren würden und "Zahlung" verlangt. 2004 betrug der durchschnittliche Tagesumsatz an den Weltdevisen- und derivatenmärkten (Derivate = Spekulation mit Zukunftswerten von Devisen z.B.) 1,4 Bio. \$, damit hatte er sich gegenüber dem Jahr 2001 verdreifacht. (Österreichische Nationalbank, Statistiken Q4/04, S. 19, eigene Berechnung)

Solche Problemlagen führten zu den Asien- und Rußlandkrisen der Jahre 1997 und 1998 und zu weiteren Währungs-Krisen in Lateinamerika während der gesamten 80er und 90er Jahre: Kapitalfluchtbewegungen (aufgrund irgendeiner Verunsicherung der Kapitalbesitzer), mit den Folge-Krisen von Arbeitslosigkeit und Desinvestition – eben weil sich die ausländischen Anleger der Profitabilität ihrer Anlagen nicht mehr sicher sind und daher zu sichereren Standorten fliehen. Die G7/8 – Staaten haben daher die Ostasiaten mehrmals aufgefordert, gesteuert aufzuwerten, ohne dass dem bisher gefolgt worden wäre. Denn dann eine evt. doch notwendiges, abruptes und hohes Aufwerten kann die ostasiatischen Exporte gefährden (weil die Waren teurer werden) und damit die Fabriken dort in die Pleite treiben. Folge: Kapitalflucht aus Angst vor diesen Verlusten.

Es fehlt eben gegenwärtig ein international-monetäres Regelsystem, das die wichtigen Handels- und Währungsländer gemeinsam teilen, wie es in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Mit dem Verlust der amerikanischen Vorherrschaft ging auch dies gemeinsame Regelsystem des IWF verloren (z.B. in Form fester Wechselkurse, die Kalkulations-Sicherheit für die Betriebe versprochen), es wurde nur zeitweise und teilweise Mitte der 80er Jahre wiederbelebt (Plaza Agreement).

Auf den Börsen der Welt werden täglich 1,4 Bio \$ Devisen gehandelt, hier verdient man an den Wertunterschieden (auch Zinsdifferenzen) zwischen Währungen, was zu erheblichen Fluktuationen und wirtschaftlichen Krisen führen kann: Asien-Krise, Russland Krise, so wenn von einem auf den anderen Tag erhebliche Geldmenge aus einem Land abgezogen werden. Der Finanzmakler Soros konnte 1993 die britische Regierung zu einer Abwertung zwingen und Milliarden verdienen.

Die Devisen sind mittlerweile zum Großteil in privatem Besitz, so dass die Notenbanken und der IWF sie kaum noch zu steuern in der Lage sind. Potentiell gefährlich sind auch die Schulden der Entwicklungsländer in Höhe von 2,3 Bio. \$ im Jahre 2005.

Weltpolitische Wirtschafts-Organisationen

Regional ist die Welt – wenn man so will – recht geordnet – und damit stabil: Es gibt die EG, die Krieg verhindert; in Nordamerika die große Freihandelszone der NAFTA zwischen Kanada, den Vereinigten Staaten und Mexiko; in Südostasien führt die ASEAN die Staaten um Indonesien (ohne Australien) wirtschaftlich ansatzweise zusammen und versucht auch, eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln. Der islamische Raum und Schwarzafrika sind weniger organisiert: in Ost- und Westafrika gibt es wirtschaftliche Integrationsprojekte, deren Erfolg man erst abwarten muß, nachdem frühere Integrationsgebilde in der Zeit nach der Unabhängigkeit an Krieg und Bürgerkrieg wieder zerfallen sind. Zwischen den Großen in Asiens (Indien, China, Japan) gibt es keine Koordinationsgremien – hier gelten die Mechanismen traditioneller Machtpolitik. Auch Lateinamerika ist (bis auf den Mercosur vor allem zwischen Brasilien und Argentinien) faktisch wenig international-regional strukturiert (auch wenn es rhetorisch viele Aktivitäten gibt), ohne dass das aber zu größeren Kriegen führen würde. Hier bevorzugt man den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Die großen Probleme der Weltwirtschaft, wie die starken und globalen Schwankungen und Bewegungen auf den Weltfinanz-, Kapital- und Devisenmärkten zeigen, können aber nur durch (fast) weltweite Institutionen bewältigt oder zumindest angegangen werden. Hier ist zunächst die UN in den Blick zu nehmen, die aber durch eine doppelte Schwäche gehindert ist:

Einerseits durch die Vorherrschaft der 3. Welt-Staaten in den UN-Vollversammlung, die zwar die Interessen der reichen Industrienationen einfach überstimmen, aber dann wenig bewirken kann, da diese solche Beschlüsse einfach ignorieren. (Man denke an die Deklarationen der UNCTAD und der UN aus den 70er Jahren, wie z.B. die, 25% der Industrieproduktion bis zur Jahrtausendwende in die 3. Welt zu verlagern; oder einen Weltrohstofffonds einzurichten, der die Rohstoffpreise auf einem bestimmten Niveau gegen den Markt, durch staatliche (Zwangs-)Aufkäufe stabilisieren sollte. Das wurde nicht verwirklicht, zumal die 3. Welt in den 80ern durch enorme Verschuldungen aktionsunfähig wurde.) Andererseits allgemein durch die geringe Durchsetzungsfähigkeit der UN: Nur wenn die Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat zustimmen, sind z.B. wirtschaftliche Sanktionen gegen bestimmte Mitgliedstaaten (früher Irak, Rhodesien, Republik Südafrika z.B.) möglich. Und die werden dann oft auch noch durch illegale Aktivitäten von Exporteuren umgangen (die in der Exportnation Deutschland bis in die 90er Jahre geduldet wurden, erst auf Druck der USA hin verschärfte man dann das Außenwirtschaftsgesetz.)

Weltwirtschaftlich effektiv tätig sind – wenn auch begrenzt - vor allem vorrangig die G8, der IWF und die Weltbank aktiv. (Kap. ???). Auf dieser Ebene werden die politischen Grundsatzentscheidungen getroffen, zuweilen nur symbolisch, d.h. ohne Wirkung und Umsetzung, oft aber auch mit tatsächlichen Auswirkungen, so z.B. 1978, als Deutschland durch den Weltwirtschaftsgipfel zur „Lokomotive zur Ankurbelung der Weltwirtschaft“ bestimmt und

infolgedessen z.B. der Entwicklungshaushalt der Bundesregierung stark aufgestockt wurde. Auf dieser Ebene wird auch versucht, die Zins- und Geldpolitiken der Zentralbanken abzustimmen oder Schwerpunktgebiete der wirtschaftlichen Entwicklung festzulegen (z.B. die russischen Koordinationsbemühungen während des G 8 – Gipfels 2006, die Energiepolitiken abzustimmen, insbesondere die Konkurrenz der Energiekonzerne zu regulieren, bzw. deren Zugangsbedingungen zu Fremdmärkten zu erleichtern – hier allerdings vorerst mit wenig Erfolg.)

Entscheidungsprozesse in Weltpolitik und Weltwirtschaft

Politische Grundsatz-Entscheidungen:

G7/8 (Grundsatzentscheidungen), UN-Gipfel (Millenium-Ziele z.B.)
IWF, Weltbank (z.T. Grundsatzentscheidungen)

.
. .
.

Durchführung:

OECD, BIZ, ILO (Geheimdienste)
hier auch z.T. IWF und Weltbank

Gegenbewegungen

Attac u.a., Gipfel der islamischen Welt, OPEC, Mafias, Al Kaida

G7/8: Weltwirtschaftsgipfel (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, Japan, Russland)



hanisauland.de/img/db/illu_g-acht_200_185.gif

Als das Dollar- und Goldgestützte Weltwährungssystem zu Beginn der 70er Jahre infolge der Inflation des Dollars zusammenbrach und die einzelnen Währungen z.T. krisenhaft (abrupte Auf- und Abwertungen von DM, \$, Franc usw.) sich frei auf den Märkten in ihren Preisen entwickelten, schufen die sieben

wichtigen Industriestaaten quasi eine Ersatzinstitution in Form der Weltwirtschaftsgipfel (mittlerweile inklusive Russlands). Aktueller Anlaß war 1975 die Gefahr, dass die Weltwirtschaft wie 1929 „abstürzt“, denn die erheblichen Erdölpreissteigerungen seit 1973 hatten die Wirtschaften derart belastet, dass Investitionen unterblieben und das Bruttosozialprodukt sogar real sank. Daher war eine der ersten großen Aufgaben dieser Institution, die nationalen Konjunkturpolitiken derart zu koordinieren, dass insgesamt die Wirtschaft wieder florieren würde, u.a. durch staatliche Konsum- und Investitionsförderungen. Anfangs wurde der Apparat dieser Gipfel bewusst klein gehalten, damit unter den Chefs selber ohne die ständigen Bedenken der Berater und Juristen im kleinen Kreise entschieden werden konnte. So ist es zwar nicht mehr, aber der Apparat ist immer noch vergleichsweise klein: die alljährlichen Treffen werden reihum von den Mitgliedsstaaten und deren nationalen Bürokratien vorbereitet, wobei sie sich mit spezifischen Beauftragten der anderen (den sog. Sherpas) abstimmen und gemeinsame Positionen zu entwickeln versuchen. Das hat Vorteile, aber auch den Nachteil, dass persönliche Differenzen zwischen den Regierungschefs und Präsidenten um so vehementer aufeinanderprallen können. Bekannt sind die Animositäten zwischen US-Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt.

2004	Bevölkerung		BNE	
	Mio.	%	Mrd. \$	%
Welt	6345,1	100,0	39833,6	100,0
USA	293,5	4,6	12150,9	30,5
Japan	127,8	2,0	4749,9	11,9
Deutschland	82,6	1,3	2489,0	6,2
Vereinigtes Königreich	59,4	0,9	2016,4	5,1
Frankreich	60,0	0,9	1858,7	4,7

Italien	57,6	0,9	1503,6	3,8
Kanada	31,9	0,5	905,6	2,3
Russland	142,8	2,3	487,3	1,2
G8	855,6	13,5	26161,4	65,7

http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_der_Acht

Jeder Gipfel hat ein spezifisches Schwerpunktthema. Das sind nicht nur wirtschaftliche Themen. Zunehmend signalisiert der Gipfel auch bestimmte koordinierte Aktionen in außenpolitischen Fragen, bis zu Drohungen an den Iran im Jahre 2006 wegen dessen atomarer Aufrüstung.. Entscheidungen können nur einvernehmlich getroffen werden, aber bei gemeinsamen Interessen (z.B. gegen den Terror) ist das durchaus möglich. Gespräche und Absprachen können sogar sehr detailliert werden, wie z.B. die Kontroverse zwischen Schmidt und Reagan über die einzelstaatlichen Exportförderungssysteme. Die USA verdächtigten die deutsche Hermes-Exportförderungen durch Bürgschaften einer indirekten Subventionierung der deutschen Exporteure zu Lasten der anderen. Die Vorbereitungen durch die Bürokratien verlaufen sachorientiert, was auch Einigungen erleichtert. Interessengegensätze können natürlich nicht wegdiskutiert werden (z.B. die Öffnung des russischen Marktes, wenn Putin es im Interesse „seiner“ Wirtschaft nicht für opportun hält.)

OECD

Da ist zunächst die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu nennen, die zwar nicht weltweit ist und insbesondere nur (europäische und nordamerikanische) Industriestaaten (inklusive Mexiko) + Japan + Neuseeland umfasst, aber doch für die Weltökonomie von Bedeutung ist. Denn auch diese Weltökonomie ist vom nordatlantischen Verhältnis bestimmt. Hier liegt der Motor der Weltwirtschaft, hier finden 2/3 aller Transaktionen statt, hier liegen die großen Rohstoffbörsen und internationalen Bank.

Die OECD ist 1961 aus der OEEC hervorgegangen, einer Organisation vor allem westeuropäischer Länder zur Verteilung und Organisation der Marshall-Plan-Kreditmittel und zur Durchführung der mit diesen gekoppelten binnen- und außenwirtschaftlichen Liberalisierungen der 50er Jahre (u.a. Zollsenkungen).

Ziel der OECD ist die Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um die Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken abzustimmen – und zwar vor allem auf der administrativen Ebene der Zusammenarbeit der hohen und fachlich qualifizierten Ministerialbeamten im jeweiligen Politikfeld. Diese Bedingung erleichtert natürlich die Zusammenarbeit auf der Grundlage sachlicher Entscheidungen ohne politische Ideologie und parteipolitische Konkurrenz – trotz des allgemeinen Grundsatzes einstimmiger Entscheidungsfindung. (Stimmenthaltungen gelten allerdings nicht als Hindernis einer Entscheidung.)

Oberstes Organ der OECD ist der Rat, in dessen Rahmen sich ein Mal jährlich die Minister treffen. Ansonsten kommen die ständigen Vertreter (= Botschafter) zusammen. Dazu kommen eine Reihe fachspezifischer Ausschüsse, in denen ggf. auch Nichtmitglieder beteiligt werden. Die Organisation wird geführt von einem Generalsekretär.

Der OECD angebunden ist die Internationale Energieagentur (IEA), das in Krisenfällen ein Koordinationszentrum ist, um – durch informelle Kooperation und stillschweigendes Einverständnis - die Rohölreserven in die Not leidenden Industriestaaten zu steuern. Dazu kommt das Ziel rationellerer Energienutzung und der Entwicklung von Alternativen zum Öl. Vertreter sind die Energieminister der Mitgliedsstaaten. Es wird meist konsensual abgestimmt, obwohl ein gewichtetes Stimmverfahren vorgesehen ist. Die IEA-Staaten müssen gemäß eines Notstandsprogramms Ölmindestreserven für mindestens 90 Tage unterhalten. Frankreich ist wegen (anti-amerikanischer) Souveränitätsvorbehalte und seiner Sonderbeziehungen zur arabischen Welt nicht Mitglied der IEA.

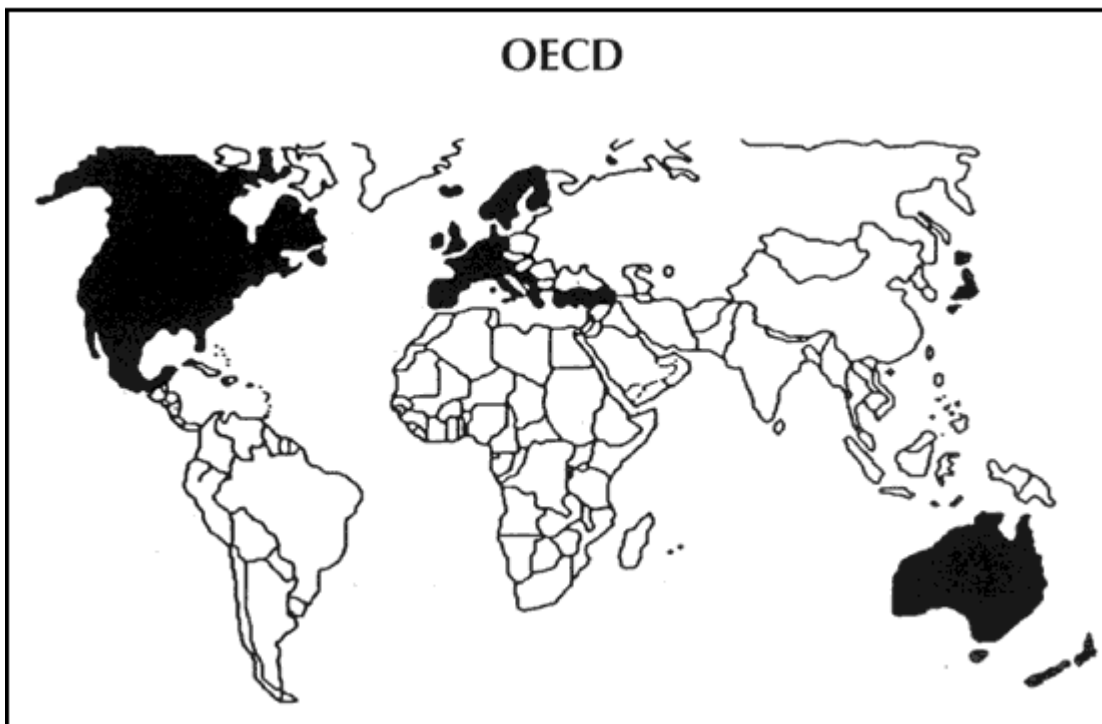
Alle OECD-Institutionen sind bekannt durch ihre grundlegenden statistischen Informationsaufbereitungen, die Basis der Empfehlungen und Entscheidungen von vertraulich tagenden, kleinen Runden sind. Hier gilt noch das gute Argument, zumal man von einem gemeinsamen, volks- und betriebswirtschaftlichen Wissenshorizont ausgehen kann.

Die Entscheidungsfindung in der OECD erfolgt über fachliches Einverständnis auf der Grundlage des Vergleichs der nationalen Daten, denen man (angeblich) entnehmen kann, welches Land am besten ist und welche nicht, z.B. hinsichtlich der Ausgaben für Forschung oder der Kenntnisse von Schülern, die verglichen werden. Diese Ergebnisse wirken zuweilen in den nationalen Öffentlichkeiten (man denke in Deutschland nur an die Pisa-Schocks zu Beginn des neuen Jahrhunderts) und können so von der nationalen Regierung instrumentalisiert werden, Reformen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Z.B. werden über den Entwicklungshilfe-Ausschuss DAC (= Development Assistance Committee) die Bedingungen für die einzelstaatlichen Entwicklungshilfe-Kreditprogramme abgestimmt, u.a. hinsichtlich der Kreditzinsen, so dass man sich nicht wechselseitig im Wettbewerb um Aufträge der 3. Welt unterbietet. Überhaupt wurden Verhaltenskodices für verschiedene Politik-, Wirtschafts-

und Währungsbereiche entwickelt (auch z.B. gegen den Protektionismus), neue Trends (z.B. weg vom Keynesianismus, hin zur Liberalisierung) wurden in der OECD deutlich. Mit dem „Zentrum für die Kooperation mit europäischen Volkswirtschaften im Übergang“ von 1990 wird die westliche Hilfe für Osteuropa koordiniert.

Im Umfeld der OECD sind auch der Pariser (P) und der Londoner (L) Club anzusiedeln, in denen sich internationale, öffentliche (P) und private (L) Kreditgeber informell organisiert haben, um in Zusammenarbeit mit dem IWF Umschuldungen mit hoch verschuldeten Staaten zu verhandeln. Von 1949 bis 1992 gab es zudem in diesem Zusammenhang das Cocom, das Coordinated Committee, das den Export hochsensibler, militärnahe Technologien der westlichen Industriestaaten in die kommunistischen Diktaturen möglichst koordiniert verhindern wollte und dazu Listen erstellte, auf denen die verbotenen Produkte und Produktteile aufgelistet waren. Der Streit in diesem Komitee ging stets darum, dass die USA restriktiver waren als West-Europa, das am Handel mit dem Ostblock interessiert war.

Cocom wurde abgelöst vom Wassenaar-Abkommen von 1994 mit ähnlichen Aufgaben. Problem war und ist auch, dass viele Güter sowohl militärisch als auch nicht-militärisch genutzt werden können (dual use – Problem).



Die OECD-Mitgliedstaaten, zwischen denen (heute) ein Krieg nicht mehr vorstellbar ist

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Die BIZ, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ist der stille Ort der Kooperation der Zentralbanken der westlichen Welt: öffentlichkeitsscheu und

deshalb wichtig. Die Zentralbanken haben die Aufgabe, die Geldmenge und die Preisentwicklung ihrer Volkswirtschaft insbesondere durch die Höhe von Zinssätzen und durch die Geldversorgung des Bankenapparates (u.a. sog. Mindestreserven) zu bestimmen. Da diese Volkswirtschaften sich immer mehr verflechten, hat jede nationale (oder EU-europäische) Zinsfestlegung internationale Auswirkungen, indem beispielsweise eine Zinserhöhung der amerikanischen Federal Reserve Kapital in die USA anzieht und ggf. andere Volkswirtschaften wegen Kapitalmangels in eine Rezession treibt. Solche Effekte sollen im Interesse aller Industrieländer, es sei denn, sie sind politisch bedingt und Folge einer der diversen europäisch-amerikanischen Spannungen (z.B. der anti-amerikanischen Außen-, Wirtschafts- und Währungspolitik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle). In solchen Fällen politischer Differenzen können auch die Notenbanken nur begrenzt entgegenwirken, auch wenn sie formell von den Regierungen in ihren Entscheidungen (nicht bei ihrer Ernennung) unabhängig sind.

Die BIZ ist hinsichtlich ihrer stimmberechtigten Aktionäre ähnlich zusammengesetzt wie die OECD, allerdings plus den Goldproduzenten Republik Südafrika. Auch Private können Aktien dieser AG erwerben, sind aber nicht stimmberechtigt. Die internationale Bank wurde 1930 zur Regelung der Reparationsschuld Deutschlands gemäß des Young-Planes gegründet. Die BIZ ist wie eine Aktiengesellschaft aufgebaut, Aktionäre sind die beteiligten Zentralbanken, die die Aktionärsversammlung für die grundsätzlichen Entscheidungen bilden. Sie wählt auch den „Board of Directors“ mit seinem „Chairman“. Aufgabe ist u.a. – neben der Koordination – der Hilfe für devisenknappe Zentralbanken durch Kredite. U.a. während der Währungskrisen der 80er Jahre, insbesondere der Verschuldung und dem faktischen Konkurs Mexikos 1982, trat die BIZ als die „Feuerwehr“ auf, die die Mittel für neue Kredite an Mexiko organisierte, um den Zusammenbruch des Landes und eine evt. darauf folgende Destabilisierung der Weltwirtschaft wie 1929 zu verhindern. Durch Regionalbüros in aller Welt sucht die Bank sich darüber hinaus mit den überseeischen Zentralbanken zu koordinieren. In Entwicklungs- und Transformationsländern leistet die BIZ auch Aufbauhilfen (Beratung, Kredite) für ein neues, marktwirtschaftliches Bankensystem. Die Zusammenarbeit mit dem 10er Club des IWF ist ohnehin eng.

Prominentes Beispiel für die Koordinationstätigkeit der Bank sind die Basel-Richtlinien, die von ihr entwickelt wurden und von allen westlichen Staaten in Gesetze umgeformt wurden. Sie sehen höhere Mindestkapitalbedingungen für die Vergabe von Krediten der Banken an Unternehmen vor, um Bankenkollapse der Vergangenheit zu verhindern. Die mittelständischen Industrien mit geringerer Kapitaldecke fürchten diese Richtlinie, weil sie die Vergabe von Krediten für sie sehr erschwert. Hier wird deutlich, wie entscheidend diese

internationalen Institutionen in die interne Wirtschaft eines Landes eingreifen können.

OPEC, Gipfel islamischer Staaten

Die OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) ist ein Kartell der Öl fördernden Staaten, dessen Mitglieder z.T. mit den Staaten den „westlichen“ OECD-Staaten zusammenarbeiten (Saudi-Arabien z.B.), z.T. aber auch nicht (Iran, Venezuela, Irak bis zum Jahre 2003). Das Kartell ist nicht vollständig, da es nur über rd. 40% der Weltölmenge verfügen kann – und zudem noch meist unter sich zerstritten ist, wie an der pro/kontra-westlichen Differenz aufgezeigt wurde. Oft ist auch ein hoch angesetzter Ölpreis gegen Marktkräfte nicht durchzusetzen, wie in den 80er Jahren zu erfahren war, so wenn die Verbraucher angesichts hoher Preise zu sparen beginnen und die Staaten Alternativenergien entwickeln und fördern (Wind, Wasser, Biomasse usw., auch besserer Kälteschutz von Gebäuden). 1974 wurden auch die Ölkonzerne vor Ort verstaatlicht. Aber 1973 und 1979 hat die OPEC durch ihre abrupten Preiserhöhungen zu Wirtschaftskrisen in den Industriestaaten geführt, die nur mühsam überwunden werden konnten und letztlich auch den Ölländern schaden, da sie in die Industrieländer exportieren – nun durch die Wirtschaftskrise sank auch der Ölabsatz, was wiederum zu Krisen in den Ölländern führte, da ihre Planungen von weitaus höheren Einnahmen ausgingen, als nun zur Verfügung standen. Durch die starke Nachfrage Chinas und anderer, stark industrialisierender Staaten steht der Ölpreis im Jahre 2006 bei 70\$ pro Barrel, was die Industrieländer energisch nach höheren Fördermengen fordern ließ.

Auch der Gipfel der Islamischen Staaten, wie er u.a. vom türkischen Ministerpräsidenten Erbakan in den 90er Jahren initiiert wurde, war als Gegengewicht gegen den „Norden“ geplant, blieb aber weitgehend folgenlos, da die Unterschiede zwischen diesen Staaten zu groß waren (Nato-Mitglied Türkei versus das afrika-orientierte, „linke“ Libyen versus das konservativen und französisch-sprachige Marokko + Indonesien am anderen Ende der Welt mit anderen Ausrichtungen und Problemen usw.). Außerdem ist es für all diese Staaten lukrativer, mit den reichen Industrienationen Europas und Nordamerikas zusammenarbeiten, als mit den zwar islamischen, aber großteils armen Nachbarn und Glaubensbrüdern.



OPEC-Mitglieder, d.h. die westlichen oder westlich orientierten Ölförderländer Mexiko, Norwegen und Großbritannien gehören nicht der OPEC an.

Geheimdienste (Waffen), Mafias (Drogen) und Steueroasen

Der z.T. von Geheimdiensten organisierte, internationale Waffelhändler (formell und informell) macht rund 1% des Welthandels aus (60 Mrd. \$) und ist somit ein Faktor, der durchaus ins Gewicht schlägt. (Sipri Jahrbuch 2006) Z.T. läuft er – wenn es um den Verkauf an NATO-Partner geht – fast wie der normale Export, das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft als Kontrollorgan muss jedoch eingeschaltet werden. Was und wie der informelle Handel über Geheimdienste oder die hier tätigen Mafias organisiert wird, entzieht sich der Kenntnis der Wissenschaft.

Ähnlich undurchschaubar ist der illegale internationale Drogenhandel: Schätzungen zufolge soll er bei 400 Mrd. \$ liegen. Untergrundteil der Weltwirtschaft wird weiter vergrößert

- durch gewisse „Ungenauigkeiten“ der Statistiken, auf denen die Zahlungsbilanzen beruhen (wer gibt schon gerne die volle Höhe seiner Schulden zu?)
- und durch die diversen Steueroasen, auf denen Kapital unerfaßt verschwinden kann. Hier schätzt man 10% des Weltbruttosozialprodukts.



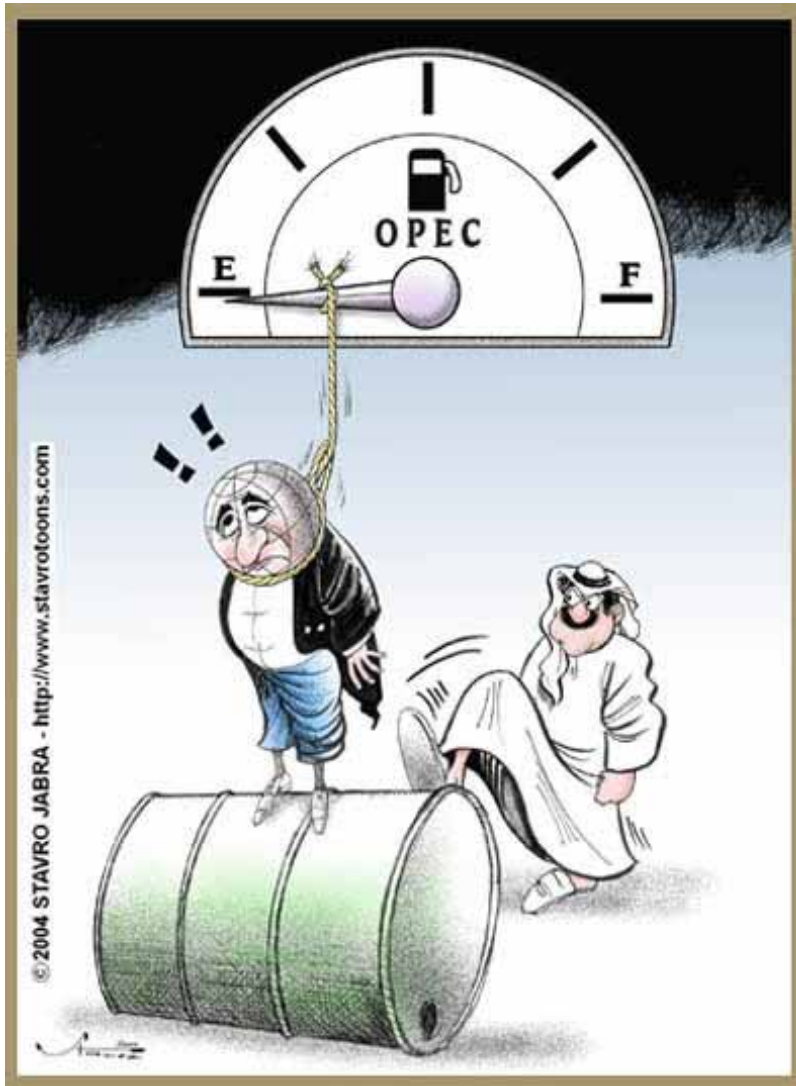
NGOs, attac

Die Bedeutung internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) und internationaler Bürgerinitiativen ist wichtig, wie ihre bürgerkriegsähnlichen Aktivitäten, aber auch Beteiligungen an Diskussionen in Seattle, Genua oder Hongkong zeigen. So kann eine Öffentlichkeit geschaffen werden, die Einfluss hat. Aber dieser Einfluss sollte auch nicht überschätzt werden. Regierungen kalkulieren ihn ein, die Probleme unterschiedlicher Interessen lösen sie nicht. Denn Regierungen haben sich vor den Arbeitslosen zu verantworten, die durch den weltwirtschaftlichen Liberalisierungsprozess arbeitslos werden – im Norden und im Süden – nicht die meist mittelständischen Mitglieder der NGOs.

Die basis-orientierte, dezentral organisierte Attac „Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens“ (100.000 Mitglieder in 50 Staaten) ist hier die bekannteste, die sich – wie der lange Namen zeigt – ursprünglich nur der Einführung der sog. Tobin-Steuer widmete, die auf internationale Kapitalbewegungen zu deren Eindämmung gelegt werden sollte. 2004 schlossen sich Schröder und Girac dieser Forderung an – zur Beruhigung dieser Szene -, jedoch das völlig folgenlos. Die Kritik der Organisation an der heutigen Form von Globalisierung ist jedoch geblieben, der vorgeworfen wird, nur zu Lasten der Armen in der Welt zu gehen, insbesondere in der Dritten und Vierten Welt.

Diese Globalisierungskritik geht in Teilen – ähnlich wie bei den frühen deutschen Grünen der 80er Jahre – bis zu Nation- oder Region- (EU) – betonten Forderungen einer (partiellen) Abkoppelung aus der Weltwirtschaft, um deren Druck auf die nationalen und regionalen Ökonomien zu reduzieren. Denn dieser Druck durch Konkurrenzdruck führt unbestritten zu Konkursen und Arbeitslosigkeit, wie wir sie auch in Deutschland seit den 60er Jahren wieder erleben: Kohle, Textilien, Stahl usw. Aber deshalb die nicht mehr wettbewerbsfähigen Betriebe des Ruhrgebiets mit vielen Subventionen oder gar mit Zöllen über Wasser zu halten, ist auf die Dauer nicht zu zahlen und

international nicht durchzuhalten, wie die Kontroversen um den EU-Agrarsektor zeigen, der trotz Zollschutzes immer weiter schrumpfte und weiter schrumpfen wird. Letztlich müsste man sich ganz aus der Weltwirtschaft autarkistisch – bei Inkaufnahme von erheblichen Wohlstandsverlusten - verabschieden. Das könnte moralisch durchaus gerechtfertigt werden, denn zur abendländischen Tradition gehört die Erkenntnis, dass Armut (nicht Hunger) tugendhaft ist und frei macht. Ob dazu die Menschen schon bereit sind, ist zu bezweifeln.



Möglichkeiten und Grenzen nationaler und internationaler Steuerung

Durch die weltweite Liberalisierung haben die staatlichen Einflüsse auf die Wirtschaft abgenommen. Ob damit auch die Steuerungsmöglichkeiten geringer geworden sind, kann nicht unbedingt bejaht werden. Denn die Steuerung in den vormalig vermehrt staatlich gesteuerten Wirtschaften war ja oft nur eine Schein-Steuerung, nicht nur im Ostblock, der wegen der Aufrechterhaltung nicht rentabler Produktionen Konkurs anmelden musste, sondern auch z.B. in der

Bundesrepublik, in der der nicht rechtzeitige Abbau der nicht überlebensfähigen Kohleproduktion des Ruhrgebietes unnötig viel gekostet hat.

Gesteuert wird heutzutage weitgehend nur noch makroökonomisch und durch Festlegung von institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, das aber durchaus wirksam. Die Entstaatlichung und Deregulierung der Weltwirtschaft über die WTO und durch fast alle nationalen Regierungen verändert die Gesellschaften im Sinne des westlich-kapitalistischen, dezentral-privaten, marktwirtschaftlichen und konsumorientierten Lebensmodells – aber nur deshalb, weil die nationalen Eliten es wollen (Castro und & in Lateinamerika wollen es nicht <mehr>!). Dass durch die Einbindung in die Weltwirtschaft Zwänge entstehen können, denen sich nationale Regierungen nur noch unter Inkaufnahme von Verlusten entziehen können, ist klar, dennoch haben sich Regierungen dem entzogen (Iran in den 80er Jahren z.B.).

Allerdings werden weltweite Finanzkrisen mittlerweile durch gemeinsames Vorgehen der Nationalbanken und des IWF aufgefangen – durch Koordination gemäß des Einstimmigkeitsprinzips. Ähnlich wird in der WTO vorgegangen. Auch drohenden Konjunkturkrisen wird in den USA beispielsweise durch Staatsverschuldung entgegengewirkt – aber auf nationaler Ebene, oft ohne die anderen Staaten zu fragen, z.T. sogar gegen sie (siehe Zinspolitik unter Präsident Reagan in den 80ern). Auch in der eng verflochtenen EU sind die Konjunkturen national begrenzt (Wachstum in Großbritannien bei gleichzeitiger Stagnation in Deutschland) Die Nationalstaaten sind weiterhin die zentralen Machteinheiten in jeder Hinsicht (siehe structural power Theorie von Susan Strange). Wo sind die Truppen der UN? Wo die Universitäten der Welterziehungsorganisation? Wo die Gewerbebehörde der WTO? Nur der IWF hat eigenes Geld und ist daher auch bedeutsam.

Denn weiterhin werden noch sensible Produktionen (Flugzeugbau) geschützt. Z.T. betreiben die Regierungen weiterhin eine (indirekte und verdeckte) merkantilistische Exportförderung (Steuervergünstigungen u.a.) Durch unterschiedliche Formen der Sozialhilfe können im Nordwesten der Welt die Folgen der Umstrukturierungen sozialpolitisch gemildert werden; schon in den Amerikas und erst Recht in Afrika und in Asien können vor allem Teile der unteren Mittelschichten – werden sie in eine liberalisierte, entstaatlichte Wirtschaft „entlassen“ – in tiefe Armut fallen, in denen die Armen schon immer steckten. Allerdings entstehen z.B. in Indien oder Brasilien auch neue Mittelschichten, die als Konsumenten neuer Industrien dienen können – vielleicht. Entwicklungshilfe ist hier nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, zumal deren wirtschaftspolitische Steuerungskraft sehr beschränkt ist: So hoffte man in den 80ern auf ein rasantes Wachstum in Lateinamerika; es kam aber in Südostasien, während Lateinamerika in einer immensen Verschuldungskrise versank.

Neuere theoretische Ansätze versuchen diese gemischte, national-internationale, intergouvernementale Interessen- und Tatsachenlage auf den Leisten der sog. „Global governance“ zu brechen. Das ist jedoch ideologisch im Sinne einer z.T. interessenbedingten Verkennung von Fakten oder Manipulation von Denkstrukturen. Es wird hier nämlich behauptet, dass es einen lockeren Zusammenhang von der lokalen über die nationale bis hin zu weltweiten (WTO z.B.) Regierungsformen gibt, u.a. bedingt durch das, was den Komplex aus Zivilgesellschaft (Bürgerinitiativen, NGOs) und mobilisierten Medien ausmacht. Einmal davon abgesehen, dass diese nicht repräsentativ und durch Wahlen legitimiert sind, wird ihr Einfluss in den Medien doch erheblich überschätzt. Eine bürgerkriegsähnliche Genua macht noch keine handlungsfähigen Akteur. Trotz NGOs geht der weltweite Liberalisierungsprozess fast ungebrochen weiter. Und dort, wo zu bremsen versucht wird, in einigen Staaten Lateinamerikas, ist das die Folge des gänzlichen Vertrauensverlust gegenüber dem bisherigen Parteiensystem (so insbesondere Venezuela unter dem Linksnationalisten Chavez seit 1998). Zwar müssen sich Multis mittlerweile auf evt. Kundenboykotte einstellen, aber das erfolgt über Marketingstrategien und über partielles Eingehen auf die NGO-Forderungen.

Resumee: Wir werden noch lange mit den Nationalstaaten leben müssen, die sich allerdings zu regionalen Großgebilden zusammenschließen werden (NAFTA, EU, ASEAN).

Eine Reise um die Welt: Ländertypen

Wir haben gesehen: Wenn man Politik erfassen will, muß man deren zentrale geistige Grundlage intuitiv, am besten vor Ort erfassen, die Grundidee, die sie bewegt und durch die man einen jeweiligen Bereich oder eine Gesellschaft verstehen kann. Auf diesen „Geist“ von Gesellschaften wollen wir nun im Folgenden näher eingehen. Herder und der Historiker, Diplomat und Russland Kenner nannten es „Volksseele“, und auch wenn dieser Begriff missbraucht wurde und missbraucht werden kann, ist doch unbestritten, dass jede Gesellschaft die ihre eigene und besondere soziale Atmosphäre hat: Jeder, der Italien besucht oder dort länger lebt, spürt, dass es dort anders abläuft, vom Alltag bis zur Politik – alles etwas anarchisch.

Man fühlt es schon in den Romanen aus diesen Gesellschaften. Dostojewskis Figuren sind zum Teil sehr religiös, so wie ja auch das orthodoxe Christentum in Russland trotz 70 Jahre staatlich verordnetem Atheismus gut überlebt hat (im Gegensatz zur vormals protestantischen DDR). Dabei kommt es nicht primär darauf an, ob die Meinungsumfragen nun eine Mehrheit aufzeigen oder nicht. Das ist nur der jeweilig aktuelle Stand der öffentlichen Meinung. Weitaus wichtiger ist, was die Gesellschaft an Extrem- und Symbolfiguren in sich birgt –

oder zumindest duldet. Und da gibt es eben die asketischen, hageren, nackten Heiligen (Sadus) in Indien, die dort als normal empfunden werden, während so etwas in Westeuropa nicht vorstellbar wäre. Sie stellen auch in Indien nur eine Mini-Minderheit dar, aber sie sind ein Symbol für diese tief religiöse Gesellschaft. Ähnliches ist für Präsident Bush II. und die Religiosität eines Großteils der Amerikaner festzustellen.

Es sollen bei den folgenden Skizzen nur kurz Eindrücke aufgezeigt werden, die aber eine Gesellschaft oder Nation durchaus charakterisieren können. Die Schilderungen sollen natürlich kein Werturteil abgeben: jede Nation ist in ihrer Eigenart gleich nah zu Gott, um ein Wort von Ranke zu variieren. D.h. jede ist gleich viel wert, es gibt kein besser oder schlechter. Die Buntheit und Vielfalt ist ja gerade das Schöne, so dass sich keiner langweilen möge. (Davon zu unterscheiden ist natürlich die moralische Qualität von Regierungen, die sehr niedrig sein kann, siehe Stalin und Hitler.)

Deutschland

Beginnen wir unsere Reise durch die Welt zunächst bei uns selbst. Die Deutschen sind nicht nur im Vorurteil ordnungsbesessen, sie sind wirklich so. Wenn man mit einem Ausländer durch unsere Städte geht, dann fällt denen noch auf, wie viele Verkehrsschilder wir an allen Ecken und Kanten haben. Wir nehmen das schon gar nicht mehr wahr. Deutschland ist sehr reguliert, das hat große Vorteile, jeder weiß, wo er dran ist; aber auch Nachteile, man wird so unbeweglich und neigt dazu, Neuerungen zu ersticken. Dementsprechend haben wir im internationalen Vergleich auch nur wenige Streiks. Preußen-Deutschland ist eben ein historisches Gebilde, das vom Militär geschaffen wurden.

Italien und Frankreich sind dagegen weitaus anarchischer, wilder, im alltäglichen Leben lebendiger. Das liegt z.T. sicherlich daran, dass das Leben wegen des Wetters mehr in der Öffentlichkeit, auf den Märkten stattfindet, man ist dadurch offener für soziale Kontakte. Italien ist ohnehin seit dem Römischen Reich vor allem städtisch geprägt – und infolge der staatlichen Zersplitterung des Landes in den letzten 1000 Jahren (bis 1861) sehr dezentral auf die Städte und die Region vor Ort orientiert. Von hier sind auch die aktuellen Abspaltungstendenzen des reichen Nordens des Landes vom armen Süden zu verstehen. Nicht zufällig ist Italien auch das Land, in dem Ende des 17. Jahrhunderts die Oper erfunden wurde. So wirkt auf uns zuweilen auch die Politik der Italiener, so wenn der vormalige Ministerpräsident Berlusconi auf EU-Gipfel gerne zu singen begann. Ein mythenumwobener, schein-heldischer Untergang wie der Hitlers im Bunker der Reichskanzlei ist in Rom gar nicht vorstellbar, hier setzte man einfach Mussolini ab, sperrte ihn ein und hängte ihn schließlich mit dem Kopf nach unten auf. Es gab in Frankreich und in Italien eine breite Widerstandsbewegung gegen den Faschismus, in Deutschland nicht. Die Deutschen sind immer noch irgendwie „faustisch“ (Spengler), man grübelt und grübelt und sucht nach dem Grund der Gründe und vergisst das Handeln.

Anders ist das ständige Zentrieren der deutschen Medien um die Vergangenheit nicht zu erklären, was nicht heißen soll, dass man sich nicht der Nazi-Greuel (und anderer Greuel in der Welt) zu schämen hat.

Der Süden

Demgegenüber verstärkt sich der Eindruck einer gewissen (angenehmen) Wildheit, je südlicher man kommt. Die Ordnung im Norden Europas, insbesondere in Deutschland hängt eben auch mit dem protestantischen Erbe zusammen, das den Menschen – im Gegensatz zum Katholizismus – das sündenbewußte und gewissenbezogene In-Sich-Gehen aller im Angesicht der Übermacht Gottes predigte – ständiges Büßen ohne Karneval und ohne Beichte. Dazu dann Kant, der uns ständige Pflicht gemäß rein vernünftiger Erwägungen lehrte. Der Süden ist lebensfroher, in Afrika südlich der Sahara sieht man die Menschen oft in bunten Gewändern tanzen, bis in zum vormaligen Staatspräsidenten der Republik Südafrika, Mandela, in bunten Hemden.

Das geht konform mit der gänzlichen Ruhe von Menschen insbesondere während der erstickenden Gluthitze des Mittags, die man am besten bewegungslos im Schatten liegend überlebt. Man stellt sich dann wie tot, wie das auch manche Tiere zur Tarnung können. Afrikaner scheinen ohnehin noch näher an der Natur zu sein, während Europäer doch oft sehr zivilisiert im Sinne einer Kontrolle möglichst aller Triebe wirken (was negativ gemeint ist). Daher hat der Staat in Afrika vielleicht auch keine Zukunft, weil Staatlichkeit immer ein hohes Maß an (freiheitsberaubender) Kontrolle erfordert: man muß sich an ferne, abstrakte Gesetze halten, die die Zentrale in der großen Hauptstadt erläßt; man muß zur Schule, man muß ... muß ... muß. Der Mensch lebt auch gut ohne höhere Mathematik und Latein. Ethnische Einheiten, Stämme sind dann noch menschennäher als der Staat.

Dieses Lied wissen auch die Amerikaner in Nord und Süd zu singen. In den USA sind es der Einzelne, seine Familie und vielleicht noch seine religiöse Sekte, die ihm wichtig sind. In Lateinamerika der starke (durchaus sexistische) Macho-Mann, auch in der Politik, und sein Bestreben, Anhängerschaft und Freunde um sich zu scharen und sie zu versorgen, um von ihnen unterstützt zu werden – je mehr Freunde, um so angesehener. (Im nordatlantischen Raum ist vorrangig das Geld Voraussetzung für das Ansehen.)

Kambodscha

Der übliche Nachmittagsmonsunregen im Oktober durchnäßt den Schwarm von Fahrradfahrern, die schwer durch die überflutete Straße stampfen. Das ganze Land erscheint ohnehin wie ein Kanalsystem, das sich in alle Himmelsrichtungen vom Großen Mekong abzweigt. Das riesige Mekong-Delta und Mekong-Becken ist sehr fruchtbar. Mangrovenwälder mit ihren langen überirdischen Wurzelstelzen säumen die sumpfige Küste am Meer. Auf diesen

wasserreichen Flächen gedeiht Reis in großen Mengen. Im tropischen Klima wird es nie kälter als 20 Grad – die durchschnittliche Temperatur, die der Reis zum Gedeihen benötigt. Mehr als die Hälfte des Landes ist mit unberührtem Urwald bedeckt. Die Lotusblume wächst auf Teichen. Elefanten habe ich aber nicht gesehen. Jedoch lachen die feingliedrigen Leute meist, wie man es im Klischee sagt.

Die buddhistischen Mönche in ihrer safrangelben Umhängen weisen auf Tradition und die hohe Bildung im Lande hin. Der Alphabetisierungsgrad ist für ein Entwicklungsland erstaunlich hoch. Oft sieht man die Mönche meditierend für sich in den Tempelgängen. Individualisierung, wenn nicht gar sozialer Rückzug ist ein Merkmal dieser Gesellschaft, wie man sich auch in die Klöster (zeitweise) zurückzieht. Mönche sind in Kambodscha ein allgegenwärtiges Alltagsphänomen, da sie ihren Unterhalt durch Sammeln erwerben müssen.

Der historische Höhepunkt der kambodschanischen Kulturentwicklung war das Khmer-Reich von 800 – 1400 n. Chr. Von daher stammt bis heute der Kult des Gotteskönigtums. In den Flüssen schwimmen Dörfer wie sozial isolierte Inseln, die auf Stelzen und Pfählen stehen. Von hier aus wird gefischt. Der Fischfang ist die Haupterwerbsquelle und auch sozial sowie psychologisch prägend für das Land, wie überhaupt diese isolierten Dorf-Inseln typisch und symbolisch sind.

In seiner Geschichte war das Land im ständige Überlebenskampf gegen die Nachbarn, die Thais, die Vietnamesen insbesondere, die bis heute von den Kambodschanern geradezu gehaßt werden. 1863 kamen die Franzosen als Kolonialmacht und behielten die Herrschaft bis 1953 inne. Dann konnte sich das Land unter Sihanouks gewagtem Neutralitätskurs zwischen Ost und West behaupten, bis 1970 erst die USA indirekt und dann 1979 die Vietnamesen direkt das Land eroberten – beides Folge des Vietnamkrieges, der auch Kambodscha tangierte, da die kommunistischen nordvietnamesischen Guerillas z.T. durch Kambodscha nach Südvietnam infiltrierte, über den berühmten „Ho Chi Min“-Pfad mitten durch den Urwald, der für amerikanische Bomben kaum zu durchdringen war. Von 1975 bis 1979 wütete das Khmer-Rouge-Regime unter dem Massenmörder Pol Pot (einem Kambodschaner), der 1/3 der Bevölkerung töten ließ. Pol Pot wurde 1979 vom östlichen Nachbarn, den Vietnamesen, gestürzt, die bis 1990 in Kambodscha als Okkupationsmacht herrschten. 1993 wurden von der UN freie Wahlen organisiert, aus der eine Koalitionsregierung hervorging. Diese wurde 1997 von dem Vietnam-nahen Ministerpräsidenten Sun Hen gestürzt, der seitdem mit Unterstützung Vietnams regiert. König ist wieder der genannte Sihanouk, der aber nun machtlos ist. (Die verbleibenden Reste der Khmer Rouge im Nordwesten des Landes werden übrigens vom westlich orientierten Thailand unterstützt, das sie auch früher gefördert hatte.)

Dem Land sind noch mehr Katastrophen erspart geblieben, da sich der König in seiner langen politischen Laufbahn seit 1945 als sehr wandlungsfähig erwiesen hat. Er hat mit allen – nach einander – kooperiert, von links bis rechts, von Nord

bis West – bis zur idealen Selbstaufgabe. Nur so war die neutrale Haltung, dieses Alleine-Stehen bis zur Isolation durchzustehen. Ansonsten wäre man zwischen den großen Nachbarn zerrieben worden. Diese Wandlungsfähigkeit war und ist auch nur deshalb möglich, weil der König nach südostasiatischer Tradition eine von diesen Rollen unabhängige, eigenständige Aura besitzt, die aus seinem Gottesgnadentum erwächst. Er herrscht auch eher über diese Aura als über direkte Gewalt.

Wie bereits erwähnt, ist dieser Individualismus prägend. Oskar Weggel führt ihn auf die Produktionsweise von Fischern zurück: Im Gegensatz zu Ackerbau und Krieg kann Fischfang nur von wenigen auf ihren Booten betrieben werden. Daher ist die Kernfamilie hier bedeutsamer als die Großfamilie – anders als in anderen asiatischen Ländern mit ihrer Dominanz der Großfamilie. Es dominiert der demokratischere Theravada-Buddhismus, insgesamt herrscht eine individualistischere Sozialstruktur vor. Das führt aber auch dazu, daß der Staat viel stärker auf das Individuum zugreifen kann, das nicht durch eine größere Gemeinschaft geschützt ist. (O. Weggel, Indochina, München 1987, S. 13 ff.)

Geisteswissenschaftliche Methode

Ein Grund für die wissenschaftliche Unverständlichkeit und Neigung, alles kompliziert zu machen, ist das positivistische Forschungsverfahren. Was heißt das? Heutige Wissenschaften – wir beschränken uns hier auf die Sozialwissenschaften (Politikwiss., Soziologie und Ökonomie) - sind materialistisch und kausal, d.h. sie erklären menschliches Verhalten und Handeln weitgehend von äußeren, materiellen Ursachen (Kausalitäten) her. Wenn ein Junge in der Stadt X einen Teil seiner Lehrer und Mitschüler ermordet, so fragt man in Wissenschaft, Medien und Politik nach dem Warum, und das Ergebnis ist: Er hat zu viele Gewaltvideos gesehen; der Vater war zu streng; die Verhältnisse waren ärmlich; die Schule war ungerecht; unsere Moral verfällt immer mehr. Der Grund für den Mord wird also nicht bei dem Jungen gesehen, sondern bei ökonomischen, medialen und sozialen Ursachen, die materiell, wie kleine Geschosse, aus der Umwelt auf den Jungen einwirken. Marx benannte das so, dass der Mensch das Ergebnis seiner Umwelt sei.

Das hat zur Folge, dass man die Beziehungen zwischen diesen Ursachen und dem Mord untersuchen muß: wie wichtig sind die Videos? Wie bedeutsam der Vater? Usw. Allein das erfordert schon ein längeres und steuergelderfressendes Forschungsprogramm wobei nicht sicher ist, ob man zu klaren Ergebnissen kommen kann. Bis heute weiß man z.B. nicht – um ein weiteres Beispiel zu nehmen -, ob nun die keynesianische oder monetaristische Wirtschaftsstrategie die richtige ist. Seit fast 70 Jahren tobt der Streit, und jede Seite kann ihre

Argumente plausibel vorbringen und nachweisen. Wer will da entscheiden? Aber nicht nur das! Die Zahl der möglichen Einflußfaktoren (auf die Wirtschaft, auf den Jungen ...) ist sehr groß: was kann hier nicht alles auch wirken? Wer zieht da die Grenzen? Auf jeden Fall entsteht der Eindruck hoher Komplexität vielfältigster Faktoren. Und man kann das endlos erforschen. Letztlich liegt hier eine Frage zugrunde, die aber nicht deutlich ausgewiesen wird, nämlich die grundlegende Frage, was unsere Welt primär ausmacht: die Materie oder der Geist.

Gegenwärtige Politik und Wissenschaft geht meist von materiellen Ursachen aus, die allein empirisch (d.h. durch sinnliche Beobachtung) nachgewiesen werden können. Das ist ja gerade zu einem Kriterium für Wissenschaftlichkeit und wissenschaftlich begründete Politik geworden, dass alle Aussagen in sinnlicher Beobachtung fundiert werden müssen. Auch die in Befragungen erhobenen Aussagen, Einstellungen und Meinungen von Menschen sind erst wissenschaftliche Aussagen, wenn sie geäußert, quasi in Worte materialisiert werden, um dann in einem Fragebogen aufzutauchen.

Jedoch ist damit nicht alles erfasst. Denn es gibt auch Dinge außerhalb der sinnlichen Wahrnehmung, so insbesondere das, was wir „Geist“ nennen und der sicherlich nicht identisch ist mit den Neuronennetzen in unseren Hirnen. Geist ist die Fähigkeit des Menschen, sich selbst seiner bewusst zu werden, über sich nachdenken zu können. Eine Kuh und auch ein Stein können das nicht. (Materie ist immer das, was sie ist, nicht mehr, sonst wäre es keine Materie, sondern mehr.) Aus dieser Sicht hat sich die traditionell geisteswissenschaftliche Perspektive entwickelt, die sagt, dass der oben erwähnte Mörder sich vor seinem Mord zu einer solchen Tat entscheidet, und zwar aufgrund einer geistigen Überlegung und Entscheidung, die nicht auf politische, wirtschaftliche, soziale usw. Ursachen zurückgeführt werden kann, sondern in sich und durch sich besteht: Im und mit dem Geist kann sich der Mensch frei entscheiden, er kann über sich selbst denken, er kann sich Alternativen mit einer gewissen Vernunft überlegen (zumindest „tun“ oder „nicht tun“) und dann eine Variante wählen.

Das ist ja auch, wenn wir uns selbst wahrnehmen. Diese Entscheidung ist weitgehend frei, denn es gibt viele Jungens, die in einer ähnlichen sozialen und ökonomischen Situation wie der Genannte aufwachsen, ohne dass sie zur Entscheidung kommen zu morden. Vielleicht kann man sagen, dass die eine soziale Situation eher zu einer solchen Tat führt als eine andere. Aber frei bleibt die Entscheidung dennoch, auch wenn sie in Rahmenbedingungen steht. Freiheit ist niemals unbedingt: Ich kann z.B. die Geburt durch meine Eltern nicht rückgängig machen.

Unter diesen Aspekten ist also die Entscheidung des Jungen in den Mittelpunkt von Forschung und Politik zu stellen. Und zwar hier eine unbestritten böse, gesetzeswidrige Entscheidung. Warum entscheidet der Junge so (moralische

Verwahrlosung?) Wie kann sie verhindert werden? (mittels durchgreifender Strafe und Strafandrohung? Wie ist sie zu beurteilen? (was alles auf einen engen Zusammenhang von Politik, Sozialwissenschaften und Politik hinweist, dazu unten mehr).

In den materialistischen und positivistischen Wissenschaften kommt dieses Böse gar nicht in den Blick, da es nicht beobachtet werden kann. Man setzt eher darauf, durch Erziehung oder durch Sozialleistungen Armutslagen zu beseitigen, um angeblich so die Kriminalität zu verringern – ein Versuch, der in den USA bei bestimmten ethnischen Minderheiten gescheitert ist. (vgl. nur die Klagen von S. Huntington in „Who are we?“ über die überdurchschnittliche Gewalttätigkeit der Latinoamerikaner in den USA.)

Denn: Das Böse ist da, als reale Kraft, wir spüren es in uns, und es ist auch nicht auf die Aggressivität gemäß psychoanalytischer Theorie (Freud) zurückzuführen, denn diese ist wieder eine Kraft, die irgendwie von außen, wie ein Trieb auf die Entscheidung einwirkt. Freud wollte seine Triebe letztlich mit chemischen Prozessen erklärt sehen.

Der oben erwähnte Mord ist also schlicht und einfach wissenschaftlich so zu erklären, dass der Mörder böse war. Dagegen kann und sollte Politik mit Abschreckungsmaßnahmen (Gefängnis) ankämpfen. Das ist alles. Und das ist auch der erste Beweis dafür, dass Wissenschaft, Welt und Politik einfach sind, bzw. einfach sein könnten, wenn sie sich der hier diskutierten Grundentscheidungen bewusst wären, was aber seit den 1960 als Traditionsbestand verloren gegangen ist. Noch die Sozial- und Politikwissenschaften der 1950er Jahre hatten diese geisteswissenschaftliche Ausrichtung. So, wenn es z.B. hieß, dass der Weg Deutschlands ins Dritte Reich von einem nihilistischen Denken bei manchen mitbedingt war, einem areligiösen Denken und Geist, der die Maßstäbe für gut und böse verloren hatte, weil man nicht mehr an Gott glaubte und nur noch auf den eigenen materiellen Vorteil bedacht war. So dachte auch noch Konrad Adenauer, und der gegenwärtige Papst erwähnte erst kürzlich, dass der atheistische Nationalsozialismus und Kommunismus hätten verhindert werden können, wenn mehr Menschen zur Kirche gegangen wären. (Was dieses Böse ist, soll im weiteren Verlauf geklärt werden, insbesondere im letzten Kapitel. Das gleiche gilt für den hier aufscheinenden, engen Zusammenhang von Moral und Politik.)

Der Nationalsozialismus wird aus dieser Sicht auch mit dem Bösen, den bösen Entscheidungen der wohl 200000 direkten Täter des Regimes erklärt, allen voran Hitlers. Die Wirtschaft war Hitler eher abgeneigt, insbesondere der seinerzeitige Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie 1933, Krupp von Bohlen und Halbach, Hitler erschien ihnen – ähnlich wie Reichspräsident von Hindenburg – zu unberechenbar und zu proletarisch. Sie gaben zwar auch Geld, um für alle Fälle gewappnet zu sein, aber man bevorzugte eher eine Art von autoritärer Herrschaft ohne Nationalsozialisten. Die Nazis haben ja – das sollte man nicht vergessen – mehr als ein Drittel der

Wähler an die Macht gebracht, die für sie bei den Reichstagswahlen stimmten; deshalb ist das Grundgesetz von 1949, das aus den Fehlern der Weimarer Republik lernen wollte, ablehnend gegen fast jede Art von direkter Demokratie, weil die Verfassungsväter diese irrationalen Massen 1930 ff. erlebt hatten.

Politik und politisch-moralisches Handeln

Politiker-Persönlichkeitentypen als Grundlage moralischen oder unmoralischen Handelns

„Auf der Fäulnis wächst das Große“, so pointierte Thomas Mann, der in seinen wichtigsten Romanen und Novellen den Verfallsprozess des Bürgertums schildert, dem er entstammte und den er reflektierte. In der Tradition von Schopenhauers Willens- und Sterbensphilosophie sah er diesen Verfall quasi allem Natürlichen und Sozialen innewohnend, sei es im Tod von Gustav Achenbach, als er zur ewigen Schönheit zu greifen trachtete; sei es in den Buddenbrooks; oder sei es im Dr. Faustus, der das Absolute zu ergreifen versuchte, und darüber – wie das deutsche Volk unter Hitler insgesamt – unterging. Das Absolute (der Kunst, aber auch der Politik) verträgt sich nicht mit dem Leben, das immer den Tod einschließt. Dabei waren allerdings die genannten Figuren von Thomas Mann groß im historischen Verständnis des Begriffes, sie strebten immerhin das Absolute und Göttliche an, das die Welt zu verändern vermag, allerdings bei Hitler und Stalin aus einem teuflischerstörerischen Ursprung und mit ebensolchen desaströsen Wirkungen. Größe ist dann gegeben, wenn sich etwas grundlegend ändert oder eine grundlegende Änderung verhindert wird.

Das Leben neigt nämlich nicht nur im natürlich-biologischen Sinne zum Tode, sondern auch und durchaus unheilschwanger in sozialer und politischer Hinsicht, indem das falsche Große zum Untergang (nicht nur zum Verfall) führt. Der Verfall, die Fäulnis kann also zur falschen und richtigen Größe führen, und nur die richtige Größe kann das falsche Große verhindern, wenn es vor der Tür steht: Das richtige oder gute Große, das gegen Hitler erfolgreich hätte antreten können, fehlte im Deutschland des Jahres 1933, und erst die angelsächsische Welt mit ihren Freiheitstraditionen ermöglichte ihm den Durchbruch, als erst Churchill 1940 und dann Roosevelt gegen das böse Große in den Krieg zogen und es niederrangen. Erst solche Notlagen scheinen dem guten Großen förderlich zu sein.

Aber nicht nur dann: Wenn eine Gesellschaft in sich blockiert ist, so bedarf es auch der Tat des Großen oder der Großen. Wenn sie der internationalen Umwelt nicht mehr angepasst ist, so kann sie entweder untergehen (China um 1900) oder sich wandeln und bestehen (so Japan 1870). Das war auch die Lage 1969 in Deutschland, als Brandt Kanzler wurde – allerdings in keiner Weise

vergleichbar mit den Weltkriegen, aber immerhin gab es Bestrebungen in der Studentenrebellion, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die legitimierte Macht in Frage zu stellen, wenn nicht gar zugunsten einer „Berliner Räterepublik“ abzulösen.

Diese Konstellation falscher und guter politischen Größe ist bekannt; was hier interessiert, ist nicht das Gesamtgesellschaftliche (das es ohnehin nur in den Vorstellungen der Sozialwissenschaftler gibt, mit der sie ihre Existenz zu rechtfertigen glauben); was hier interessiert, ist die alleinige feststellbare und verstehbare Person des großen Menschen: Was macht seine Größe aus? Was befähigt ihn zum Bewirken grundlegender Änderungen, die zentrale Grundsätze des Alten zerstören und neue an deren Stelle setzen, auch im Sinne von Durchsetzen.

Und hier komme ich auf das zu Beginn erwähnte Diktum von Thomas Mann zurück:

Wie zahlreiche historische Beispiele von Cäsar (Epileptiker) bis zu Bismarck (Nervenzusammenbrüche, Weinkrämpfe) zeigen, hängt die politische Größe mit begrenzten geistigen Erkrankungen der Machtinhaber zusammen. Warum? Nur das Aus-der-Reihe-Fallen (wie es Krankheit, geistige und körperliche <Präsident Roosevelt>, zur Folge hat) bewirkt eine gewisse Sensibilisierung für die Probleme und Bedürfnisse der Menschen, wie sie insbesondere in Krisensituationen existenziell werden. Man denkt dann nicht mehr im Ritus der Routine, der Bewältigung der kleinen Probleme, der „Wonne der Gewöhnlichkeit“, wie wiederum Thomas Mann stabreimte. Man weiß dann um die Größe der Fragen der Zeit, und wenn sie mit einer ähnlichen Stimmungslage der Menschen eines Nationalstaates übereinstimmen, kommt es dann zu einem Ruck durch die Gesellschaft, der Blockaden durchzusetzen und große Gefahren abzuwehren weiß. (Abweichung, Devianz, ggf. auch im Kriminellen, scheint ohnehin die Bedingung großer Leistungen zu sein: Schillers Dauer-Lungenbeschwerden, Thomas Manns, Newtons und W. Rathenaus Homosexualität, Hölderlins Verrücktheit, usw. Nur Goethe war normal.)

Die lebenswichtige Frage ist nur: wann, bei welcher und in welchem Maße von Erkrankung kommt es zu guter und unter bei welchen Voraussetzungen zu böser Führerschaft? (Bei dieser Ursachenrecherche soll nicht der freie Willen der Handelnden bestritten werden, trotz leichter Erkrankungen – und mit solchen befassen wir uns hier lediglich – kann man immer noch frei entscheiden. Die Entscheidungsunfähigen und Nicht-Verantwortlichen landen meist in der Klinik.)

Wir wollen das nun am Beispiel zweier Krankheiten (Depression und Schizophrenie) und von vier Politikern (Churchill, Brandt / Hitler, Stalin) erläutern. Dadurch wird das personal erklärt, was in den diversen

soziologischen Charisma-Theorien nur gesamtgesellschaftlich – vergeblich – zu deuten versucht wird.

Depressionen: Churchill und Brandt

Depression ist eine psychische Erkrankung, die in schweren Fällen zur Handlungsunfähigkeit, zu Bettlägrigkeit und zum Kontrollverlust über die eigenen vitalen Mechanismen führen kann. Darum kann es sich hier – bei aktiven Politikern – nicht handeln. Es geht vielmehr um das, was Psychiater und Psychologen verharmlosend als „depressive Verstimmung“ bezeichnen: der so depressiv Belastete fühlt – wenn er in einer solchen Phase ist – von einer betondicken Decke von grellem Grau-in-Grau, von Perspektivlosigkeit, von unbestimmter und objektloser Ängstlichkeit vor dem Dasein überhaupt überzogen, eingemauert, bedrängt: alles scheint in die Katastrophe zu laufen, unabwendbar, so das Gefühl, und zwar auch dann, wenn man rational weiß, dass es nicht so ist. Aber das Wissen kann dem irrational Gefühlten nichts anhaben. Menschen in solchen geistigen und auch geistlichen Gefängnissen (denn selbst Gott kann hier nicht helfen, so die Sicht des Leidenden) sind sehr selbstmordgefährdet. Und oft hilft dann gegen diese Todesangst von dem Ungewissen nur der Alkohol (Brandts Brandwein bis zur Regierungsunfähigkeit, Churchills Whisky bis zum Leitersturz 1936 und Herzinfarkt 1943) oder psychiatrische Medikamente oder rastlose, betäubende Überaktivität (agitierte Depression), denn die Depression ist erblich bedingt und nur z.T. durch Gesprächs- oder Verhaltenstherapie anzugehen. Das gilt insbesondere für Panikanfälle, wenn man angesichts konkreter, für Außenstehende banale Vorfälle Todesangst –und zwar über Wochen hin – empfindet. Melancholie ist demgegenüber eher eine allgemeine Traurigkeit angesichts des Desasters in der Welt – ohne Todesangst.

Depression macht (meist) demütig: man hat derart Schlimmes erlebt, dass man sich angesichts des – vermeinten - schrecklich Bösen klein fühlt, bescheiden wird, wenn man es dennoch überlebt; es erscheinen einem die großen Aufgaben der Politik aber auch als nicht so schlimm mehr. Alles andere wird relativ dazu, und damit bewältigbar – man darf nur nicht kapitulieren – niemals, so ein anderer großer Depressiver, Hemingway, in seiner Erzählung „Der alte Mann und das Meer“. Man hat auch nicht mehr die großen Erwartungen an die Menschen, denn im Vergleich zum „inneren Auschwitz“ sind die, die man konkret alltäglich erlebt, sehr harmlos.

Alles jedoch mit der Kehrseite, dass einem durch die (zeitweilige) Präsenz des Schrecklichen das Gefühl für Freude (angesichts auch keiner Fortschritte) abhanden kommen kann. Man hat eher das Gefühl, ständig noch einmal davon gekommen zu sein.

Depression macht empfänglich für das Außergewöhnliche, da man es ständig in und an sich erfährt. Und das auch in Form von (mystischen) Gotteserfahrungen, wie bei Jeanne d' Arc oder Augustinus oder G. W. Bush. Man spürt auch das

absolut Böse kommen, so Churchill angesichts der Machtergreifung Hitlers schon Mitte der 1930er Jahre. Und nicht zuletzt: Man spürt das, was Not tut, ohne davor zu kapitulieren.

Brandt

Und so ging Brandt daran, mit knappster Mehrheit im Bundestag 1969 eine Änderung der deutschen Ostpolitik – fast alleine – fast handschlagartig – umzusetzen, weil er als ehemaliger und langjähriger Regierender Bürgermeister des mauergeteilten Berlin zutiefst davon überzeugt war, nur so den Frieden und langfristig auch die Freiheit in den kommunistischen Ostblockdiktaturen verwirklichen zu können – z.T. durchaus mit Erfolg, wie deren Kollaps 1990 zeigte. Nur ein Politiker von der geistigen Verfaßtheit Brandts konnte sich das vornehmen, denn die innenpolitischen Widerstände waren immens, die Erfolge wenig gewiß und die Verschlagenheit der Kommunisten altbekannt. (Bei kleineren Aufgaben in der Innenpolitik scheiterte der Kanzler daher auch mehr oder weniger.)

Und es ist daher nicht nur symbolisch zu verstehen, dass Brandt im Dezember 1970 vor dem Denkmal für die Opfer der Naziherrschaft in Warschau kniete – obwohl nicht gläubig -, um sich durch diese Geste demütig quasi selbst zum Opfer für die Greuel der nicht vergangenen Vergangenheit darzubringen. Die eigene Person wurde unwichtig durch die Dimensionen des Nazi-Schreckens. Nur wer selber ein inneres Auschwitz erlebt hat, vermag das äußere zu erahnen. Nicht zufällig wurde daher auch die Ostpolitik auch „Politik der Versöhnung“ genannt, eine theologisch-christologische Kategorie, die an den Kreuzestod Jesu erinnert, ohne dass man hier gotteslästerlich wird.

Denn Brandt waren auch die Grenzen seiner Politik bewusst: Er – der das Schlimme innerlich erlebte – wusste von der Macht des Bösen in der Politik, nicht nur infolge seiner Flucht vor Hitler 1933, sondern auch angesichts der Morde an der innerdeutschen Grenzmauern durch die Schergen des totalitären Regimes: Er wusste, dass man mit denen reden musste, um menschliche Fortschritte zu erreichen, aber seine Politik zielte auf eine Aufweichung der Diktaturen, indem er sie in Kontakt mit dem freiheitlichen Westen brachte. Daher auch seine schnelle und beherzte Kooperation mit Gorbatschow ab 1987.

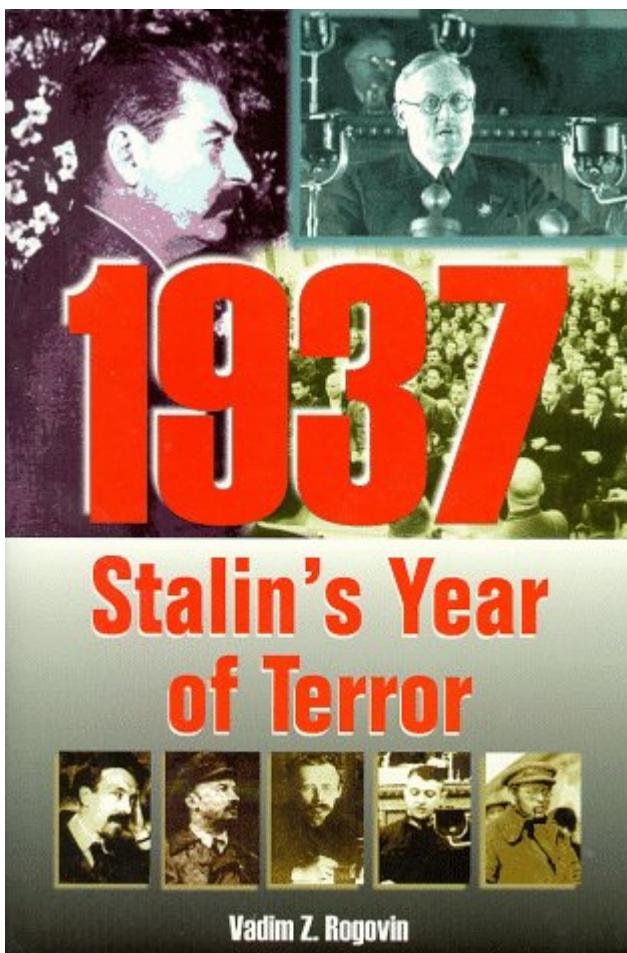
Ihm war auch stets die große mobilisierte und auch durch Falsche und Falsches mobilisierbare Menschen-Masse fremd, wenn nicht gar ungeheuer: Er hatte sie 1961 auf die gerade errichtete Berliner Mauer kontrollos und besinnungslos-sinnlos erregt zurennen sehen, und nur unter Gefahr für sein Leben war es ihm möglich gewesen, sie durch rhetorisches Geschick am tödlichen Erklimmen der Mauer zu hindern. Er hatte die Gefahren durch die gegen seine Ostpolitik mobilisierten Vertriebenen erlebt, und auch die kommunistischen Massenbewegungen der 40er Jahre, die aber immer nur eine Minderheit repräsentierten. Letztlich war er auch Aristokrat.

Churchill



Aristokrat war nun der konservative Churchill durch und durch. Er verachtete nicht die Demokratie, aber er wusste – bescheiden und demütig – um ihre Grenzen. Und er wusste, - wie sein berühmtes Diktum offenbart -, dass alle anderen Regierungsformen noch schlimmer sind. Sein Politikbild war typisch konservativ davon geprägt, dass es politisch nur darum gehen kann n, dass Schimmere oder gar das Schlimmste zu verhindern, denn Fortschritt in eine bessere Gesellschaft sei nur begrenzt und nur sehr vorsichtig möglich. Meist haben sich die Revolutionen als blutige und grausame Rückschritte herausgestellt, worauf schon der Urahn aller Konservativen, Edmund Burke, hingewiesen hatte. Und er wusste oder genauer: er ahnte instinktiv, dass in diesem Scheusal von Hitler das Urböse, der Teufel Gestalt gewonnen hatte, und dass alle Appeasement- und Ausgleichsversuche mit ihm zum Scheitern verurteilt seien, was sich dann 1939 mit dem Überfall auf Polen als richtig zeigte. Und er war es, der – obwohl Großbritannien außenpolitisch alleine da stand – den Kampf mit dem Ungeheuer aufnahm – und gewann (was 1940 nicht sicher war: erst später kamen Roosevelt und Stalin militärisch zur Hilfe). Denn ein Depressiver weiß: Schlimmer kann es nicht werden. Politik ist immer relativ angesichts des inneren Weltkrieges, den ich oft erleben muß.

Schizophrenie: Hitler, Stalin und die Tyrannei



Schizophrenie ist die geistige Krankheit, in der der Erkrankte weitgehend als normal erscheint und durchaus auch handlungsfähig ist, aber in einem bestimmten Sektor seines Hirns spinnt. Das macht die (wahrscheinlich

erbbiologisch und chemisch-neurologisch mitbedingte) „Spaltung der Persönlichkeit“ aus. In diesem Sektor entwickelt er für den Normalverstand abstruse Theorien, z.B. bei Marx oder bei dem alten Carl Schmitt, der sich durch die elektrische Beleuchtung beeinflusst wähnte. Damit wird deutlich,

- erstens: dass sich Schizophrenien oft und politisch relevant mit Verfolgungswahn verknüpfen. Die Wahnsinnigen entwickeln dann nicht Angst, aber bei sich ein Gefühl, von Feinden (Klassenfeinden, Juden, Freimaurer, usw.) allgegenwärtig umgeben zu sein, mit der Folge, dass sie „eliminiert“ und „liquidiert“ werden. Stalin und Hitler sind hier wohl die schlimmsten Beispiele, aber nicht die einzigen. Das Problem ist, dass diese Politiker wirklich an ihre Wahngelüste glauben, was natürlich in keiner Weise rechtfertigen kann, sie von ihrer Schuld angesichts des auch für Kranke seit jeher gewissensmäßig vorgegebenen, zwischenmenschlichen Mordverbotes zu entlasten;
- und zweitens: dass sich schizophrene Neigungen (und um mehr handelt es sich bei Hitler und Stalin nicht) gut mit Ideologien verbinden können, die auch solche irrationalen Feindbilder konstruieren. Wissenschaftler müssen sich daher stets dieser ihrer Verantwortung bewusst sein. (Dass es auch wirkliche Feinde gibt, ist angesichts von Terroristen offensichtlich, aber nur konkrete Feinde hier und jetzt, nicht den „Feind an sich“ wie „den Juden“ in Hitlers KZs oder „den Kapitalisten“ und Kulaken in Stalins Gulaks. Das braucht hier nicht näher dargestellt werden, da es allgemein bekannt ist.)

Gefährlich wird Schizophrenie insbesondere dann, wenn sie weiterhin mit dem Hören von fiktiven inneren Stimmen oder dem Sehen von fiktiven inneren Bildern verbunden ist, ohne dass dem Kranken dies bewusst ist. Bei Hitler und Stalin scheint das nicht der Fall gewesen zu sein, das Gerede von der „Vorsehung“, die Hitler zum „Führer“ berufen habe, ist nicht so zu verstehen. Daher sind die beiden auch voll verantwortlich. Sie haben sich dazu frei entschieden, diese ihre schizophrenen Persönlichkeitsmerkmale zu akzeptieren und umzusetzen, mit den bekannten katastrophalen Massen- und Völkermorden, die mit einer gewissen grausamen und schrecklichen Notwendigkeit aus ihren ideologischen Wahnsystemen folgten. Sie hätten auch anders können, aber das nicht weiter erklärbare Böse ihrer „Persönlichkeiten“ veranlasste sie dazu: Sie waren so. Deshalb waren sie auch Menschen, denn der Mensch ist nun einmal so, von Pol Pot über Mao Tse Tung und seine Witwe - bis (aktuell) zu den Hutus, die in vier Wochen 1 Millionen Tutus mittels Macheten massakrierten. Usw. usf. ua. ff.

Schlussfolgerungen: Mehr Offenheit der Politik

Was sind die politischen Folgerungen?

Da ich den verbal seichenden Sermon der Geisteswissenschaften nicht mag, einige kurze, aber dadurch auch klare Anmerkungen.

- Glücklicherweise braucht Politik normalerweise keine politische Größe, da die Aufgaben begrenzt sind. Darin hat Mittelmaß, was hier nicht negativ gemeint ist, seine Rechtfertigung. Denn Größe ist auch gefährlich, denn auch die gute Größe kann in böse pervertieren, man denke nur an Cäsar.
- Aber was machen wir, wenn große Aufgaben anstehen? Man kann große Politiker nicht im Deutschen Museum auf Vorrat halten. Hier sind zwei Lösungswege möglich:
 1. Der institutionelle Lösungsweg besteht darin, dass man – wie in der Notstandsverfassung des Grundgesetzes oder nach Art. 80 GG – einem verkleinerten Parlament oder der Bundesregierung die Kompetenzen gibt, das Erforderliche – auf Zeit!! – zu tun. Das hat selbstverständlich den nicht schönen Geruch von Diktatur und ist daher die nur zweitbeste Lösung. Ggf. ist auch dem Bundesverfassungsgericht mehr Macht zu geben, z.B. durch Kooptation anstatt der bisherigen, parteipolitisch gefärbten Wahl der Richter und Richterinnen. Hätte die Weimarer Republik 1933 über solche Not-Regelungen verfügt (statt der missbrauchbaren Vollmachten des Präsidenten), wäre der Welt und auch den Deutschen viel erspart geblieben.
 2. Besser ist daher, dass politische System so offen zu halten, dass politische Größe an die Spitze gelangen kann, die dann im Notfall (aber nur dann!) die Gesellschaft zu bewegen vermag, wie in den USA z.B. die Präsidenten Roosevelt und Reagan. (Politisch gute Größe ist parteipolitisch unabhängig.) Mechanismen sind hierzu z.B., unabhängige Kandidaten auf die Listen bei Wahlen zu nehmen, oder das angelsächsische Mehrheitswahlsystem einzuführen, dass die Persönlichkeit des Kandidaten honoriert.
- Gegen das böse Große helfen nur die normalen Mechanismen parlamentarischer Kontrolle, nicht unbedingt demokratischer Kontrolle durch Medien und NGOs z.B., da diese sich all zu leicht durch Moden und böse Mächte verführen lassen. Immerhin ist Hitler durch eine Massenbewegung an die Macht gekommen, die Weimarer Eliten betrachteten ihn eher skeptisch bis offen ablehnend.
- Die Sozialwissenschaften müssten sich wieder mehr auf die moralischen Grundlagen von Politik und Gesellschaft konzentrieren: Armut ist auch eine moralische Frage mangelnder Initiative, und schlechte Herrschaft nicht eine Frage mangelnder wissenschaftlicher Analyse, sondern unethischer Entscheidungen der Elite(n). Die Fürstenspiegel des Mittelalters sind weiterhin aktuell, und die Politikwissenschaft der 50er Jahre befasste sich mit ihnen auch. Heutige Politikwissenschaft will

dagegen „wertneutral“ (auch ohne den Wert der Wahrheitssuche?) nur - natur-wissenschaftlich sein, indem sie wie die Chemie oder VWL der Wirklichkeit in unendlich viele „Variablen“ und Faktoren zerlegt (und damit zerstört), um sie dann wieder zusammenfügen zu wollen, was natürlich nicht gelingt, aber zumindest vielen Wissenschaftlern einen Job einbringt. Dass die armen Studierenden durch diese Zerlegerei und Fliegenbeinzählerei vollkommen desorientiert und gerade nicht berufs- und gesellschaftsfähig werden, sei nicht nur nebenbei vermerkt, denn es ist die Grundkrux unserer Hochschulen.

Topik und Ethik

Die Topik – einer Argumentationslehre in der Tradition von Aristoteles – bezeichnet Typen bestimmter Handlungsgründe als Topoi (Singular: Topos), was am besten mit „Gesichtspunkten“ übersetzt werden kann, die bei einer Argumentation und daraus folgenden Entscheidung zu berücksichtigen sind, damit das Handeln gut und situationsangemessen, gerecht wird. Hier ist der Übergang von den vorfindlichen Typen zu den normativen Topoi gegeben, und zwar nicht imperativ und kategorisch als Handlungsbefehl, sondern in dem Sinne, dass wir ohnehin normalerweise moralisch handeln und genau wissen, wann das nicht der Fall ist. Auch im Dritten Reich hätten die meisten nicht die Juden ermordet, oft schwieg man zur Deportation, weil man vor Protest Angst hatte, denn man endete schnell unter dem Fallbeil. Der Mensch hat Gewissen und weiß, wie er zwischen Alternativen zu entscheiden hat. Es gibt klare Entscheidungen zwischen Böse und Gut, man mordet nicht.

Die Typen sind – wie gesagt - wichtige Elemente der entscheidungsorientierten „Methode“ der Topik, die wiederum eng verbunden ist mit der moralischen Rhetorik als der Lehre von der wahrhaftigen, tugendhaften öffentlichen Rede und Überzeugung im demokratischen Forum.

Mit der Topik, wie sie von Aristoteles brillant formuliert wurde, sollen (je auf eine konkrete Situation bezogen, also nicht abstrakt selbst für die Menschen auf dem Mond, wie bei Kant) im gewissen Maße sozial als offensichtlich sinnvollerweise zu beachtende Leitpunkte entwickelt werden, die bei der Lösung spezifischer Probleme berücksichtigt werden sollten. Sie beziehen sich je besonders und individuell auf das jeweilige Problem (von dem meist nur ein begrenzter Personenkreis betroffen ist), und die schließlich mit der Topik nahe gelegte Entscheidung bezieht sich nur auf dieses Problem – allerdings anhand der allgemeiner geltenden Typen, die in der Topik als Topoi bedeutsam sind. Im Gegensatz zum allgemeinen, inhaltsleeren Kantischen Imperativ, "Handle so, daß die Maxime Deines Handelns zum Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung werden kann", der für immer und alle Zeit und alle Orte heere Gültigkeit besitzt. Der Imperativ (allein dieser Befehlston) besagt ja allgemein gültig (was aber wohl illusorisch ist!), daß meine Handlungen so sein sollen, daß sie auch von

allen anderen übernommen werden können müssen, ohne daß dadurch die Gesellschaft insgesamt zerstört werden würde. Mord ist in diesem Sinne keine generalisierbare, keine verallgemeinerungsfähige Norm, da - wenn ihr jeder folgen würde - keiner mehr übrig bliebe und auch die Mörder selbst schließlich ermordet würde. Und der letzte Mörder wäre sehr einsam. Eine absurde Gedankenkonstruktion ohne Bedeutung in meinem Leben. Denn ich morde nicht, weil ich gar nicht auf die Idee komme und weil ich in einer Gemeinschaft aufwache, wo das nicht üblich ist.

Grundlage topischer Gesichtspunkte ist der allgemeine gesellschaftliche Dialog, wie er im großen und kleinen stattfindet, und sich über die Zeiten und Erfahrungen historisch bewährt hat. In einer einigermaßen intakten Gesellschaft (d.h. aber: nicht in einer Diktatur, wo dieser Dialog gestört ist) werden in diesem gesellschaftlichen Dialog (in einem Verein, auf dem Marktplatz der Antike, im Stadtrat oder im Parlament, am Biertisch, usw.) alle Gesichtspunkte geäußert, die bei der Beurteilung einer Frage oder bei einer Entscheidung beachtet werden müssen; das ergibt sich allein schon daraus, daß mehrere an diesem gesamtgesellschaftlichen Gespräch teilnehmen und durch die daraus resultierende Vielfalt der Meinungen mehrere Gesichtspunkte zur Sprache gebracht werden. Die aufgezeigten Typen als Gesichtspunkte sind quasi natürlich im freien gesellschaftlichen Gespräch stets präsent.

Und auf diese Gesichtspunkte und deren volle Beachtung kommt es Aristoteles bei der ethisch-normativen Entscheidung zentral an. Er sagt: eine gute Entscheidung muß alle in Frage kommenden Gesichtspunkte beachten, wie sie sich aus der jeweiligen Problemlage ergeben. Wie dann der Entscheider zwischen den Gesichtspunkten abwägt (und diese Notwendigkeit wird immer bestehen), bleibt seinem verständigen Urteil überlassen. Der eine legt legitimerweise mehr Gewicht auf diesen Gesichtspunkt, der andere mehr Gewicht auf einen anderen Gesichtspunkt.

Die in der Aristotelischen Tradition stehende Katholische Soziallehre hat diese topische Methode zur Perfektion entwickelt. Z.B. sagt sie, daß politische Entscheidungen sowohl die gesellschaftliche als auch die individuelle Natur des Menschen berücksichtigen müssen. Der Mensch darf also wegen seiner Einmaligkeit als unwiederholbare, von Gott geschaffene Person weder ganz mit der Gesellschaft identisch werden noch darf er die Gesellschaft rigoros ablehnen, da er als Sozialwesen deren Teil ist. Zwischen beiden Gesichtspunkten muß die politische Entscheidung gelagert sein, beide müssen berücksichtigt werden. Die katholische Theologie sagt uns auch, dass selbst das irrende Gewissen im Notfall Vorrang vor dem Gesetz hat, was wichtig ist für totalitäre Diktaturen. (siehe auch Art. 20 GG: Widerstandsrecht) Hier entfaltet auch in Ausnahmesituationen das oben diskutierte Urerlebnis. Topoi entlasten nicht von der individuellen Verantwortung, so wie ich nicht in der Gemeinschaft voll aufgehe, aufgehen darf, auch wenn ich von ihr z.T. existentiell abhängig bin.

In der internationalen und nationalen Politik sind solche Gesichtspunkte heutzutage: (mögliche) Konflikte und (mögliche) Kooperationen zwischen Nationalstaaten, bzw. Akteure, die in bestimmten Maße gerechtfertigt, da unvermeidlich sind, weiterhin: die Ebenen möglicher Interaktionen (einzelne Akteure; Organisationen; Staatensystem); und schließlich folgende Aspekte: der wirtschaftliche Aspekt; die politische Zielsetzung; soziale und wirtschaftliche Sachverhalte; sowie Wertvorstellungen und Ideologien. Alles im Einzelnen wichtig.

Diese Gesichtspunkte, die zusammengefaßt einen Topikkatalog ergeben (siehe die unten aufgezeigten Typen = Topoi), gilt es bei der Entscheidungsfindung im „gesellschaftlichen Zeitgespräch (Wagner, Starkulla, Groth) nach Möglichkeit zu beachten (andernfalls wäre die Entscheidung falsch). Wie viele Konflikte sind in Kauf zu nehmen? Welche Kooperationen sind möglich? Wurden auch die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Entscheidung bedacht? usw. Bei Abwägung dieser Gesichtspunkte gilt es dann zu entscheiden, wobei deutlich wird, daß man meist Kompromisse zwischen den Gesichtspunkten eingehen muß, denn die lupenreine Lösung, die alle Gesichtspunkte in ihrer vollen Bedeutung zu berücksichtigen vermag, gibt es nicht. Meist ist das Problem von "magischen Drei- oder Vierecken" gegeben, d.h. es müssen drei oder vier Gesichtspunkte bedacht werden, ohne daß sie unter einen Hut zu bringen sind. z. B. in der Wirtschaftspolitik die Ziele: Vollbeschäftigung, inflationsfreies Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, natürlich auch: die nächste Wahl gewinnen (was ja kein illegitimes Ziel ist). Es kommt hier dann also darauf an, dass die Topoi quasi in einem optimalen Gleichgewicht gehalten und derart so weit wie möglich zu berücksichtigen sind. Die dazu erforderliche Tugend ist die der inneren Gelassenheit angesichts des Streits der Gesichtspunkte, wenn man so will: Askese, ein gewisses Zurücktreten. Es ist mit dem topischen Verfahren nicht beabsichtigt, eine konkrete Norm oder Entscheidung für den oder den konkreten Fall oder gar allgemein anzugeben. Es wird vielmehr konservativ von der Selbstverständlichkeit unreflektiert davon ausgegangen, dass eine einigermaßen freie und intakte Gesellschaft schon weiß, was gut und böse ist. „Das Wirkliche ist vernünftig.“ (Hegel) Das muß „nur“ in der Diskussion anhand von Topoi fallbezogen konkretisiert werden.

Was geleistet wird, ist das Aufzeigen eines durch die relevanten Gesichtspunkte abgesteckten Raumes, innerhalb dessen die Entscheidung zu treffen ist: nicht die dogmatisch eine nur mögliche Entscheidung, aber die Entscheidung, die ich in meiner Gemeinschaft bevorzuge oder verantworten kann. Wie sie aussehen wird, bleibt der Freiheit der Diskussion und des letztlichen Entscheiders überlassen, und das ist nicht prognostizierbar. (J. Bellers, Internationale Politik und politische Moral, Münster 1982; W. Hennis, Politik und praktische Philosophie, Neustadt/Berlin 1963)

Nagelprobe: Was ist Gerechtigkeit?

Die Verwirklichung von Gerechtigkeit ist der grundlegende Gesichtspunkt insbesondere in der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unbestritten kann man sagen, dass etwas dann gerecht ist, wenn eine Regelung der Sache oder der Person usw. entspricht. Es wird also ein Verhältnis zwischen beiden Bezugspunkten erwartet, die als angemessen, gerecht betrachtet wird. Aber was der rechte Bezugspunkt der Regelung ist, darüber ist man uneins, weniger über die Angemessenheit. Spielen wir es am Beispiel der Vermögensverteilung oder der Höhe der Entlohnung durch Maßstäbe (und das sind auch Topoi, da die Maßstäbe, wenn auch unterschiedlich gewichtet, von allen geteilt werden), Maßstäbe der Zuweisung von (meist geldlichen) Werten zu einer Person können sein:

- Natur - Leistung – (Wirtschafts)System
z.B. Begabung, z.B. Fleiß, z.B. Gewinne durch Devisenspekulationen

Daß keiner dieser phänomenal in unserer Gesellschaft gegebenen und aufweisbaren Gesichtspunkte in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem von keinem ganz missachtet wird, kann festgestellt werden. Und da wir voraussetzungsgemäß problembezogen argumentieren, klammern wir die Systemfrage hier aus. Sie müßte gesondert diskutiert werden. Aber meist machen neue Ofrdnungen und Systeme nicht besser. Weiterhin kann einvernehmlich festgehalten werden, dass der Gesichtspunkt „Leistung“ am ehesten von der Verantwortung der Person beeinflusst werden kann, „Natur“ am wenigsten, und „System“ irgendwo dazwischen. Damit wird aber eine Rangordnung der Gesichtspunkte deutlich, die bei der Entscheidung bedeutsam sein können. Leistung soll einen vorrangigeren Stellenwert haben, da wir bei uns auch sagen – und hier auch implizit -, dass die soziale Stellung nicht dominant durch natürliche Vorgegebenheiten bestimmt sein soll (wie in der ständischen Gesellschaft mit ihrer Unterscheidung von Bauer, Bürger und Adel, siehe Art. 3 Gleichheitsgrundsatz der Rechtsordnung und das gesamte BGB), sondern vorrangiger von der freien Entscheidung der Menschen (Art. 2 GG: Grundsatz der Entscheidungsfreiheit). Das macht die Bedeutung von „Leistung“ aus: wer mehr leistet, soll auch mehr bekommen. Und das Mehr an Leistung ist Ergebnis von mehr Engagement oder längerer Ausbildung oder oder oder ...

Das „System“ wird selbst von den rigorosesten Verfechtern einer vollkommen liberalen Wirtschaft nicht als „gerecht“ (= Person- und Dingangemessenheit) betrachtet, so dass auch dieser (System-)Gesichtspunkt eher nachrangig, wenn auch nicht bedeutungslos ist.

Es zeigt sich nun als Ergebnis dieser topischen und phänomenalen Abwägung und Erörterung ein bereits in den Alternativen erheblich eingeschränkter Entscheidungsraum, dessen konkreten „Ausfüllung“ hinsichtlich einer spezifischen Entscheidung nun nicht weiter vorgegeben werden kann, das sollte

zur Wahrung von Freiheit der gesellschaftlichen Diskussion und auch den Mehrheitsbeschlüssen überlassen werden. Eines ist aber klar: Extreme Ungleichverteilungen sind nicht zu rechtfertigen, auch nicht eine allgemeine Gleichmacherei. (Daß man keinen Menschen verhungern lässt, weil er nicht leistet, muß wohl nicht eigens begründet werden. Es ließe ich auch nicht mit dem anfangs erwähnten Gesichtspunkt der Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen vereinbaren.)

Welche Konsequenzen sollen nun aus einer solchen praxisbezogenen und wissenschaftsfernen Moral und Politik, wie sie in dieser Veröffentlichung aufgezeigt wurden, gezogen werden?

Neue Bildungspolitik: Auflösung der Universität zur Praxis hin

Ivan Illich hat in den 70er Jahren die Auflösung aller Bildungseinrichtungen gefordert. Das war natürlich übertrieben, aber etwas Richtiges ist schon dran, denn alle staatlichen Einrichtungen neigen – um sich zu legitimieren und um ihren Bestand zu sichern - zur sinnlosen Ausdehnung und zur Erfindung immer neuer Aufgaben, die den Menschen immer mehr vorschreiben und auch immer mehr kosten. Das gilt insbesondere für staatliche Instanzen, die nicht pleite gehen können. Das gilt auch für die Universitäten, deren Tun immer praxisferner wird und deren Verwaltung wegen Fehlens einer Hierarchie vollkommen chaotisch ist, bzw. die die Zeit ihrer Mitarbeiter sinnlos in endlosen Gremien über Killefitzfragen vergeudet. Ob das noch funktional ist, gilt zu diskutieren. Oder sollte man nicht aufschreien: Laßt alle Jugendlichen ab dem 10. Schuljahr in die Praxis gehen, wie im Dualen Berufs-Bildungssystem (Betrieb + Schule zugleich), und sie dann universitätsähnliche Beratungseinrichtungen freiwillig nach Bedarf aufsuchen, in denen sie je nach Interesse die ehemaligen Professoren und Gymnasiallehrer fragen können, was sie wissen möchten und was sie zu wissen brauchen. Die Motivation der Schüler wird auf jeden Fall größer sein, da sie nun wissen, wofür sie das Wissen benötigen. Und das Wissen bleibt um so lebensnäher, da es mit erfahrenen Fragen aus der Lebenswelt hautnah konfrontiert wird. Das hätte zudem den Vorteil, dass man die Bildung und Ausbildung vom falschen Zwang des Prüfungsberechtigungssystems befreien würde, was ohnehin in seiner Notengebung irrational ist. Wie in den USA gilt: der besteht, der sich in der Praxis bewährt, nicht der, der einen „Abschluß“ hat. Man kann ja hierbei zunächst einmal mit wenigen Experimenten beginnen.

Religion und Politik

Seit Kant wissen wir, dass wir Gott nicht als Gegenstand denken können. Jaspers suchte dem durch den Begriff der Chiffre zu entsprechen, dem alles Umgreifenden. Die Phänomenologen nennen es den offenen Horizont, was aber letztlich sehr blaß bleibt und einem personal Göttlichen mit absoluter

Verbindlichkeit für mich nicht gerecht wird. Gott kann man sogar theologisch beweisen. Problem ist, dass es ist offensichtlich: der Glaube an Gott erodiert rasant in unseren nihilistischen und materialistischen Gesellschaften Westeuropas (aber nur hier!) Die folgenden Ausführungen sind also nur für die, die sich durch sie angesprochen fühlen.

Zunächst einmal: Wir wissen von dem Du eines Mitmenschen, mit dem wir reden, das selbständig und unabhängig von uns, oft auch uns zuwider antwortet, also von uns nicht gesetzt sein kann. In diesem Sinne ist das Du transzendent und absolut, und trotzdem durch uns mittels Sprache phänomenal so erkennbar, wie es ist. Indem wir uns auf ein Du beziehen, haben wir in der Immanenz unseres Bewusstseins bereits eine Transzendenz. Der andere ist präsent, tatsächlich, phänomenal da, oft nur für Augenblicke, dann entschwindet er schon wieder in dieser Nähe. Der plötzliche Liebesblitz oder das mich überkommende tiefe Mitleid sind solche Momente der Transzendenz des Ich, die das Du unmittelbar präsent werden läßt.

So ist auch unser Bezug zu Gott als Du, dessen Existenz wir glauben (nicht absolut sicher wissen können, auch wenn viel für ihn spricht, z.B. die Harmonie der Welt). Hier kann man nicht das Du einfach leugnen, sondern es ist absolut und unabweislich da mit Forderungen, die es durch sein Da-Sein an mich stellt. Diese Absolutheit des Forderns ist Gott. Ohne das Du wäre ich ohnehin ein Nichts, da wir alle von Müttern geboren wurden. Das Du kann auch nicht vergegenständlicht oder verdinglicht werden.

Die Erfahrung (Phänomenologie) des Du ist gewiß im unmittelbaren Erleben, das wie gesagt nicht vergegenständlicht werden kann, denn dann wäre es kein Erlebnis mehr. Ein Du ist auch Gott, zu dem wir sprechend und stammelnd beten, als Person, wenn wir nicht gar ergriffen schweigen, der aber auch zu uns spricht, den wir in der Liebe erleben, den wir in der Schönheit fühlen, der uns in der Angst hilft. Kann man diese Bewusstseins-Phänomenologie mit Metaphysik verbinden? (siehe hierzu insbesondere: L. Landgrebe, Phänomenologie und Metaphysik, Hamburg 1949, S. 148 ff.; siehe auch das verkaufte Werk von de Vries)

Von der Phänomenologie zur Metaphysik

Lassen wir Landgrebe zur Sprache kommen: „... dieser Wandel (der Zeit), in dem sich jede geschichtliche (Bewusstseins-)Gestalt relativiert, bleibt als ein letztes, in der geschichtlichen Zeit geschehendes Faktum stehen.“ Aber hier sei zu fragen nach dem Ursprung der Zeit. Diese Frage könne aber ohne Verweis auf irgendwelche mystische Erlebnisse beantwortet werden (bei denen Heidegger, Adorno und Horkheimer landeten), sondern durch Selbstanalyse des Bewußtseins (Reduktion, Wesensschau, Wesen aber nicht im Sinne der traditionellen Metaphysik). Eine derartige Besinnung auf seine Strukturen der Subjektivität des Menschen führe an deren Grenzen, an deren offenen Horizont (meines Bewusstseins), und so wie der Mensch stets im Alltag sich auf ein

menschliches Du, auf eine empirische Subjektivität bezieht, so ist er am Horizont und vor allem am Horizont aller Horizonte ebenso auf eine Subjektivität verwiesen, nämlich auf „die diese Horizonte selbst entspringen lassende absolute Subjektivität“, auf Gott als transzendentes Du. „Die Doppelheit von weltlicher und absoluter Subjektivität ist danach nicht in der Weise zu verstehen, dass sich im empirischen 'Ich-Mensch' Transzendenz bekundet ..., sondern das Absolute ist selbst da, in der zu Ende geführten Reflexion des Ich dem Wissen offenbar“, ähnlich wie auch in der „Offenbarkeit ... der Kunst (und) in der gläubigen Ekstase.“ Hier verbinden sich nahtlos hegelsche mit kantischen und husserlschen Gedanken. Dazu ein Schuß dialektischer Theologie à la Barth. Ohne Gott geht es nicht, glaube ich zu glauben. Wir leben zwar in einer pluralen Welt mit vielen entgegen gesetzten Meinungen. Aber Christianisierung als langer Überzeugungsprozeß für die nächsten 1000 Jahre kann dennoch ein Muß für mich sein, dem ich mich individuell und in der Gemeinde der Gläubigen verpflichtet fühle, ähnlich wie es Papst Johannes Paul II. begonnen hat und vom jetzigen Heiligen Vater fortgesetzt wird, unterstützt von christlichen Nationen, im Kampf gegen Materialismus, Kapitalismus, Positivismus und Sexismus – ohne Fanatismus, aber mit der Jahrhunderte-Geduld der Katholischen und einzigen Kirche und mit der in der Ewigkeit Gottes ruhenden Gelassenheit der gläubigen Geborgenheit.

Die Wissenschaften sind zwar gegenwärtig atheistisch: es gibt in ihnen keinen Gott, was leider auch normativ immer mehr in der Gesellschaft um sich greift. Dieser faktische Ausgang vom Atheismus ist aber auch eine normative Setzung, die wenig begründet ist. Genau so gut könnte man von einem Gott ausgehen. Die einen sagen Zufall, die anderen dafür Gott. Genau so gut könnte die Wissenschaft religiös fundiert sein, wie es bei der Philosophie z.B. Hegels und Schellings oder selbst bei Einstein noch war. (Einstein/Spinoza: „Gott würfelt nicht.“)

Die rationalistische Wissenschaft von heute, z.B. die Volkswirtschaftslehre mit ihrem homo oeconomicus, der nur ökonomisch denkt, kann aber das Irrationale nicht erfassen. Aber das ist unvermeidlich in unserer sündigen, mit Katastrophen oder dem gänzlich Bösen stets durchsetzten Welt. Dies verunsichert uns um so mehr, als wir es ohne Religion weder begreifen noch „fassen“ und dadurch vielleicht ein wenig bannen oder zumindest psychisch verarbeiten können. Das macht die Angst in unserer leeren Welt aus. Dem setzen wir das religiöse Urerlebnis entgegen.

Oder die religiöse Vernunft:

Die Wissenschaft, die das jenseits von Vernunft Liegende möglichst vernünftig - soweit überhaupt möglich - begreifen will, ist die Theologie, oder, was den außerchristlichen Kulturkreis betrifft: die Religionswissenschaft. Dabei kommt es hier nicht primär darauf an, daß in die politische und politik/sozialwissenschaftliche Argumentation zuweilen religiöse Kategorien

übernommen werden. (Man denke nur an die Strukturidentität zwischen der christlichen Reich-Gottes-Eschatologie – der Glaube an das Kommen des Himmels - und der marxistischen Geschichtsphilosophie mit ihrem Endziel der kommunistischen Gesellschaft (= Paradies).

Oder, wie Carl Schmitt aufgezeigt hat: daß "alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre (...) säkularisierte theologische Begriffe" seien (Politische Theologie I, S. 38). Der Begriff des Wunders ist demnach analog dem des Ausnahmezustandes: So wie das Wunder Gottes Naturgesetze außer Kraft setzen kann, so setzt der staatliche Ausnahmezustand als letzte Möglichkeit (z.B. im Falle eines Krieges) die normalerweise geltenden Gesetze in einem Staat teilweise außer Kraft.

Was hier vielmehr gemeint ist, ist das ihrem Wesen nach "ausdrücklich bemühte Hören des glaubenden Menschen auf die eigentliche, geschichtlich ergangene Wortoffenbarung Gottes, das wissenschaftlich methodische Bemühen um ihre Erkenntnis und die reflektierende Entfaltung des Erkenntnisgegenstandes." (Rahner/Vorgrimler) – in der Wissenschaft, im Leben und in der Politik. In der Religion wird der Glaube in und das Vertrauen auf das Irrationale bewahrt, ohne daß nun gesagt werden dürfte, die Theologie sei irrational. Sie sucht auch vernunftgemäß nach Gott als dem, der Jenseits aller menschlichen Vernunft ist. Glaube, Reflexion und Kritik schließen sich dabei nicht wechselseitig aus. Im System der Wissenschaften ist die Theologie vor allem hinsichtlich ihres Wunderbegriffs von Bedeutung. Ein Wunder ist ein Ereignis, das nicht aus den Eigengesetzlichkeiten eines Erfahrungsraumes erklärt werden kann und von daher den menschlichen Verstand übersteigt. Die Theologie interpretiert dies als Entschränkung der naturgesetzlichen durch die höhere Gesetzlichkeit der Heilsökonomie, in der Gott den Menschen in geschichtlicher Tat in seine Lebensgemeinschaft beruft.

Anhang: Was Lustiges

Gibt es außerhalb der Medien eine Realität?

"Die Welt wird gewartet vom Geschick der hingeworfenen Existenz." M. Heidegger

Anlaß und Input

Die leider wenig beachtete Dokumentation des us-amerikanischen Kongresses vom 23. Juni 1999 1 kann die (bisherige) Geschichtsschreibung eines gesamten Landes, wenn nicht der Weltgesellschaft in Frage stellen, ähnlich wie der Andreotti-Prozeß in Italien. Denn wenn es wirklich wahr ist, daß im Rahmen der intersystemaren Auseinandersetzung zwischen totalitärem Kommunismus und freiheitlicher Demokratie in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts die Landung

eines Menschen auf dem Monde nicht in Wirklichkeit, sondern nur in Studios von Hollywood inszeniert worden ist, dann stellt das unser Wirklichkeitsbild als solches radikal in Frage. Letztlich bin ich als Ich nun in Zweifel gezogen. Bin ich nun Ich oder bin ich Nicht-Ich oder etwas Drittes. Ist alles unsicher geworden? Das klassische Grundproblem der Philosophie Fichtes wird erneut gestellt, ohne daß wir sicher sein können, zu einer positiven Antwort wie Fichte seinerzeit kommen zu können.

Fragenkonstitution und Kritik

Die Frage ist schlicht und einfach: gibt es noch eine Wirklichkeit außerhalb der Medien? Und was hat das für Konsequenzen für unser Bewußtsein und Sozialverhalten? Medien sollen dabei im umfassenden Sinne verstanden werden als alle Vermittlungsinstanzen im Verkehr zwischen Menschen, sei es nun die Sprache oder das Telephon sowie - heutzutage insbesondere wichtig - die elektronischen Medien: Fernsehen und Radio und neuerdings das Internet. Dazu kommen Zeitungen und Zeitschriften. Gewinnen nun diese Medien eine solche allgegenwärtige und ubiquitäre Präsenz, daß wir "Realität" gar nicht mehr direkt oder indirekt wahrnehmen können? Aber was ist überhaupt noch "Realität"? Gibt es sie überhaupt noch? Oder ist alle "Realität" ohnehin medienvermittelt? Gilt also die Gleichung Medien = Realität? Das ist die fundamentalontologische Frage dieses Beitrages, oder die Frage normativ gewandt (was in einer Zeit grassierenden Wertezerfalles erlaubt sein muß, vielmehr geboten ist): Ist die Welt Lüge, was allerdings implizit einen Begriff von Wahrheit voraussetzt? Ein weites Feld

Methodologische Vorbemerkungen

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ohne Rekurs in die Tradition möglich. Genannt seien hier die Größen Th. von Aquin und Kant, auf der Basis deren Philosophien sich die folgenden Ausführungen entwickeln sollen. Ausgegangen wird zunächst einmal von der grundlegenden Aussage des heiligen Thomas: "Stupendia est differentia realitas et mediatorium." (S. Th. 3, 25 p,t) Interessant ist, daß der Begriff der Mediums schon so früh im Frühmittelalter auftaucht, obwohl das Erscheinen der ersten Zeitung im modernen Sinne erst mit den Straßburger Relationen im Jahre 1612 datiert wird. ⁵Das ist unbestritten. Aber der Kirchenvater Thomas hatte schon einen Begriff der Vermitteltheit der Wirklichkeit, wie sie sich einem nur anscheinend naiv und unmittelbar gegenübertritt. (Man beachte die sprachliche Wendung des "gegenüber"). Aber dem Christentum ist diese Schranke zwischen Wahrheit (Realität) und Medium immanent, denn Gott ist nur gegenwärtig in der sicherlich nur ungenügenden Präsenz einer schlichten, wenn auch geweihten Oblate. Dabei ist es für den Heiligen unbestritten, daß es eine solche Wahrheit gibt. Sie ist allerdings nur im Medium gegeben. (Auch die Engel sind aus dieser Sicht Medien).

Für unseren Thomas ist also nun Dummheit - und das interessiert hier - nicht die Differenz zwischen Sein und Bewußtsein, wie die traditionelle Exegese seines Werkes suggeriert, sondern - und das erstaunt - die Differenz zwischen Realität und Medium - eine durchaus moderne Fragestellung, die auf eine göttlich-vorhersehende Inspiration von Aquins zu deuten scheint. Noch ein zweiter Gedanke des Aquinaten ist zukunftsweisend, er ist in zahlreiche Enzykliken eingeflossen und damit noch von aktueller Wirksamkeit: Es gäbe nämlich so etwas wie eine Hierarchie des Seins, von wenig medial durchdrungenem zu hoch medialisiertem (= vergeistigtem, = vergöttlichtem) Sein. (siehe nur S. th. 7,6, a/k; und die Aufnahme dieser Argumentationsstruktur in der Enzyklika „De media responsalitat“ von Leo XIII.) Wenn aber das Medium nicht der Realität (was immer das sei) entspricht, so ist für Thomas der Sachverhalt der Dummheit gegeben (oder modern: Derealisation) und auch ggf. der der Verdummung, die aktivische und manipulative Version dieses Sachverhaltes. Das ist die eine Version der hier verfolgten Fragestellung: das Medium ist falsch – und verdummt dadurch. (s. a. A. B. Adorno)

Die zweite Version, daß so etwas wie Realität oder Wahrheit gar nicht so einfach festzumachen ist: das ist die kantianische Perspektive dieser Abhandlung. Und die Existentialisten (und auch manche faschistische Theoretiker) zogen daraus die consequence, daß wir die Wirklichkeit durch große Entscheidungen erst „machen“ (müssen) (3. Version, bzw. dritte Fragestellung). Das Problem wird damit seit Beginn der Moderne radikalisiert, nämlich dahingehend, daß Realität als solche in Frage gerät: Ist sie das, was wir wahrnehmen? Ist sie überhaupt? usw. Wirklichkeit wird nun als von uns konstruiert begriffen, gemäß unserer Wünsche und/oder Interessen und/oder Weltanschauungen. Brillant wurde das von Berger/Luckmann: „Die soziale Konstruktion der Wirklichkeit“ formuliert – bahnbrechend für den heutigen Radikalkonstruktivismus, wie er kürzlich bis zur Selbstvernichtung (= Derealisation) (ritueller Gemeinschaftsmord) von einer DFG-Forschergruppe entwickelt wurde.

Damit sind wir bei dem point, zu dem wir gelangen wollten, der umgreifenden, forschungsleitenden Hypothese, die darin besteht, daß nämlich die Medien die Gemeinsamkeit unserer Wirklichkeitserfassung bestimmen, insbesondere heutzutage die elektronischen Massenmedien. Auch einiges der neueren neuropsychologischen und psychologischen Forschung spricht hierfür. Um es vereinfacht zu formulieren: Daß wir alle das vorliegende Buch, in dem Sie gerade lesen, als Buch wahrnehmen, ist dadurch determiniert, daß wir seit Kindesbeinen und -augen dieses über die Medien gelernt und verinnerlicht haben. (Die implizite These ist natürlich auch die, daß die Menschen in elektronisch vormedialen Zeiten kaum gemeinsame Weltbilder hatten. Daher kam es auch zu häufigen Kriegen und gesellschaftlichen Konflikten, z.B. weil der eine den daherreitenden Ritter als Kaiser betrachtete, ein anderer aber nicht.

Heute ist z.B. Merkel = Merkel) Genauer: Merkel + - Merkel = f (Medien <Merkel>).

Empirische Analyse

Methodologisch verbinde ich teilnehmende (genauer: mitliegende, siehe unten) Beobachtung mit quantitative Inhaltsanalyse, deren umfangreiche Daten hier allerdings nicht wiedergegeben werden können. Sie können über das Internet unter dem Namen des Verfassers bezogen werden. Dabei wird auf den Hierarchie- und ordo-Gedanken Thomas von Aquins zurückgegriffen, d.h. von einfachen Lebensverhältnissen bis zu hochkomplexen Gesellungsformen (im Sinne Simmels) werden im folgenden Lebensverhältnisse – unter analogisierender, aber nicht (!!) reifizierender Verwendung biologischer Metaphern (Doppelhelix) geschildert und untersucht, wie sie zunehmend bis zur Totalisierung von Medien okkupiert, kolonisiert und xenophexiert werden:

Unterste Analyseebene

Es gehört wohl zu den elementarsten Lebensverhältnissen, aber ist deshalb ein oft beklagtes Desiderat der Forschung. Der szienti12stische Diskurs hätte sich ihm seit längerem widmen müssen, und es ist nur auf die männliche Dominanz in diesem Lebenszweig zurückzuführen, daß dies nicht geschah. Da liegt sie nun, das geliebte Wesen, neben mir im Bett. Sie hat sich geändert, seitdem wir uns vor 17 Jahren begegneten. Und trotzdem erkenne ich sie trotz langer Bewußtlosigkeit im Schlaf jeden Morgen wieder. Ich käme nie auf den Gedanken zu fragen: Ist sie nun da oder ist sie nicht da? Sie ist natürlich da, allerdings auch dann, wenn sie auf Dienstreise ist. Wie ist dies durch Selbstreflexion und psychogenetische Intuition eruierte, interessante Ergebnis zu erklären. Da Verwirrtheiten bei einem Hochschullehrer wie dem Verfasser dieses Beitrages auszuschließen sind, müssen andere Erklärungsmöglichkeiten herangezogen werden. Die Antwort liegt – nach dem Gesagten - auf der Hand: Ehemänner neigen schon in Frühzeiten ihrer Ehe, wenn nicht schon gar in der Zeit zuvor, beeinflußt von jugendlichen Erfahrungen, dazu, ihre Ehefrau (oder aktuelle Äquivalente) mit medial vermittelten Vorgaben und Idealbildern zu identifizieren, um ihnen derart psychische Dauer zu verleihen, auch wenn die physische Präsenz nicht gewährleistet ist (oder erodiert). In kirchlichen Kreisen erfolgt diese Identifikation oft noch mit der Jungfrau Maria, wie neuere Befragungen gezeigt haben, aber auch diese wird heutzutage - so die gleiche Befragung - mittlerweile medial transformiert. Das ist eine einfache, minderkomplexe, noch physisch nahe Konstruktion von medialer Wirklichkeit, denn man kann bei diesem Beispiel aus dem persönlichen Nahbereich noch relativ einfach und selbst überprüfen, ob und inwieweit das Mediale mit dem Wirklichen übereinstimmt, indem man von der einen Kante des Ehebettes zur anderen Kante hinüberkneift und –greift. Aber das Grunddilemma bleibt auch hier bestehen: Ist diese Wirklichkeitsprüfung nicht wiederum auch medial

gesteuert? Sind meine Kategorien nicht so, daß sie überhaupt nicht mehr die „Wirklichkeit“ als solche, an und für sich erfassen. Kann man Medium an Medium messen? Ist das nicht ein regressus ad infinitum, oder gar ein in sich routinierender Teufelskreis, aus dem nicht mehr ausgebrochen werden kann? Aber sei's drum: Hauptsache, das weibliche Gegenbild ist schön, egal, wie konstituiert. Denn wenn alles Medium ist -, so sollte man die Konsequenz nun endlich ziehen, ist natürlich auch die Frage nach der Medienvermitteltheit von Wirklichkeit selbst wiederum medienvermittelt, usw., so daß der gesamte vorliegende Aufsatz auch medienvermittelt ist. Wenn es keine Wahrheit mehr gibt, ist dann auch dieser Satz unwahr, und damit das Gegenteil gültig?

Das hat bereits der frühe Wittgenstein durchreflektiert, und ist daher zum Holzfäller in Kanada geworden. Das zeigen posthum veröffentlichte Briefe, die er auf Rinde geschrieben hat.

Die Frage, wenn wir uns der „Wirklichkeit“ trotz ihrer strukturellen Unerkennbarkeit nichtsdestotrotz mehr oder weniger mystisch nähern wollen, ist noch radikaler zu stellen, wenn wir uns "Wirklichkeiten" zuwenden, die wir nicht mehr durch Haut-zu-Haut-Greifen und -Kneifen überprüfen können

Das ist z.B. bei Fernseh-Berichten über politische Ereignisse in Bonn der Fall: Das Ganze dort muß inszeniert sein (wenn überhaupt real), denn Politiker schütteln sich entweder des längeren die Hände, oder entsteigen Wagen, oder geben Statements ab wie: „Die Gespräche waren konstruktiv.“ Und was uns da Böses vom amerikanischen Präsidenten berichtet wird, kann ja auch nur erfunden sein. (Die arabische Presse vermutet dahinter den israelischen Gemeindienst.) Noch abstruser wird es, wenn an einem Tag 957 Milliarden Dollar drei Mal über fünf Börsen um den Globus rotieren. Ist das überhaupt noch materiell, oder sind es nicht vielmehr elektronische EDV-Impulse, die mit denen der Medien identisch sind? Hier wird die Wirklichkeit zum Medium selbst, es gibt selbst kein physisches Substrat mehr, das Wirklichkeit konstituieren könnte. Das wird der Trend der Zukunft sein.

Was sind nun die Konsequenzen, die wir ziehen müssen?

1. Es ist in der Wissenschaft unbestritten, daß Wirklichkeit auf Dezsionen (Entscheidungen) der

Medienakteure beruht. Demnach ist alles Medium in Differenz zu einem Grenzbegriff von Wirklichkeit (oder um die altertümliche Terminologie zu benutzen: dumm im Sinne von Wirklichkeitsdifferenz).

2. „Dumm“ ist jedoch nicht negativ gemeint, denn die Medienakteure und – aktrizen haben sich darauf geeinigt, die Wirklichkeit angenehm, im Sinne der „Traumschiffserie“ zu schaffen. (Konsistenztheorie der Publizistikwissenschaft)

3. Dies ist dadurch bedingt, daß infolge der Privatisierung der Medien diese immer mehr von den Einschaltquoten und den Werbeeinnahmen durch das Publikum abhängig sind. Und das Publikum wählt natürlich nur die Sender, die ihnen Gutes berichten. Wer will schon von Schlechtem hören oder sehen?

4. Eine derart schöne Medienwelt kommt auch dem wirtschaftlichen Standort und dem Export Deutschlands, bzw. der Europäischen Union zugute – und ist daher zu fördern.

5. Da Wirklichkeit dezisionistisch konstituiert ist, sollte das demokratisch organisiert werden, z.B. über lokale, regionale, nationale und eu-weite Medienräte, die über die jeweils präferierte (Medien-)wirklichkeit bestimmen müßten. Ich schlage daher ein Medienwirklichkeitsgesetz vor (MedWirkG). (Solche Gremien sollten – nebenbei gesagt – auch z.B. darüber entscheiden, ob, wann, wenn und inwieweit Personen aus den Medien zu verschwinden haben, bei Tod, ab dem 65. Lebensjahr, bei Mißgeschicken usw. Das ist auch eine Herausforderung an die Rechtswissenschaft, die sich bedauerlicherweise dieser Probleme aber noch gar nicht bewußt geworden ist. Ein schmerzliches Desideratum der Forschung!

6. Die wirkliche Wirklichkeit (falls es sie gäbe) wäre doch – um eine Gedankenfigur A. Gehlens aufzugreifen – viel zu schlimm, als daß wir sie dem schwachen Menschen zumuten könnten. Hier haben Medienakteure (Aktiv- und Passivakteure) eine ethische Verantwortung, die bisher noch weitaus zu gering wahrgenommen wurde. Im Gegenteil: Manche Fernsehmagazine scheinen geradezu die (vermeintliche) Wirklichkeitserfassung vorsätzlich und böse systematisch betreiben zu wollen. Dummheit ist aber im Sinne Gehlens lebensrettend und sinnstiftend. Was bleibt, ist die Schweigespirale von E. Hoelle, die diesen radikalkonstruktivistischen Unsinn nicht mitmachen will und daher zu dem Naturwissenschaftler Meyer-Leibniz emigriert ist.

Weiterführend und wichtig: 1. Congressional Papers XY V 4537/99, S. 35 ff. 2 vgl. als Standardwerk hierzu: F. Geigeron, Die Welt als Wille der Vorstellung, Wien 1994 (Raubdruck) 3 hierzu grundlegend: J. B. Bätz, Fundamentum, Münster 1987; auch: G. Sicher SJ, Wir brauchen Werte für die Jugend, St. Augustin 1990, insbesondere Kapitel X, und passim 4 K. Krause, Das Ding an sich: wo bist du geblieben? Eine vergnügliche Einführung in die Kantische Philosophie, München 1995; E. Winsore, Das Ich als innere Burg, Freiburg 1989, S. 23 ff.; A. v. Kamisso, Realitätsschatten oder: Das fliehende Medium, Reflektionen zur thomistischen Theologie, Wien 1967

Literatur

[1 >>](#) [Südkorea und Nordkorea- Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft](#) 2005 [2 >>](#) Voegelin, Eric (1901-1985) [Die neue Wissenschaft der Politik - eine Einführung](#) : mit einem Nachwort des Herausgebers und einer Bibliographie 2004 [3 >>](#) Girth, Heiko (1964-....) [Sprache und Sprachverwendung in der Politik- eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation](#) 2002 4. Niedermayer, Oskar (1952-....) [Bürger und Politik- politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen : eine Einführung](#) 2001 [5 >>](#) [Politik - eine Einführung](#) 1994 [6 >>](#) Rohe, Karl [Politik-Begriffe und Wirklichkeiten : eine Einführung in das politische Denken](#) 1994 [7 >>](#) Holzinger, Katharina [Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ? - Umweltpolitische Entscheidungsprozesse in der EG am Beispiel der Einführung des Katalysatorautos](#) 1994 [8 >>](#) Lenk, Kurt [Theorie der Politik - eine Einführung](#) 1991 [9 >>](#) Otto, Ingeborg (1939-) [Die kleinen arabischen Golfstaaten - bibliographische Einführung in Wirtschaft, Politik und](#)

[Gesellschaft = The small Arab Gulf States : economy, politics and society : a selected bibliography 1987](#) **10 >>** [Nettelmann, Lothar Polen, Nation ohne Ausweg ? - Eine Einführung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Umwelt 1986](#)

Grabinschrift **des** **unbekannten** **Wissenschaftlers**
+ 11.9.2001

Lest nicht nur Bücher:
Sokrates ging zum Stammtisch.
Und Platon vergnügte sich
mit seinen Gesellen,
und fuhr nach Syrakus,
und landete im Kerker.
Und Aristoteles ging auf den Markt,
fest im Leben verankert
mit praktisch bewährter Gewissheit.

Erst Kant ging nur früh morgens –
alleine durch Königsberg,
und grübelte und grübelte, und
zweifelte und zweifelte, und
fand daher nicht mehr
sein Ding an sich.

Auch Popper liebte nur noch
seine Hypothesen, wenn sie scheitern.
Und die Ökonomen
ihre stets falschen Prognosen.

Das sei Euch aber gesagt:
Geht in die Slums der Elenden.
Und stehet bei den Sterbenden.
Und tretet an die fälligen Erbschaften.
Und leidet unter den Leidenschaften.
Hört auf die Alten und seelisch Versehrten.
Sie seien die heute allzeit Verehrten.

Noch Husserl und die Weisen sagen:
Zurück zu den Menschen und Sachen.
Wittgenstein ging in die Berge.
Und spaltete Holz für Särge.
Lebt also das Leben und den Tod.
Das alleinig wendet noch die Not.

Dies sei Euch - in fernen Bildungstempeln –
hoch auf den Bergen,
ins Studienbuch geschrieben:
welch Irrsinn „Vernunft“ vermag.
Oh, Jesus Übermensch,
Erlöse uns auch aus dem Falschen.